

GLASNOST UND PERESTROJKA

auch in der
Bundesrepublik Deutschland

ein Brief
an die
Mitglieder des Bundestages
von

TRISTAN ABROMEIT

-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-

beigefügt
wichtige ökonomische Daten
in graphischer Form
dargestellt und kommentiert

HELMUT CREUTZ

-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-x-

Januar 1988
neu formatiert April 2004

Inhalt

Angaben zur Erleichterung der Bezugnahme. Die Gliederungsziffern waren im Original nur als Randziffern ausgewiesen um den Leser zu signalisieren, daß ein neuer Gedankengang beginnt. Da ich mir nicht sicher bin, ob mit einem Stichwort als Zwischenüberschrift der jeweilige Inhalt von mir genau getroffen wird, habe die Ziffern so gesetzt, daß sie vom Leser bei Bedarf ergänzt werden können.

	Seite
Start / Anrede / Hinführung	3
1. Vorbemerkungen	5
1.1	5
1.2	6
1.3	7
1.4	8
1.5	8
2. Gesellschaft auf Irrwegen	9
2.1	9
2.2	10
2.3	10
2.4	13
2.5	14
2.6	19
2.7	22
3. Verirrungen in der Ökonomie	34
3.1	34
3.2	37
3.3	45
3.4	53
3.5	61
3.6	68
4. Was ist zu tun?	77
4.1	77
4.2	78
5. Schlußbetrachtungen	83
Einfügungen	
vom April 2004 mit Begriffserklärungen zu Glasnost und Perestroika	85
Petition	86
Anmerkungen vom April 2004 zu den Grafiken	
von Helmut Creutz	88
Denkzettel zur Energiepolitik	89
Ein Mitgliederantrag zur BDK der GRÜNEN	91
Thesen zur Bildungspolitik	93

Tristan Abromeit
Gorch-Fock-Weg 3
3057 Neustadt 1

Januar 1988

An die
einzelnen Mitglieder
des Deutschen Bundestages

Zur Kenntnisnahme an:
den Bundespräsidenten
das Bundesverfassungsgericht
die Mitglieder der Landtage
den Bundesrat
die Bundespressekonferenz

Anschreiben zur **P E T I T I O N**

„Prüfung einer alternativen Ökonomie vom Juni 1987“

gleichzeitig ein weiterer Beitrag zum Thema

GLASNOST und PERESTROIKA auch in der BRD

Sehr geehrtes Mitglied des Deutschen Bundestages,

in der HAZ vom 2./3. Januar 1988 heißt es: „Bundestagspräsident Jenninger (CDU) hat die Politiker in der Bundesrepublik dazu aufgerufen, nach dem Schock der Barschel-Affäre verlorenes Vertrauen bei den Bürgern zurückzugewinnen.“

Kann ein solcher Aufruf - der sicher gut gemeint ist - das bewirken, was er bewirken soll? Was müssen Politiker - und damit sind ja wohl vorrangig Parlamentarier gemeint - tun, damit sie wieder Vertrauen verdienen? Das Bedürfnis nach Vertrauen ist im Volk sicher vorhanden. Dürfen die Bürger diesem Wunsch aber nachgeben, wo doch alle politischen Signale auf erforderliches Mißtrauen hinweisen?

Ludwig Harms schreibt in seinem Leitartikel „Das 'C' in der Politik“ (HAZ vom 6.1.88):

„Wie Uwe Barschel mußten andere Politiker bislang glücklicherweise nicht enden. Es gibt jedoch viele Barschels in der Politik, die nicht mehr zugeben können, daß sie keineswegs für alle anstehenden Probleme erfolgversprechende Lösungen kennen. Die Furcht, sie könnten ihr Gesicht - oder schlimmer: ihre Position - verlieren, verführt sie zu Tricks und Lügen, treibt sie in immer schärfere Auseinandersetzungen mit dem Gegner.“

Helga Schuchardt, die ja wahrlich vor Ort eigene Erfahrungen sammeln konnte, sagte am 11. Sept. '87 in der Fernsehsendung „III nach neun“: „Politiker haben kein Rückgrat.“

Wolfgang Klein kommentierte in den Tagesthemen am 15. 10. '87 die Bundestagsdebatte über die Lage der Nation als phantasielos. Wahrscheinlich um nicht als Miesmacher mißverstanden zu werden, fügte er dann hinzu: „Ich bin ja immer noch optimistisch genug, den Bundestag als einen Ort des Nachdenkens zu verstehen.“ Die Frage ist doch, ob dieser Optimismus von den sich demokratisch verstehenden Bundesbürgern noch geteilt wird. Die Schlagzeile eines Flugblattes, die da lautet: „Aufwachen - Die Macht und Dummheit einzelner korrupter Gruppen bringt uns noch alle um!“, dürfte eher des Volkes Meinung zum Ausdruck bringen. Wenn die Bürger aber die Parlamente als Kerninstanz der Demokratie nicht nur für unfähig halten, gesellschaftliche Probleme zu lösen, sondern die Parlamente gedanklich auch noch mit Korruption und Machtmißbrauch verbinden, dann gewinnen nichtdemokratische Staatsformen wieder an Attraktivität. Bonn und letztlich der Bundestag ist doch kein Ort, der von den Bürgern mit den Begriffen Achtung, Gerechtig- oder Ehrlichkeit assoziiert wird. Appelle nützen da gar nichts, nur Besinnung und wohldurchdachte Taten können einen Neubeginn einleiten.

Fritjof Capra schreibt in seinem Buch „Wendezeit - Bausteine für ein neues Weltbild“ in der Einleitung: „Wir verzeichnen hohe Inflations- und Arbeitslosenraten, stecken tief in einer Energiekrise und einer Krise des Gesundheitswesens. Wir leben inmitten einer vergifteten Umwelt und sonstiger ökologischer Katastrophen, erleben eine steigende Flut von Gewalt und Verbrechen. Die Grundthese dieses Buches ist, daß all das nur verschiedene Facetten ein und derselben Krise sind und daß es sich dabei im wesentlichen um eine Krise der Wahrnehmung handelt.“ Diese Einschätzung Capras ist auch die meinige, wenn ich die ökonomischen Zusammenhänge zum Teil auch anders sehe.

Aus diesem Grunde und weil ich mit Capra und anderen die Einsicht teile, daß uns nur ein Systemdenken (vernetztes oder ganzheitliches Denken) aus der mißlichen Lage bringen kann, in die wir uns unter besonderer Mitwirkung des Bundestages manövriert haben, ge-

he ich nach meinen Vorbemerkungen und vor dem im engeren Sinne ökonomisch-politischen Anliegen auf unsere Demokratieprobleme ein.

1) Vorbemerkungen

1.1)

Seit der Jahrhundertwende, besonders seit dem Ende des ersten Weltkrieges, haben Vertreter der von Silvio Gesell begründeten Freiwirtschaftsschule (die eigentlich Freiheitsschule heißen müßte, da ihr Gegenstand die Gesamtgesellschaft/en und nicht nur die jeweilige Ökonomie ist) versucht, mit Eingaben - z.B. an die 1919 in Weimar tagende Nationalversammlung bezüglich der Gründung eines Reichswährungsamtes; mit Veröffentlichungen wie „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ 1951; mit Sonderdrucken wie „Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft für die Gegenwart“ 1981; mit unzähligen Info-Blättern und Schriften zu unterschiedlichsten Anlässen in unterschiedlichster Qualität und mit zahllosen Einsätzen von Personen in Organisationen wie Parteien, Gewerkschaften und Kirchen - das Wissen von einer krisen- und ausbeutungsfreien Ökonomie und den Voraussetzungen einer freien Gesellschaft in das öffentliche Bewußtsein und letztlich in den Gesetzgebungsgang zu heben. Aber wie sagte der Abgeordnete Cronenberg am 26. 11. '87 im Bundestag, Walter Eucken zitierend? „Viele engagieren sich für soziale Anliegen, aber nur wenige haben Kenntnisse von den ökonomischen Grundlagen.“ Diese Aussage gilt auch heute noch, sie gilt sogar z. T. noch für Leute, die in der Politik als Wirtschaftsexperten gelten.

Der Markt der Möglichkeiten auf dem Deutschen Evangelischen Kirchentag gilt inzwischen schon traditionell als ein Ort, wo auch Vertreter der Freiwirtschaftsschule unterschiedlicher Gruppenzugehörigkeit ihre Informationsarbeit leisten. So war es auch vom 17. bis 21. Juni 1987 in Frankfurt. Die Frage vor dem Kirchentag war: „Was bieten wir neben den schon üblichen aktuellen Infos, Einzelgesprächen, Büchertischen und den Schautafeln und Vorträgen von Helmut Creutz noch an?“ Georg Otto (ehemals Mitglied der SPD und einer der Urgründer der Vorläuferpartei der GRÜNEN, nämlich der Grünen Liste Umweltschutz) hat dann eine „Kirchentagsresolution“ entworfen und mit nach Frankfurt gebracht. Ich habe aus dem gleichen Anlaß die Petition mit dem Erläuterungstext entworfen und mitgenommen. Da wir in Frankfurt neben der vielen anderen Arbeit nicht zwei Unterschriftenaktionen verkraften konnten, haben wir uns aus Aktualitätsgründen für die Kirchentagsresolution entschieden. Die Unterschriften auf der Petition sind sozusagen ein Nebenprodukt. Da es für den

Durchlauf durch den Bundestag rechtlich egal ist, ob nun 10 oder 10.000 Unterschriften unter der Petition stehen und auch 100.000 Unterschriften noch kein Machtfaktor sind und der Erfolg der Petition letztlich von der Qualität meiner Argumente und Ihrer Auffassung von Ihrer Pflicht abhängt, haben wir auch keine weiteren Unterschriften gesammelt.

Und wenn ich nun die Petition (die ich schon auf dem Kirchentag ohne Unterschriften einigen von Ihnen auf dem Stand der Bundestagsmitglieder als Vorabinformation überreicht habe) trotz gesellschaftlichen Problemdruckes erst jetzt einreiche, dann hat das schlicht damit zu tun, daß meine jetzige Rolle als Hausmann, in der ich zwei lebhaft Knaben (2 und 6 Jahre alt) zu betreuen habe, meine Rolle als aktiver Bürger einfach blockiert hat. Ich kann jetzt jedenfalls noch besser verstehen, warum sich Mütter beklagen, daß sie sich nicht in den demokratischen Willenbildungsprozeß einbringen können. Wenn wenigstens 10% der männlichen MdBs eigene Erfahrungen mit der Ausübung von „Mutterfunktionen“ hätten, würde das einer Änderung unserer Sozialökonomie, die weder dem Grundgesetz noch den Zielen der verschiedenen Parteien gerecht wird, förderlich sein.

1.2)

„'Petitio' bedeutet bei den Römern sowohl 'Angriff' wie 'Angriff vor Gericht', und schließlich - unserem Sprachgebrauch entsprechend - 'Bitten, Ersuchen, Anspruchsrecht'.“ So steht es in der vom Deutschen Bundestag herausgegebenen Schrift „Petitionen“. Als eine Mischung aus Angriff und Bitte verstehe ich auch dieses Schreiben. Ich halte nichts von der Abqualifizierung der Petition als eine Form der Bittstellerei, besonders dann nicht, wenn es um überindividuelle Anliegen geht. Wer selber erlebt hat, wie schwer es ist, nonkonforme Informationen über die Parteien oder Massenmedien in die Parlamente oder in die allgemeine Öffentlichkeit zu transportieren, weiß natürlich die direkte Eingangspforte „Petition“ zu den Parlamenten zu schätzen. Diese Einschätzung setzt natürlich voraus, daß wenigstens Reste der idealen Rechtsfigur *Abgeordneter* in der Wirklichkeit vorhanden sind, und daß Petitionen sachgerechter behandelt werden als gewöhnliche Bürgerzuschriften.

Eine sachgerechte Bearbeitung der vorliegenden Petition liegt z.B. nicht vor, wenn das als sachlich zuständig empfundene Mitglied vom Petitionsausschuß beauftragt wird, mir und den Unterzeichnern eine Danksagung für die „Anregungen“ zukommenzulassen, oder gar eine Begründung dafür zu liefern, warum die freiwirtschaftlichen Problemlösungsangebote Unsinn sind.

In der Sache geht es hier um die Durchbrechung unbewußter Schallmauern auf dem Weg zur besseren Erkenntnis. Der Bundestag selber kann diese Arbeit wahrscheinlich nur in sehr begrenztem Umfang leisten. Seine Aufgabe besteht nach meinem Verständnis von Parlamentsarbeit darin, die Blockaden, die vor einer offenen Ökonomieforschung und einer offenen Diskussion der künftigen Gestalt unserer Republik und Europas aufgetürmt wurden, aus dem Weg zu räumen. Diese Arbeit braucht den Etat nicht zu belasten. Zu bedenken ist dabei, daß es keine spezifischen SPD- oder CDU-Erkenntnisse gibt, sondern nur unterschiedliche sozialpsychologische Festlegungen (Definitionen), mit denen die Abwesenheit der Erkenntnis von Ursachen und Lösungen z. B. ökonomischer Probleme überbrückt wird.

1.3)

Der Themenkomplex und auch das vorhandene Material würden leicht ein dickleibiges Buch füllen. Die Rücksicht auf Ihre Situation mit der überbordenden Informationsfülle und meinen derzeitigen Möglichkeiten zwingen mich dazu, den Stoff so knapp wie möglich zu fassen. Die Grenzen der Verdichtung werden von meinen Fähigkeiten und dadurch gesetzt, daß der Text ja noch ohne Entschlüsselung gelesen werden können soll.

Es ist auch nicht meine Absicht, eine wissenschaftliche Arbeit vorzulegen. Ich möchte es aber auch nicht ein politisches Papier nennen, weil es dieser Art von Schriftsätzen zu häufig an der Wahrhaftigkeit mangelt. Ich versuche in den Darlegungen meine persönliche Betroffenheit auszudrücken und gleichwohl die notwendige Distanz zu den behandelten Problemen zu bewahren. (Teile meiner Familie sind sowohl in mehreren Generationen mit der Stadt Rheinhausen und der Region Friesoyte - höchste Arbeitslosenquote der BRD - verbunden. Auch kenne ich Arbeitslosigkeit aus eigener Erfahrung.)

Es ist auch so, daß ich meinen Mut erst mobilisieren mußte, um diesen Schrieb wirklich zu realisieren, denn es mutet doch größenwahnsinnig an, wenn da ein fast unbekannter aus der Masse der Bürger herkommt und behauptet: „Ihr macht so ziemlich alles verkehrt, was ihr verkehrt machen könnt.“ Dies ist auch deshalb ein Problem, weil ich auch schon weiß, daß ich nichts weiß. Ich bewege mich also in einem winzig kleinen Territorium des Wissens-Universums, wobei mir die Gewißheit größer ist als der Zweifel. Meine Gewißheit basiert dabei zum Teil auf Intuition.

Wenn ich aus irgendeinem Grunde gezwungen wäre, die Abgeordneten des Bundestages zu kategorisieren, so würde die Zugehörigkeit zu den jeweiligen Parteien die geringste Rolle spielen. Ich war selber fast ein Jahrzehnt Mitglied der FDP und bin bei den GRÜNEN von Anbeginn dabei.

1.4)

Als Bestandteil meines Schriftsatzes betrachte ich meine Schreiben an Sie vom 21. Mai, 23. und 27. Juli 1987. Inhaltlich geht es um das Arbeitsförderungsgesetz, Glasnost und Perestrojka auch in der BRD und Steuerreform / Mehrwertsteuererhöhung. Diese Schreiben konnte ich aus Kostengründen nur an die Fraktionen senden.

Folgende Anlagen gehören ebenfalls dazu:

- a) Originaltext der Petition,
- b) drei Beispiele von vielen Einsätzen in Parteien, die völlig wirkungslos verpufften.
 - ba) Ein „Denk-Zettel zur Energiepolitik“, den ich im Sept. 1977 für Mitglieder der FDP verfaßt habe. Sätze wie: „Prinzipiell ist auch eine Vollbeschäftigung bei Kerzenlicht möglich.“ und „Der Ökonom hat den Wirtschaftspolitikern solche Art Konjunkturinstrumente anzubieten, die im Gegensatz zu der Atomenergie und den Rüstungsverkäufen ein Minimum an Risiko in sich tragen.“ haben keine Rückfragen ausgelöst. Zwar hatten wir Tschernobyl noch nicht hinter uns, und die Hanauer Firmen Transnuklear und Nukem standen noch nicht in den Schlagzeilen. Die Gefährlichkeit der Atomspaltung und der Rüstungsproduktion und -Exporte war damals auch bekannt. Vor allem war schon abzusehen, daß die Atomspaltung nicht nur eine Spaltung der Materie, sondern auch eine solche der Gesellschaft bedeutet.
 - bb) Ein Mitgliederantrag zur Bundesversammlung der GRÜNEN vom April 1985 zum Thema der Petition, der einfach nicht behandelt wurde, teils aus Unfähigkeit der Mitglieder, die nicht in der Lage sind, eine Rangfolge der zu behandelnden Probleme zu erstellen, und zum Teil aus politischer Böswillichkeit, die auf Parteiebene Taktik genannt wird. (Ein anderer Antrag zum Thema Arbeitslosigkeit, der von mir formuliert und vom Kreisverband der GRÜNEN Hildesheim eingereicht wurde, kam in der Bundesversammlung in Sindelfingen - im Januar 1983 - ebenfalls nicht zum Zuge.)
 - bc) „Thesen zur grünen Bildungspolitik“, eine knappe Darstellung der Voraussetzungen eines freien Bildungswesens.

1.5)

Ich weiß mich mit jenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern, die sich auf wissenschaftlicher oder politischer Ebene mit der Freiwirtschaft befassen, in den großen Linien in Übereinstimmung. Aber schon, weil diese Mitwirker(innen) sich in unterschiedlichen Parteien eingebunden ha-

ben oder auch zu diesen auf Distanz stehen, würde die eine oder der andere zu einzelnen Punkten Widerspruch anmelden wollen. Ich betone daher, meine Darlegungen sind meine eigenen und können nicht einfach ungeprüft anderen Personen oder Organisationen angelastet werden. Schwächen in der Argumentation und Fehler in der Darstellung gehen also zu meinen Lasten.

2) Gesellschaft auf Irrwegen

2.1)

Das Wort von der notwendigen Wende des jetzigen Bundeskanzlers und seiner Partei ist vielfach bespöttelt worden. Dabei ist es doch so, daß hier etwas benannt wurde, was Gegenstand vieler Autoren und Sehnsucht unzähliger Bürger ist. DIE GRÜNEN z. B. sind Gestalt gewordene Wendesehnsucht. Der Irrtum von Helmut Kohl und seiner Partei liegt darin, daß er den Wechsel von der SPD-FDP-Koalition zur CDU-CSU-FDP-Koalition schon für die Wende hält. Dabei ist es doch so, daß nur Teile derselben Kraft - die Gutes will, aber Böses schafft - ausgewechselt wurden. Die Idee des freien Menschen in einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Fremdbestimmung, die - mehr oder weniger - Leitmotiv aller demokratischen Parteien ist, spiegelt sich in der gesellschaftlichen Realität immer weniger wider. Eine Weile schien es so, als seien DIE GRÜNEN ein Ferment, das dem demokratischen Willenszentrum - was der Bundestag wenigstens dem Gesetz und der Idee nach ist - eine positive Wendung geben könnte. Mir scheint aber, daß das Parlament zusätzlich zu den Konfusionen der Altparteien um diejenige der Neupartei bereichert wurde. DIE GRÜNEN haben nicht die erhoffte Umstellung des Parlamentsackers auf biologischen Anbau eingeleitet, sondern ihn mit zusätzlicher, ätzender und stinkender Gülle angereichert.

„Wir würden gerne die Wirklichkeit freundlicher beschreiben, leider ist sie es nicht.“ Mit diesen Worten wurde der DDR-Liedermacher Stephan Krawczyk in den Tagesthemen am 12. 11. 1987 zitiert. Ich halte mich da an Rita Süßmuth, die im Hinblick auf die Kieler Verhältnisse in der ZDF-Talk-Show vom 29.10.87 sagte: „Es ist Zeit Stand zu halten und nicht zu fliehen.“ Und sie sagte auch: „... mächtige Muster steuern uns!“ Diese Muster, die uns ja nicht nur Kieler Verhältnisse beschert haben, sichtbarer - und damit unwirksamer - zu machen, gilt mein Bemühen. „Aufklärung ist die Befreiung aus selbstverschuldeter Unmündigkeit.“ zitierte Mathias Greffrath Immanuel Kant in seinem Rundfunkbeitrag „Wie bringt man die Leute

zum Schweigen?“ (NDR/WDR 21. 11. 87)

2.2)

Eine bessere Welt, ein gesundes Europa kann nur entstehen, wenn einzelne Untergliederungen ihre Probleme vorher lösen. Die Kumulation der Probleme macht sie nämlich nicht leichter lösbar. Ich rede aber nicht dem Selbstbestimmungsrecht der Völker das Wort - dies ist ja häufig eine Absicherung des Status quo, das grausame Diktatur sein kann -, sondern dem Selbstbestimmungsrecht jedes einzelnen Menschen, der Basiszelle aller gesellschaftlichen Gebilde. Wenn bei Politikern davon die Rede ist, wird meistens dabei an die Menschen in den Ostblockstaaten gedacht. Ich denke im Themenzusammenhang dabei an die Menschen in der Bundesrepublik (und auch an solche des gesamten Westblocks). Absolut gesehen haben wir Bürger der BRD natürlich mehr Selbstbestimmungsrechte als die Bürger der DDR. Die DDR zum Beispiel war und ist an eine viel kürzere Leine der Siegermacht UdSSR angebunden als wir an unsere westlichen Siegermächte. Auch war der Entwicklungsspielraum der DDR durch die herrschende marxistische Ideologie viel enger als bei uns. So daß man sagen kann: Relativ auf die Ausgangsbasis bezogen - haben wir bei uns nicht mehr Selbstbestimmungsrechte entwickelt als die DDR.

Um unsere Leistung und unsere Versäumnisse in einem Vergleich - der aber nichts anderes verdeutlichen soll – darzustellen, benutze ich folgendes Bild: Durch fremde Hilfe wurden wir aus einem selbstgebauten grausigen Zwinger befreit. Wir bauten uns vorwiegend in Eigenleistung ein ansehnliches Freigehege, in dem Verteilungs- und Ökologieprobleme lange Zeit verdrängt werden konnten. Unsere Bestimmung ist die individuelle Autonomie in einem intakten Ökosystem Urwald.

2.3)

Wir müssen erneut darüber nachdenken, was denn der Staat für uns sein soll. Da wo der Staat ein Monopol auf gesellschaftliche Regelungen geltend macht, ist kein Platz für die Autonomie der Individuen. Was unterscheidet einen freiheitlichen Staat von einer Diktatur? Mit der exzessiven Anwendung des Mehrheitsrechtes können die Menschen auch geknechtet werden. Abgesehen davon, daß wahrscheinlich Mehrheiten häufiger durch Manipulation als durch Einsicht zustande kommen, ist jede Mehrheitsabstimmung eine Vergewaltigung einer Minderheit. Wenn wir dann noch bedenken, daß - weil die Grundprobleme unserer Gesellschaft nicht

gelöst werden - der Abstimmungsbedarf immer größer wird, wie die steigende Flut von Gesetzen beweist, dann ist es höchste Zeit, um innezuhalten und über andersartige Regelungstechniken nachzudenken.

Ich bin über Weihnachten endlich dazu gekommen, das von mir vielfach am Büchertisch angebotene Büchlein „Demokratie und Menschenrechte“ des 1975 verstorbenen Autors Karl Walker zu lesen. Ich war erstaunt, wie Walker bereits 1947 diese Probleme in einer einfachen klaren Sprache beschrieben hat, die mich in den letzten Jahren zunehmend beschäftigen. Er schreibt z. B. auf Seite 36 im Hinblick auf die Überwindung des „tausendjährigen Reiches“:

„Indessen ist die Sache auch wiederum nicht so einfach, daß mit der Beseitigung des Herrschaftsprinzips und mit der Einführung der Demokratie alle Probleme der gesellschaftlichen Ordnung ihrer Lösung entgegengeführt würden. Jetzt beginnt erst die eigentliche Arbeit. Demokratie bedeutet zunächst nur, daß die Möglichkeiten offen sind, alle Möglichkeiten, die Dinge besser zu machen, als sie vordem gemacht wurden. Die Gleichberechtigung aller, die Freiheit des Gedankenaustausches gibt jedem die Chance, sein bestes Können und Wissen zum Einsatz zu bringen; so müßte die Ordnung nach den Einsichten der Besten und Fähigsten gestaltet werden. Doch das ist Theorie. Dicht neben idealsten Vorstellungen liegt auch die Problematik der Idee, denn mit den positiven Möglichkeiten, daß keiner ausgeschlossen werden darf, der etwas kann und etwas weiß, ist auch die negative Möglichkeit erschlossen, daß alle mitzureden haben und mitbestimmen können, auch wenn sie nichts verstehen und besser schweigen sollten. Das Problem ist so alt wie die Demokratie selber.“

Auf Seite 44 heißt es u.a.:

„'Verbieten' und 'Vorschreiben', das ist das ganze kümmerliche Handwerkzeug einer Politik, die aus der Anschauung erwächst, Ordnung zu gestalten sei eine Frage des Willens und der Macht, nicht des Erkennens, des einsichtigen Einordnens und Zusammenfügens natürlicher Kräfte und Tendenzen in der menschlichen Gesellschaft.“

Er geht dann auf die zur „weltumspannenden Manie ausgewachsenen Idee des Zentralismus, die die Dinge überhaupt ins Unlösbare steigerte,“ ein, die Korrekturen von Fehlentscheidungen fast verhindere. An anderer Stelle hält er den Politikern vor, daß ihr Glaube an die Demokratie nicht stark genug ist, um das dazugehörige Vertrauen zu entwickeln, daß die bedingungslose Freiheit schon das Rechte zeitigen wird. Auf Seite 78 heißt es:

„Das Bemühen der Welt, mit dem Mehrheitsprinzip als Abart des Herrschaftsprinzips zu einer Lösung zu kommen, ist genau so verkehrt, wie das Bemühen um die Erfindung des Perpetuum mobile, das aus Gründen höherer, gesetzmäßiger, aber nicht allgemein begriffener Logik naturnotwendig scheitern muß. Man kann nicht Wissende und Unwissende, Vorwärtstrebende und Rückwärtszerrende, Friedliebende und Kampfbegierige, Freiheitssuchende und Zwangsbesessene, Aufbauwillige und Zerstörungssüchtige - man kann nicht alle denkbaren Gegensätzlichkeiten zu einem Konglomerat einer 'einheitlichen Willensentscheidung' miteinander verkoppeln und verknoten und sich davon eine harmonische Lösung versprechen! -“ ... „Und dennoch wollen wir die Demokratie? Gewiß! doch ohne diesen unheilvollen Mehr-

heitswahn. - Demokratie mit einem stärkeren Schuß freiheitlichen Denkens, mit Einbeziehung der Einsicht, daß auch der Mehrheit keine Herrschaft zusteht, mit einer ordentlichen Dosis praktischer Toleranz. -“

Walker zitiert dann im nächsten Kapitel aus der Erklärung der Menschenrechte von 1789:

„Die Freiheit besteht hauptsächlich darin, alles tun zu dürfen, was einem anderen nicht schadet. Die Ausübung der Naturrechte eines jeden Individuums hat daher keine anderen Grenzen als jene, die andern Gliedern der Gesellschaft die Ausübung der gleichen Rechte gewährleisten. Die Grenzen können nur durch Gesetz festgelegt werden. Das Gesetz hat nur das Recht, die der Gesellschaft schädlichen Handlungen zu verbieten. Alles, was durch das Gesetz nicht verboten ist, darf nicht verhindert werden und niemand kann gezwungen werden, etwas zu tun, was es nicht vorschreibt.“

Und er kommentiert:

„Größere und klarere Worte sind hierzu nie gesprochen worden. - Man lese diese Sätze mit aller Aufmerksamkeit - und dann wird man erkennen, wie weit die politische Entwicklung, und zwar nicht nur in den Systemen des Absolutismus, der Diktatur, sondern auch in der Demokratie davon abgekommen ist.“ ...

„Mehr denn je - und fast möchte man meinen, härter und unbedingter als zu Zeiten der gekrönten Herrscher - geht es noch immer um die Grundrechte des Menschen; und das Problem ist, die Freiheit des Menschen mit den Notwendigkeiten der Sozialordnung in Übereinstimmung zu bringen. Ob das aber auf dem Wege zu erreichen ist, daß man eine Sozialordnung 'ausdenkt' und ihr die Freiheit des Individuums unterordnet, oder ob man umgekehrt verfährt, und die Sozialordnung um die Grundsätze der Menschenfreiheit aufbaut, das ist die Kardinalfrage.“

Walker erläutert dann noch, warum die Verfassungen verschiedener Bundesländer hinter der Erklärung der Menschenrechte von 1789 zurückbleiben. In einem aktuellen Beitrag dazu heißt es in einer Zuschrift von Hans Dolezaiek aus Virginia, USA in „Das Gespräch aus der Ferne“ Nr. 303, 40.Jg. zum Thema „Rechts und Links in den USA“:

„Da ist einmal die andere Bedeutung des Freiheitsbegriffs. Zurückgehend auf amerikanische Erfahrungen schon weit vor der Amerikanischen Revolution, ist die Einsicht, daß Freiheit und Verantwortung zusammengehören, bestimmend in der Vorstellung des Amerikaners, oft nicht deutlich bewußt, manchmal angezweifelt, aber doch bestimmend. Ebenso ist die Auffassung von der 'Gleichheit'- wiederum beruhend auf alten, nur in Amerika möglichen Erfahrungen - anders als der Europäer es sich oft denkt. Gleichheit vor dem Recht wird natürlich gefordert und um ihre immer weitere Verwirklichung wird gekämpft. Gleichheit im Ergebnis wird jedoch nicht gewünscht, man sieht sie als unmöglich an; als verlogen, wo sie behauptet wird; als verbrecherisch, wo sie versucht wird; und als unvereinbar mit der Freiheit der

Person. Die dazwischenliegende Gleichheit der Startbedingungen ist hingegen eine sehr amerikanische Forderung. Wie weit man da zu gehen hat, scheint jede Generation wieder neu bestimmen zu müssen ... Es ist im Grunde hier, wo die Unterschiede zwischen 'rechts' und 'links' substantiell werden. Die Freiheit der Person gibt dazu den Maßstab ab.“

2.4)

Um zu freieren Ufern zu kommen, bleibt nichts anderes übrig, als den Umfang staatlicher Regelungen und Tätigkeiten zu reduzieren, das heißt, die Parlamente müssen von ihrer Gesetzgebungssucht befreit und die Bürger in die Freiheit entlassen werden. Schulzwang und Zwangsmitgliedschaften in Kammern und Versicherungen, Schulen, Universitäten und Theater passen nicht in die Landschaft einer freien Republik. Wirtschaftsunternehmen in Regie oder Eigentum des Staates sollten möglichst alle privatisiert werden, aber nicht aus dem Motiv heraus, Kapitalisten eine rentierliche Anlage zu ermöglichen, sondern um den Staat von Ballast zu befreien und den Arbeitnehmern dieser Betriebe - wenn gewollt - ihre ökonomische Selbstbestimmung zu ermöglichen. Anhänger des Kollektivismus müssen ihren Bedarf an kollektiven Bedürfnissen - die auch in geborgenheitgebenden Unterwerfungen bestehen können - in privatrechtlich organisierten Vereinigungen befriedigen. In einer freien Republik steht es dem Staat z. B. auch nicht zu, den Bürgern vorzuschreiben, in welcher Form sie eine Ehe eingehen wollen, oder für eine kleine Auswahl von Weltanschauungsgemeinschaften die Mitgliedsbeiträge einzutreiben. Den Glaubensgemeinschaften steht natürlich aufgrund der ihnen von ihren Mitgliedern (und nicht vom Staat) verliehenen Rechte zu, ihren Mitgliedern Vorschriften aufgrund der gemeinsamen Glaubensinhalte und des Vereinsrechtes Vorschriften für die Ehe- und Lebensformen zu machen.

Es sind eigentlich selbstverständliche, liberale Gedanken, die ich hier formuliert habe, aber meine Erfahrung ist die, daß diejenigen, die sich Liberale nennen, den Inhalt solcher „Botschaften“ nicht verstehen oder sie als revolutionär empfinden.

„Wettbewerb und Freiheit sind die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Vorschriften zur Verschärfung des Wettbewerbs sind das Gegenteil von Dirigismus. Wettbewerb übt in einem offenen und dynamischen System ständige Anreiz-, Auslese- und Entmachtungsfunktionen aus. Er ist vor allem Element der Kontrolle von Macht.“ sagte der ehemalige Wirtschaftsminister Dr. Hans Friderichs anlässlich der Beratung der Kartellgesetznovelle am 14. 6. 1973 im Bundestag. Diese Aussage im Hinblick auf die Ökonomie gemacht, gilt eben für alle ge-

sellschaftlichen Bereiche. Da wo es keinen Wettbewerb gibt, da gibt es in Umkehrung der Fridrichsschen Aussage auch keine Freiheit. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Ich rede hier nicht von Freiheit im Sinne der CDU-Wahlparole von 1976 „Freiheit statt Sozialismus“, sondern wie ich sie einmal bei Werner Schmidt gelesen habe, der 1/4 Jahrhundert Parlamentsarbeit in der Schweiz geleistet hat. „Freiheit und Sozialismus möge die Frucht dieses Jahrhunderts sein.“ Unter Sozialismus versteht er dabei aber nicht einen zentralistisch-kollektivistischen Unterdrückungsapparat, sondern die Überwindung der Ausbeutung. Ich habe mir notiert: „Norbert Blüm am 26.11.1987 im Bundestag: 'Ich bin gegen Ausbeutung - von welcher Seite sie auch geschieht.' "

2.5)

In dem Sonderheft der „Fragen der Freiheit“ mit dem Titel „Siebzig Jahre soziale Dreigliederung“ schreibt Fritz Penserot in seinem Beitrag „Brüderlichkeit durch Vollbeschäftigung“, nachdem er auf das Währungs- und Wirtschaftsverständnis von Rudolf Steiner eingegangen ist:

„Eine solche Wirtschafts- und Währungsordnung ist erreichbar, wenn unsere Wirtschafts- und Währungspolitiker und deren wissenschaftliche Zuarbeiter sie wirklich wollen. So wie es im Jahre 1948 / 49 möglich war, daß ein aus 65 Mitgliedern bestehender 'Parlamentarischer Rat' ein Grundgesetz erarbeitet hat, das im großen und ganzen der Bundesrepublik Deutschland eine verfassungsmäßige Grundlage gegeben hat, wie sie freiheitlicher nie zuvor in Deutschland bestanden hat, so müßte es auch heute möglich sein, dem Wirtschaftsleben eine auf wahre Tauschgerechtigkeit gerichtete Währungsverfassung zu geben, die die wirtschaftspolitischen Ziele Geldwertstabilität, Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht erreichbar macht und damit durch sich selbst ein Sozialklima entstehen läßt, in dem sich Altruismus und schließlich Brüderlichkeit entfalten können.“

Abgesehen davon, daß Elimar Rosenbohm - ehemals Mitarbeiter der LZB Niedersachsen der Auffassung ist, daß das jetzige Bundesbankgesetz die erforderlichen Maßnahmen mit abdeckt, daß es nur darauf ankäme, das Bewußtsein der Bundesbanker zu erweitern, will ich hier ja noch nicht speziell auf die Ökonomie eingehen, sondern auf die Verfassung.

Fragen: Haben wir nicht nur deshalb eine relativ gute Bundesverfassung, weil wir a) als Verlierer am Boden lagen, b) die Mitglieder des Parlamentarischen Rates vom Gefühl des Versagens in der Weimarer Republik gepeinigt waren, c) die Siegermächte als Oberlehrer den Verfassungsautoren auf die Finger schauten und d) die Macht der Parteien noch nicht so etabliert war? Können Sie sich den Bundestag in Folge vorstellen der dieses Grundgesetz zustande gebracht hätte? Hat der Bundestag seit seiner ersten Konstituierung die Freiheitsrech-

te ausgebaut oder nur von der Substanz gelebt oder gar Raubbau betrieben? Was wäre, wenn das Bundesverfassungsgericht nicht als Bremse vorhanden wäre?

Worauf ich hinaus will, ist die Frage, ob bei der jetzigen Selektionsart der Abgeordneten die parlamentarische Demokratie überhaupt eine Überlebenschance hat und ob jeder von Ihnen eigentlich dem GG-Artikel 38 (1) gerecht wird. Es heißt dort: „Die Abgeordneten ... Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.“ Ist diese Passage nun ein Verfassungsgebot oder ein Wort für politische Erbauungsreden?

Es geht um die Rolle der Parteien, des Fraktionszwanges und der Aushöhlung der Gewaltenteilung. Am 15. Okt.87 sagte Heiner Geißler in der Fernsehsendung „Was nun, Herr Geißler?“: „Die Demokratie kann nur durch Parteien organisiert werden.“ (So denken viele, die sich Politiker nennen oder als Politikwissenschaftler verstehen.) Er sprach auch davon, daß wir die Tradition von 40 Jahren fortführen müssen. Genau dies dürfen wir nicht, das bedeutet das Scheitern einer zweiten Republik in diesem Jahrhundert. Geißler und wir müssen uns an ein anderes Wort von ihm (auf dem CDU-Parteitag am 9.11.87) halten:

„Wir müssen schmerzhaft Arbeit leisten.“

Wenn die Auffassung, daß die Demokratie nur über die Parteien organisiert werden kann, richtig wäre, so müßten die Parteien als vierte Gewalt im Grundgesetz verankert werden. Im Grundgesetz steht aber im Artikel 21 (1): „Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.“ Aus der Mitwirkung wurde ein Monopol gemacht. Und damit nun nicht alle Parteien an dieser Art deformierter politischer Willensbildung partizipieren können, wurde die 5%-Klausel erfunden - angeblich um die Demokratie zu schützen, tatsächlich um das etablierte Parteienmachtkartell vor Konkurrenz zu schützen. DIE GRÜNEN haben diesen Tatbestand auch schon verdrängt. Ich habe keine aktuellen Zahlen über die Gesamtmitgliederzahl aller Parteien zur Hand. Es dürften aber nicht mehr als 5% des Wahlvolkes sein. Von diesen 5% sind höchstens 1/10 aktiv (also 0,5 % der Wahlbürger). Von diesen 0,5 % mag vielleicht 1/10 Mandate und Vorstandsposten übernehmen (also 0,05 %). Diese 0,05 % stellen dann die Volksherrschaft dar. Hinzu kommt, daß in den Parlamenten etwas weniger als die Hälfte der Abgeordneten unfreiwillig die Rolle des an die Kette gelegten zahnlosen Wachhundes übernimmt. Der Hund heißt dann Opposition, er hofft, daß der Wähler bei der nächsten Wahl ihm ein Gebiß verpaßt, damit er den Gegenspielern dann die erlittene Schmach zurückzahlen kann (natürlich wieder mit der Vergewaltigung einer neuen Minderheit und zu

Lasten der Steuerzahler). Die Mehrheit in Form einer Ein- oder Mehrparteienfraktion übernimmt dann die staatserhaltende Rolle der Legitimationsmaschine und ist stolz, die Demokratie noch so gerade eben vor dem Untergang bewahrt zu haben. Selbstverständlich wird sie auch Fälle präsentieren können, wo sie so stark war, der von ihr in den Sattel gehobenen Regierung widersprochen zu haben. Nicht nur, daß auf diese Weise das demokratische Zentrum vom Parlament auf die Regierung mit der Super-Ministerialbürokratie (die der Bürokratie sozialistischer Länder wahrscheinlich Konkurrenz machen kann) verlagert wird, sondern die Klammer „Partei“ um Mehrheitsfraktion und Regierung hebt die Gewaltenteilung auf. Zusätzlich wird die Gewaltenteilung unterlaufen durch Doppelmandate: Abgeordnete(r) – Minister (in) bzw. Kanzler und Abgeordneter - Mitarbeiter der Ministerien.

Wir schielen doch so gerne auf unseren großen Bruder nach Amerika. Wir sollten es nicht nur tun, wenn es um militärische Fragen geht. Der bereits zitierte Hans Dolezalek schreibt dazu:

„Es gibt keine Partei-Mitgliedschaft; ein 'registered republican' ist einfach jemand, der bei den Vorwahlen ('primaries') an den republikanischen teilnimmt und also nicht an den demokratischen. Es gibt kein durchgehendes, geschriebenes Parteiprogramm; die 'Plattform' wird alle vier Jahre für den bevorstehenden Kongreß beschlossen. Es gibt keinerlei Fraktionszwang oder ähnliches in den Parlamenten. Ein südlicher Demokrat wird oft 'konservativer' sein als ein nördlicher Republikaner. Die Trennung der drei Gewalten ist strikt: Regierungsangestellte dürfen nicht einmal für einen Parlamentskandidaten öffentlich Stellung nehmen; wird ein Abgeordneter in die Regierung berufen (und nimmt er das an), verliert er sofort sein Mandat; will ein Regierungsbeamter als Abgeordneter kandidieren, muß er vorher seine Stellung aufgeben. Parteien sind in der amerikanischen Verfassung nicht erwähnt.“

Zurück zu unseren Verhältnissen in der BRD: Es gilt als die nicht zu überhöhende politische Weisheit, daß die Regierung eine stabile Mehrheit im Parlament haben muß. Daß der Preis dafür ein schwaches Parlament ist, wird verschwiegen. Es wird als normal angesehen, daß die Linien der Abstimmungen entlang der Grenze der Parteizugehörigkeit der Abgeordneten verläuft. Dies ist - obwohl machtpolitisch logisch - demokratisch gesehen idiotisch. Denn die Parteizugehörigkeit ist kein besonderes Erkenntnisorgan (Ich erwähnte es schon mit anderen Worten.) Nach aller Lebenserfahrung müßte es laufend zu unterschiedlichen, parteiübergreifenden Sachkoalitionen kommen. Daß dies nicht der Fall ist, ist der beste Beweis für den grundgesetzwidrigen Fraktionszwang. Bei der ersten Abstimmung, die der Abgeordnete nicht entsprechend der eigenen Einsicht oder Überzeugung abstimmt, verrät er bereits sich und das Grundgesetz. Nach fünfzig Abstimmungen hält er dann wohl alle von außen an ihn herange-

tragenen Abstimmungsvorgaben als die ureigenen Abstimmungsvorhaben. Wenn ich hier so argumentiere, so impliziert das ja, daß ich annehme, daß im Bundestag die falschen Frauen und Männer sitzen. Erstmal ist es so, daß auch ich meine, daß zu wenig Frauen im Bundestag sitzen (eine höhere Anzahl bringt aber nicht automatisch eine bessere Qualität) und zweitens können sich auch Abgeordnete emanzipieren. (Es gärt doch hoffentlich auch unter den MdBs.)

Wer die oder der Richtige im Bundestag ist, kann nur ein chancengleicher Wettbewerb zu Tage bringen. Diesen chancengleichen Wettbewerb haben wir nicht. Vor einiger Zeit las ich in der Presse eine Notiz, daß unser Exbundespräsident Walter Scheel angeregt hat, die Wähler an der Aufstellung der Parlamentskandidaten zu beteiligen. Dieser Gedanke wurde auch schon Anfang der 70er Jahre in der FDP diskutiert. Wenn alles andere beim Alten bleibt, stößt die Realisierung von Scheels Vorschlag - der ja auf meiner Argumentationslinie liegt - meines Erachtens auf große Schwierigkeiten. Die Neupartei *DIE GRÜNEN*, die Ihren eigentlichen Gründungsgrund darin hat, daß sich die Altparteien selbst überlebt haben, deren Form aber wesentlich von von der 5%-Klausel bestimmt wurde, war ja der Versuch, unsere demokratische Landschaft neu zu beleben. Etwas ist dieses ja auch gelungen. Aber die Vorbehalte, die am Beginn der grünen Bewegung aufgrund von Erfahrung in oder Beobachtung von den Altparteien oder aufgrund von Intuition gegen eine Parteigründung angemeldet wurden, haben sich auch als berechtigt erwiesen. Parteien fördern nicht das Gute im Menschen, sondern das Negative z. B. in Form von Verhaltensmustern. Ich will das an einem Beispiel erläutern. Konrad Adenauer und Hansjochen Vogel waren jeweils zu ihrer Zeit von der Notwendigkeit einer Bodenrechtsreform überzeugt (Quellen Literatur und Berichte). Auf dem Wege zur Macht durften sie es nicht laut kund tun, weil es keinen Konsens mit der Partei gab und Wählerstimmen kosten konnte. Auf der Höhe der Macht kann es mit Rücksicht auf die eigene Machterhaltung und jene der Partei auch nicht gesagt werden. Da ringen also Menschen unter Selbstverleugnung auf der politischen Matte um Macht, und wenn sie als Sieger hervorgegangen sind, müssen sie weiter wesentliche Teile ihrer Einsichten verleugnen, um „Schaden“ von ihrer Partei fernzuhalten. Den Schaden, den der einzelne dabei nimmt, den nimmt auch die Gesellschaft.

Noch einmal zurück zu den GRÜNEN: Die Vorbehalte zur Parteigründung wurden dadurch entkräftet, weil es keinen anderen Weg gab, um auf die Orte direkt einwirken zu können, in denen das Unheil seine gesetzliche Basis hat. Und damit waren die Landtage und der Bundestag gemeint. Hätten die Grünen die Möglichkeit gehabt, ohne Partei in den Bundestag zu

gelangen - so meine Überzeugung - hätten sie die Rolle als Hoffnungsträger nicht so schnell verloren. Keine der Gruppierungen innerhalb der grünen Bewegung (und das waren nicht die heutigen Fundis und Realos) war stark genug, um alleine die 5%-Hürde zu schaffen. Um den Vorbehalten, der 5%-Hürde und der Erkenntnis, daß das Links-Rechts-Schema den neuen Anforderungen nicht mehr gerecht wird, war nach meiner Erinnerung in der Gründungszeit eigentlich Konsens, daß es einen innerparteilichen Wettbewerb geben mußte. Das hieß z.B. bei der Aufstellung der Kandidaten für die Parlamente, daß alle Strömungen berücksichtigt werden sollten. Daß die Mandatsträger ihre Position wahrhaftig ohne Gängelung durch die Partei in den Parlamenten vertreten sollten. Und daß Minderheiten mit den Mehrheitsprogrammen konkurrierende eigene Programme innerhalb und außerhalb der Partei veröffentlichen können sollten. (Das steht sogar in der Bundessatzung, wird aber nicht beachtet.) Dies wurde alles schnell mit dem Zustrom nur linear denkender linker und rechter Mitglieder vergessen. Um die Dynamik und Dialektik des Wettbewerbes verstehen zu können, muß man in Prozessen d.h. ganzheitlich denken können. Der Wettbewerb kennt zwar punktuelle Unterlegene, aber nicht generell Unterworfenen; er ist eben nicht der „Biß in die Gurgel“ des Gegners. „Der Kampf bis aufs Messer“ innerhalb der Grünen war damit vorprogrammiert. Und die Republik hat eine politische Enttäuschung mehr zu verkraften. Die programmatischen Äußerungen der GRÜNEN sind - insgesamt bewertet - auch nur eine jener politischen Vergewaltigungsphantasien (eine Mischung aus Zwangsbeglückung und Unterdrückung der Gesellschaft), wie wir sie von den den Altparteien her kennen. Und hier wie dort werden Parteimitglieder zu finden sein, die meinen, ihr Programm hätte es verdient, in den Verfassungsrang gehoben zu werden. Neue Parteien sind also auch keine Lösung unserer Demokratieprobleme. Wir müssen also sowohl das Monopol der politischen Willensbildung als auch das der Gesetzgebung brechen. Wettbewerb, Freiheit müssen wir als Werkzeuge nutzen: Keine Mark mehr für die Parteien aus den Staatskassen, allenfalls zu Lasten der Staatskassen Zuwendungen in begrenzter Höhe, die von der Steuerschuld abgezogen werden können, direkt vom Wähler nach eigener Wahl, auch an parteiunabhängige Kandidaten; ein Wahlrecht, das wenigsten 25 % unabhängige Kandidaten in die Parlamente katapultiert; Verzicht auf alle staatsrechtlichen Regelungen, die auch privatrechtlich vereinbart werden können (z.B. statt 1 bis 3 gesetzliche Mitbestimmungsmodelle so viele vertragliche Mitbestimmungsmodelle, wie es dem Bedarf der Arbeitnehmer oder der Anzahl der Unternehmen entspricht); Konkurrierende Gesetzgebung durch das Volk als Ganzes bzw. die Summe der Bürger als Basis für die Fälle, wo die Parlamente keine befriedenden und zufriedenstellenden Gesetzeslösungen zu stande bringen. Das Grundgesetz ließe es zu, und wenn nicht, dann hat der Bundestag die Kompetenz, die Voraussetzungen da-

für zu schaffen. Eine heilsame Wirkung ginge wahrscheinlich auch von der Erhöhung der erforderlichen Mehrheiten bei Gesetzesbeschlüssen aus. Wenn auch einfache Gesetze mit Zweidrittel- oder Dreiviertel-Mehrheit beschlossen werden müssen, dämmt das bestimmt die Gesetzesflut ein und erhöht die Kooperationsgemeinschaft in den Parlamenten. Die Sitzordnung im Bundestag erinnert an eine militärische Schlachtordnung. Sie fördert im Zusammenhang mit dem jeweils selbst aufgelegtem Kleiderzwang und der eingeschränkten Redefreiheit (die Fraktionen bestimmen, wer wann wozu was sagt) bestimmt nicht die Kreativität und Kollegialität, die erforderlich ist, um zu Problemlösungen zu kommen. So wie es jetzt läuft, stehen die Kosten der Parlamentarier in keinem guten Verhältnis zu ihrer Effektivität.

2.6)

Ursprünglich wollte ich, um Ihre notwendige Betroffenheit herzustellen, diesen Brief mit meiner Einschätzung beginnen, daß der Schaden, den die Gesellschaft durch den Bundestag erleidet, weitaus größer ist als jener durch die Terroristen. Ja, daß - wenn man den Reinheitsgrad der Motive losgelöst von der Rechtslage und den konkreten Taten messen könnte - die Terroristen auch nicht schlechter abschneiden würden. Gutes wollen ist eben nicht gleich Gutes tun. Dann gingen aber die Meldungen über eine Äußerung von der Vorstandssprecherin der GRÜNEN, Jutta Ditfurth, durch die Presse. In der HAZ vom 15. 10. 87 z. B. war zu lesen: „Das Verhältnis der Grünen zum Terrorismus und deren Kritik am staatlichen Gewaltmonopol war am Mittwoch im Bundestag Gegenstand einer emotionsgeladenen Aktuellen Stunde. Im Mittelpunkt der Debatte stand die Bemerkung der Grünen-Bundesvorstandssprecherin Jutta Ditfurth, der Staat brauche 'fast nichts so sehnsüchtig wie den Terror', die von Rednern der Koalition wie der SPD als Beweis für das gesplante Verhältnis von Grünen zum Rechtsstaatsprinzip gewertet wurde.

Am 17. 10. 87 hieß es dann unter der Überschrift „Grüne distanzieren sich von Jutta Ditfurth“ u.a. wie folgt: „Der 'Verschwörungsgedanke' in Jutta Ditfurths Äußerung zeige die gedanklich fatale Konstruktion eines den Terror überlegt und absichtlich planenden Staates.“ Jutta Ditfurth ist nun bestimmt nicht eine Grüne, mit der ich mich politisch identifizieren kann. Z.B. hat sie am 5. 11. 87 im Kreml gesagt: „DIE GRÜNEN aus der Bundesrepublik haben die Einladung zu den Feierlichkeiten der russischen Oktoberrevolution mit großen Interesse angenommen. Wir halten sie für eines der bedeutendsten Ereignisse der Geschichte.“ Hätte ich eine Chance gehabt, dort zu sprechen, so hätte ich etwa folgendes gesagt: „Die Erinnerung an geschichtliche Daten ist oft schmerzhaft, weil sie die unendlichen Leiden der Menschen und Kreatur bewußt machen, die von dem Geschehen betroffen waren. Die Ok-

toberrevolution in Rußland und die Machtergreifung der Nationalsozialisten haben die blutigsten Irrwege der Menschen in der Geschichte eingeleitet. Laßt uns gemeinsam Lehren daraus ziehen und humanere Wege in die Zukunft bauen.“

Die Kritik ihrer Terror-Einschätzung kann ich so aber nicht teilen. Gerade wenn man für die Rechtsstaatlichkeit ist, muß man Umfang staatlicher Macht, das Zustandekommen und den Erhalt des Rechtes, das diese Macht stützt, hinterfragen. Das staatliche Gewaltmonopol ist doch nicht etwas Heiliges, sondern nur ein von Individuen auf die Vertretung der Gemeinschaft übertragenes Faustrecht. Es ist belastet mit Krieg und Vernichtung in der Vergangenheit und hat in der Gegenwart dazu geführt, daß unzählige Bürger ihren Staat als etwas Fremdes und Bedrohliches empfinden. Das Gewaltmonopol des Staates muß seine Berechtigung immer von neuem dadurch beweisen, daß es humaner als das individuelle Faustrecht ist.

Aus dem veröffentlichten Satz von Jutta Ditfurth kann ich auch nicht entnehmen, daß sie den Staat als Verschwörer sieht, der den Terror selbst inszeniert¹, sondern nur, daß durch die Terroristen ein in Bedrängnisgeratener Staat eine Entlastung erfährt. Im übrigen ist es ja nicht nur ihre Einschätzung. Nach der Fernsehsendung Titel Thesen Temperamente am 8.11.'87 z.B. habe ich mir eine Äußerung notiert, die da lautet: „Jeder Schuß wird willkommen heißen - alle Macht dem Staat.“ Das Thema war: „Von der Last ein Deutscher zu sein“. Es ist doch eine alte Einsicht von Beobachtern, daß die Strategie von „Staatsmännern“ darin besteht, innerstaatliche Konflikte durch das Aufbausuchen äußerer Bedrohung zu neutralisieren. Kriege sind aus dieser Sicht verhinderte Bürgerkriege. Wir leben nun aber (gottseidank) in einer Zeit, in der sich unsere Republik um ein friedliches und freundschaftliches Neben- oder Miteinander bemüht. Wir leben aber auch in einer Zeit der zunehmenden gesellschaftlichen Spannungen, in einer Zeit, in der auf politischer Ebene keine Probleme mehr gelöst, sondern durch das Rumlaborieren eher vermehrt werden. In einer solchen Situation ist das Vorhandensein des Bösen in der Gestalt von Terroristen für die Politiker ein Glücksfall. Sie können mit Überzeugung den Terrorismus verurteilen und Aktivitäten auslösen, die verdecken, daß der Erhalt des gesellschaftlichen Status quo als Fortschritt verkauft wird. Es wird auch wohl keiner Polizeiminister werden, der davon beseelt ist, Kompetenz und Umfang der Polizei zu reduzieren. Vielmehr Ausweitung wird immer seine Parole heißen, auch wenn er nicht den Namen Zimmermann trägt. Schärfere Gesetze, mehr Personal und mehr Gerät bekommt ein Minister, eine Regierung doch nur bewilligt, wenn die tatsächliche oder an die Wand gemalte Gefahr Eindruck macht.

¹ Aber können wir eigentlich bei den vielen Gerüchten über Agenten provocateurs, und den Berichten über die Sprengung 1978 an der Außenmauer der Celler Justizvollzugsanstalt durch Polizei und Verfassungsschutz und den in Kiel sichtbar gewordenen Aktivitäten des Staates blind darauf vertrauen, daß dies nicht so ist?

Auch hier wieder die Situation: Die Bande kann man moralisch verurteilen und ihre Existenz aus Politikgründen bejubeln. Ich will ja gar nicht die Terroristen rechtfertigen, ich verstehe mich seit den 50er Jahren als Pazifist und halte den Terrorismus nicht nur für inhuman, sondern auch für politisch dumm, weil er die Verhältnisse mit zementieren hilft, die er bekämpft. Es gilt aber auch das Wort des Bischof Ulrich Wilkens, das dieser für Uwe Barschel gefunden hat, für jeden einzelnen Terroristen: „Auch Gestürzte und Gescheiterte bleiben Menschen in Gottes Hand.“ Wilhelm Mensching, der verstorbene Gründer des Internationalen Freundschaftsheimes und Brückenbauer zwischen verfeindeten Menschen und Völkern in der Zeit des Hasses und Verlorenseins nach dem 2. Weltkrieg, drückte es so aus: „In jedem Menschen wohnt ein Stück von Gott.“ Und er meinte damit auch die kleinen und großen Hitlers und Stalins. Dabei geht es nicht um eine Verwischung der Grenzen zwischen Gut und Böse, die immer neu ausgemessen werden müssen. Die Terroristen sind aber eben nicht dafür da, daß wir unseren Haß auf Gott, die Welt und auf uns selbst an ihnen austoben oder sie politisch instrumentalisieren, sondern ihr Vorhandensein ist als ein mehr als deutliches Signal dafür zu nehmen, daß die politische Entwicklung in unserer Republik falsch gelaufen ist. Als ein solches Signal verstehe ich auch die Verzweiflungstat des Brandstifters, der die Frankfurter Oper in Flammen setzte (HAZ 13.11.87). Jeder Tote, jeder Raub, jede Brandstiftung ist zuviel, da aber die Mächtigen anscheinend immer durch ihre Macht geblendet werden, können sie die Signale nicht verstehen. Uns steht wohl noch einiges bevor, zumal die friedliche Demonstration immer mehr als ein abgenagter politischer Knochen wahrgenommen wird, der den Hunger nach Veränderung nicht stillt, und die gewaltlose Gewalt (soziale Verteidigung) wurde nicht entwickelt und eingeübt, aber lächerlich gemacht und kriminalisiert. Auf der anderen Seite hat der Tod des Polizisten an der Startbahn West die Angst bei den Politikern aufkommen lassen, daß der Schutzwall Polizei, der die Politiker bisher vor den Folgen ihres Tuns schützte, irgendwann brechen könnte. Nur deshalb ist der Mord eines Polizisten ein Tod besonderer Art.

Entschieden wende ich mich gegen die Gleichstellung des Begriffes „Terrorismus“ mit „Anarchismus“. Anarchie ist Abwesenheit von Herrschaft und damit das Gegenteil von Terror. Da die Anarchie keine ausgebildete Theorie, noch eine konkrete Form der Gesellschaft ohne Staat ist, verstehe ich sie selbst als eine an die Existenz des Staates gekoppelte, permanente Kritik dieses gesellschaftlichen Überbaues. In diesem Sinne ist dieser Brief eine Arbeit eines Anarchisten. Ich reklamiere für mich aber den Begriff des konsequenten Liberalen. Die Existenz von Literatur und Menschen, die sich mit der Anarchie befassen, sollte dankbar und

fördernd zur Kenntnis genommen werden, weil letztlich alle demokratisch höher entwickelten Zielsetzungen von der Zähmung oder Überwindung des Staates in der Gestalt des Leviathan, des Ungeheuers beseelt sind. Wenn unbedingt der Name einer Idee mit den Begriffen Mord und Terror gleichzusetzen ein Bedürfnis ist, dann sind die Begriffe „Sozialismus“ und „Christentum“ viel eher geeignet. Ich verweise hier nur auf: „Marxismus-Leninismus“ von Hermann von Berg und „Die beleidigte Kirche“ von Karlheinz Deschner. Daß Menschen immer wieder in Versuchung geraten, ihre Ideen mit Gewalt durchzusetzen, obwohl sie in der Regel damit gegen eigene Werte und Ziele verstoßen, hängt meines Erachtens mit der mangelnden Elastizität oder Starrheit einer Gesellschaft zusammen. Sie kann dann nicht Kritik oder neue und alte ausgegrabene Ideen zur Gesellschaftsgestaltung als eine Bereicherung, sondern nur als eine Bedrohung sehen. Mit anderen Worten: Die Gesellschaft schafft sich ihre politisch motivierten Mörder und Terroristen selber. Manchmal wandelt sie später auch Mord und Terror in Heldentaten um.

2.7)

Ein besonderes Problem, das eine demokratisch-politische Kultur gar nicht erst zur Entfaltung kommen läßt, ist nach meiner Beobachtung der politische Haß, der sich sowohl in nüchtern klingenden Gerichtsurteilen wie der moralisch-politischen Überhöhung der eigenen Position verstecken kann.

Die HAZ meldete am 14. 11. 87:

„Die Oldenburger Oberstudienrätin Irmelin Schachtchneider (52) wird wegen ihrer Aktivitäten für die DKP aus dem Schuldienst entfernt. Das hat das Verwaltungsgericht Oldenburg nach Angaben vom Freitag entschieden. Sechs Wochen zuvor hatte das Gericht die DKP-Aktivitäten ihres Ehemannes, des Oberstudienrates Matthias Schachtschneider, mit der Entfernung aus dem Schuldienst geahndet. Nach Auffassung des Gerichts haben die Eheleute jeweils mit Kandidaturen bei allgemeinen Wahlen für die DKP gegen die für Beamte geltende politische Treuepflicht verstoßen.“

Stellen wir uns vor, daß in dem Bericht statt Oldenburg Karl-Marx-Stadt und statt DKP-Aktivitäten Friedensaktivitäten stünde. Welche Empörung würde das bei uns auslösen. Haben wir aber wirklich keinen Grund, uns darüber zu empören, daß die Urteile über das Lehrerehepaar von einem westdeutschen Gericht gesprochen wurde? Sicher haben die Richter ihre Urteile formalrechtlich abgesichert. Aber:

„Es gibt keine grausamere Tyrannei als die, welche man ausübt im Schatten der Gesetze und unter der Flagge der Justiz. MONTESQUIEU“

(Zitiert nach „Informationsdienst für direkte Demokratie“ Nr. 11/1987) Und: Können wir,

nachdem unsere Justiz alle Mörder in der Robe des Volksgerichtshofes ungeschoren hat laufen lassen, noch Vertrauen in die demokratische Sensibilität unserer Gerichte haben? Sind denn solche Urteile gegen Lehrer(innen), die Mitglied der DKP sind oder für diese kandidieren, rechtlich verständlich, wenn die DKP selbst nach Artikel 21 (2) nicht als verfassungswidrig erklärt wird? Ist diese durchsichtige politische Taktik nicht Rechtsbeugung? Aus anderen Gründen halte ich solche Urteile für falsch:

1. Solche Urteile bergen die Gefahr der Ausgrenzung weiterer Ideenträger in sich. Ich weiß von einer Frau, die als tüchtig eingeschätzt und für die ausgeschriebene Stelle eines öffentlich-rechtlichen Arbeitgebers als geeignet empfunden wurde, die dann diese Arbeit aber trotzdem nicht bekommen hat, weil sie mit einem Mann verheiratet ist, der sich erlaubt, unfrisierte Gedanken auszusprechen.
2. Weil keine Institutionsstrukturen so sehr den Strukturen des realexistierenden Kommunismus entsprechen, wie unser immer noch obrigkeitstaatliches Schulwesen. Schüler- und Elternräte ändern daran wenig. Geben Sie doch einmal ein vergleichendes Gutachten in Auftrag.
3. Ein(e) Lehrer(in) ist nur eine von vielen Personen, die auf die politische Sozialisation der Schüler einwirken. Einem engagierten „DKP-Lehrer“ schreibe ich bessere Wirkungen zur Bildung eines demokratischen Bewußtseins zu als den vielen politisch indifferenten Lehrern(innen).
4. Solange einem nach Gerechtigkeit strebenden Menschen – und einen solchen Menschen wünschen wir uns doch wohl als Lehrer unserer Kinder - keine bessere Kapitalismuskritik als jene des Marxismus angeboten wird, brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn auch unter den Lehrern solche sind, die sich ein Heil dieser Welt vom Marxismus versprechen, wenn auch die realen Fakten solche Hoffnungen als Illusionen deklassieren.
5. „Spitzen“-Politiker aller Parteien fürchten um ihre Bedeutung, wenn sie nicht von „Spitzen“-Politikern der kommunistischen Ostblockländer empfangen werden. Ihre Bedeutung würde noch mehr wachsen, wenn sie ihre kleinkarrierte Haltung gegen den kommunistischen Lehrern oder Postbeamten ändern würden. Oder ist evtl. etwas an dem Verdacht dran, daß die Entfernung der kommunistischen Lehrer(innen), nur den Zweck habe, die knappen und begehrten Lehrerarbeitsplätze für politische Freunde zu räumen?

Im Septemder vorigen Jahres haben nun 18.000 Wähler Kandidaten des rechten politischen Spektrums, der Liste D in die Parlamente von Bremen und Bremerhaven gewählt. Mein Ein-

druck, den ich aufgrund der Berichte in den Medien erhielt, war, daß hier gewählte Volksvertreter wie politisch Aussätzige behandelt wurden. Die Reaktionen der Sozialdemokraten sind zwar auf dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit den Nationalsozialisten verständlich, aber demokratisch trotzdem nicht zu billigen. Man kann den Wähler nicht in einem Atemzug als mündig (wenn er die SPD wählt) und als unmündig (wenn er die Liste D wählt) hinstellen. Aber auch Mitglieder und Parlamentsvertreter rechter Parteien haben einen Anspruch auf persönlichen Respekt. Wer anfängt, die Extreme auf der politischen Skala zu kappen, muß immer mehr kappen, bis sich der Mittelste der Mitte als sein eigener Extremist selber kappen muß.

Ich halte es für eine Verfälschung der gesellschaftlichen Wirklichkeit, wenn mit juristischen Tricks politisch extreme Positionen aus den Parlamenten und Ämtern ferngehalten werden. Auch wenn sich Vertreter anderer Positionen dazwischen für bessere Menschen halten mögen. Die Akzeptanz unseres Staates durch die Bürger wird dadurch bestimmt nicht erhöht und den Parlamentariern der „Mitte“ fehlt dann der Stachel im Sitzfleisch, der sie am politischen Einschlafen hindert. Eine Gefahr für die Demokratie ist doch nicht, daß die Extrempositionen offen dargestellt werden, sondern daß sie zahlenmäßig durch Mitglieder und Wähler zu hoch besetzt sind. Dieses ist aber nur möglich, wenn jene Parteien, die sich christlich, sozial oder liberal nennen, in die politische Mittelmäßigkeit absinken, die anstehenden gesellschaftlichen Probleme nicht lösen und Mittelmäßigkeit mit Maß der Mitte verwechseln. Der Erfolg der Liste D in Bremen zeigt an, daß die gesellschaftliche Temperatur in einem ungesunden Bereich liegt. Diese Temperatur kann man nicht dadurch ändern, daß man das Thermometer zerschlägt. Interessant ist ja in diesem Zusammenhang die Nachricht, daß die Wähler der Liste D hauptsächlich Arbeitslose und Kurzarbeiter waren. (Report 22.9.87)

Es ist ja auch eine seltsame Auffassung von Freiheit und Verfassung, die da glaubt, mit Ausgrenzung und dem Spitzeldienst, Verfassungsschutz genannt, beides verteidigen zu können. Mit diesem Mittel kann man eine Weile totalitäre Regime oder auch unserem Status quo, der ein Hohn auf die Grundrechte ist, sichern, aber nicht eine freiheitliche Verfassung und die Gesellschaft, für die sie verfaßt wurde. Wenn wir unsere Verfassung bewahren wollen, dann müssen wir sie entsprechend den Bedürfnissen der nachgeborenen Generationen und der Freiheitsidee optimieren und die Freiheit in den Herzen der Menschen verankern, was aber nur möglich ist, wenn die Zerrbilder von Freiheit, wie sie real bei uns existieren, überwunden werden. Der Verfassungsschutz kann dabei nur schaden.

In Hannover wird diskutiert, ob es mit dem „Ehrenkodex“ eines Journalisten vereinbar ist, für den Verfassungsschutz zu arbeiten, nachdem der FDP-Landtagsabgeordnete Rudolf Fischer mitgeteilt hat, daß mindestens zwölf Journalisten ständig für den Verfassungsschutz arbeiten.

(HAZ 16.1.88)

Der Nieders.Innenminister Wilfried „Hasselman sagte, er halte die Tätigkeit von Journalisten für den Verfassungsschutz nicht für unmoralisch oder verurteilungswürdig.“ Und Verfassungsschutzchef Joachim Bautsch sagt:

„Wir würden uns wünschen, daß mehr Journalisten ihre Erkenntnisse bei uns unterbringen. Unter Journalisten ist die Neigung zur Mitarbeit beim Verfassungsschutz leider nicht sehr ausgeprägt.“

Und er meint, „Vorbehalte gegen sein Amt 'beruhen wohl auf einer recht geschickten Kampagne' gegen den Verfassungsschutz.“ Das Mißtrauen würde künstlich geschürt und zwar von rechten und linken Gruppen. Das wirft Fragen auf, die in den Parlamenten beantwortet werden sollten: Kann die Tätigkeit für einen Geheimdienst moralisch einwandfrei sein, wenn die Tätigkeit für einen fremden Geheimdienst als unmoralisch gilt? Die Unabhängigkeit der Journalisten ist heute schon durch Pressekonzerne und staatliche Medienanstalten eingeschränkt, kann es da noch wünschenswert sein, daß sie zusätzlich in Abhängigkeiten von Geheimdiensten geraten? Die Aggressivität und Untergrundarbeit linker und rechter Gruppen ist doch zum Teil darauf zurückzuführen, daß sie ihre Vorstellungen von einer Gesellschaft nicht ohne Schaden offen darstellen können. In der Fernsehsendung „Kontraste“ vom 1. Nov. 87 (3. Programm Nord) war die Rede von der erforderlichen innergesellschaftlichen Abrüstung. Der Verfassungsschutz ist aber ein Instrument des Staates in dem - gottseidank noch vorwiegend kalten – Bürgerkrieg herrscht. Es ist nicht die Aufhebung der Freiheit, sondern ein Erfordernis der Erhaltung der Freiheit, daß es Gruppen gibt, die eine ganz andere Verfassung und Gesellschaft wollen, sei es im Extremfall ein roter oder brauner Faschismus. Über den Satz aus der Sprüchekiste „Die Konkurrenz hebt das Geschäft.“ sollte man in der Politik nachdenken.

Es besteht - wie bekannt ist - nicht nur ein Spannungsverhältnis zwischen politischen „Extremgruppen“ und jenen der „Mitte“ (vor allem jenem Teil der "Mitte", der sich des Staatsapparates bedienen kann), sondern auch zwischen „linken“ und „rechten“ Gruppen. Was auffällt, wenn man zu beiden Gruppierungen Distanz hat, ist ihre Ähnlichkeit der Sprache trotz unterschiedlicher Vokabeln. Diese Wahrnehmung, von mir in einem Info am 2. 11. 68 wiedergegeben und auf dem Gründungskongreß „Aktionsbündnis für die Bundestagswahl 1969“ von anderen und mir verteilt, hat uns damals viel Anfeindungen eingebracht. Es besteht aber auch heute noch Grund genug, daß sich „Linksextreme“ und „Rechtsextreme“ Gedanken

über ihre „Verwandtschaft“ machen. Wenn man die politische Skala von extrem links bis extrem rechts nicht auf einer Geraden, sondern auf einen Kreis darstellt, wird ihre politische Nachbar- oder Verwandtschaft auch bildlich deutlich. Auf dem Kreis dargestellt, verlieren sie aber auch ihre Extremposition. Sie sind dann Teil eines Ganzen.

Neben anderen Definitionsmerkmalen ist doch ohne Wenn und Aber für den Begriff Demokrat eine antifaschistische Grundhaltung zu nennen. Was sind das nun aber für Menschen, die sich im Verkehr mit Demokraten Antifaschisten nennen? Sind das nun Demokraten mit Plus (und worin besteht dann das Plus) oder sind es Antidemokraten, die ihre Ziele unter einer falschen Flagge verfolgen? Was ich von ihnen wahrgenommen habe, trägt selber die Züge von Faschismus. Mir scheint. Ihre Motivation wurzelt im politischen Selbsthaß, einem unrealistischen Verständnis von Entstehung und Wirken des Faschismus und auch in dem Frust, daß sie nicht verstanden werden, die Gesellschaft nicht nach ihren Vorstellungen formen können, und auch in der Eifersucht, die versucht, jeden Angriff auf die marxistische Gesellschaftsanalyse abzuwehren. Auch Menschen, die meine politische Position vertreten, sind schon als Faschisten diffamiert worden. Es hat aber keinen Sinn den Spieß einfach umzudrehen.

Helfen! Wie? Gefährlich finde ich aber die Haltung, die im Politbereich anzutreffen ist, von jenen Leuten, die sich einfach wegwenden, wenn Opfer dieser irrationalen, als Antifaschismus deklarierten Haßausbrüche in der Nähe sind oder zum politischen Umfeld gehören. „Ich mische mich nicht ein, der Antifa-Knüppel könnte mich auch treffen; mein eigenes politisches Anliegen könnte beeinträchtigt werden, wenn ich meine(n) politischen Kameradin(en) verteidige.“ Das ist aber die Haltung, die die Voraussetzungen für eine faschistische Entwicklung erst schafft.

„Das Wort 'Faschismus' fungiert vielfach nur noch als Symbol des schlechthin Bösen, trifft aber eigentlich 'nichts', weil es keinen Inhalt mehr besitzt, sondern in seiner Funktion aufgeht, die darin zu bestehen scheint, eine Reflexion auf das Geschehene auszuschließen und letztlich das Zustandekommen eines Diskurses über das Phänomen 'Faschismus' und sein Wesen tabuisierend unmöglich zu machen, weil die 'Sache' klar zu sein scheint. Der nur als 'magisch' zu bezeichnende Gebrauch des Wortes „Faschismus“, der inhaltlos alle die Inhalte des vorgestellten Bösen zuläßt, die den Ritus des naiven 'Verstehens' nicht durchbrechen, verhindert auch die von ADORNO geforderte und noch immer offenstehende 'Aufarbeitung' und beläßt die Betroffenen in ihrem Zustand, der dem eines 'Gesunden' zu entsprechen scheint, weil er 'Auschwitz' ablehnt.“

So Detlev Piecha in: „Irrationalismus / Nihilismus - zum ideologischen Kontext nationalsozialistischer Pädagogik“ der Fernuniversität in Hagen.

Im Moment der Niederschrift empört sich gerade die CDU über den Exquizzmaster Kuhlenskampf, weil dieser in seiner Empörung über den tatsächlichen oder vermeintlichen Vergleich der SPD mit den Nationalsozialisten Heiner Geißler mit Göbbels verglichen hat. DIE GRÜNEN wurden von Geißler und anderen als Faschisten beschimpft. Ich hörte einen Parteifreund, der heute unter Ihnen sitzt, einen Ministerpräsidenten als faschistoid beschreiben. Ich weiß nicht mehr, was er gesagt hat. Es hat sich bei mir aber nachhaltig der Eindruck eingepreßt, daß er sich selber beschrieb.

Rainer Langhans, der auf der Bundesversammlung der GRÜNEN in Hamburg (Dez. 84) in einer Vorstellungsrede sagte:

„Ich bin jetzt 44. 1969 etwa bin ich rotiert und zwar sehr gründlich, nämlich aus allen sozialen Bezügen fast ganz raus. Weil ich wissen wollte, was eigentlich hinter der Politik steckt und warum sie so folgenlos ist, wenn wir immer glauben, sie würde mit dem 5-vor-12-Gefühl der Ängste betrieben werden müssen. (Applaus) Ich habe gesehen, daß es um den totalen Krieg geht. Wollt Ihr den totalen Krieg? Ich habe ihn innen sehen müssen - und ich habe überlebt. ... Ich möchte deswegen gerne darauf hinwirken - in diesem Bundesvorstand, für den ich mich deswegen gestern entschlossen habe zu kandidieren - damit wir das lernen: I n n e n Krieg zu führen. Den Krieg, der als der 'Engel mit dem Flammenschwert' eben vor dem Paradies steht. Unsere Väter, die haben das schon mal versucht, ganz gläubig wie wir heute: den Himmel zu erreichen, hier auf Erden. Und sie sind dabei in der Hölle gelandet. Es täte uns gut, wenn wir nicht so viel wegklatschen, was wir mit dieser Vätergeschichte und mit dem Faschismusvorwurf erlebt haben. Es ist nicht so, daß der Herr Geißler ein komischer Mann ist, wenn er uns das immer wieder vorwirft, sondern es ist im Gegenteil so, daß er uns doch ein liebevolles Angebot macht. Dies liebevolle Angebot ... (Unruhe) hört mal einen Augenblick, hört mal ... dies liebevolle Angebot besteht darin zu sagen: Wir haben diese Erfahrung gemacht. Ihr sollt nicht auf Grund einer ähnlichen Blauäugigkeit wie wir ebenfalls wieder in der Hölle landen müssen. Lernt daraus, ...“ (Quelle: Protokollauszug)

Rudolf Bahro hat sich auf der gleichen Bundesversammlung der GRÜNEN in seiner Rede selbstkritisch (auf die GRÜNEN bezogen) mit dem Themenkomplex auseinandergesetzt. In einer Kopie eines vorbereiteten Textes, der nicht mit dem gesprochenen Wort übereinstimmen muß, den ich aber aus seiner eigenen Hand erhalten habe, heißt es u.a.:

„Wir können es durchaus dahin bringen, daß aus den Grünen doch das wird, was wir basisdemokratisch vermeiden wollen: der Embryo der nächsten Staatsmaschine, der Kandidat für die vielbeschworene Ökodiktatur.
Im Falle der tatsächlichen hereinbrechenden Katastrophe würde sich auch der

Mobanteil im allgemeinen Bewußtsein 'grün' verstehen. Es sollte bis dahin unbedingt mehr als bloß politi-sche Strukturen geben, um die sich eine Alternative kristallisieren kann. Ein und dieselben Menschen können in der Notsituation sehr verschiedene Verhalten an den Tag legen, je nachdem, welche Kräfte in ihnen praktisch angesprochen werden.

Hier vorzuarbeiten, ist gerade deshalb so ungeheuer bedeutsam, weil wir es uns angesichts der ökologischen Krise nicht leisten können und dürfen, das Erwachen im Volke sogleich als 'völkisch' zu denunzieren. Wir müssen uns ernstlich auf diese Ambivalenz einlassen, dürfen sie also nicht verdrängen und für nichtexistent erklären.

Wir müssen uns selbst und die grüne Bewegung - tatsächlich die erste deutsche Volksbewegung seit den zwanziger Jahren und immerhin in einer formell ähnlichen Konfrontation wie die Nazis mit einem versagenden Parteiensystem - vorurteilslos im Spiegel betrachten.“

In einer anderen Fassung heißt es bei Bahro:

„Formell, strukturell gesehen, stehen sich nämlich Bewegung, Staat und Gesellschaft heute ganz ähnlich gegenüber wie in der Republik von Weimar, und die Grünen steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Naziartei. Um diesmal gut herauszukommen, nämlich damit die Volkserhebung gewaltfrei wird, dürfen die Grünen nicht verlorengelassen.“

Ich selber habe mir durch die Behandlung dieses Themas ein Ausschlußverfahren bei den GRÜNEN eingehandelt. Ich hatte in einer Stellungnahme mit dem Titel „'Ultrarechte Tendenzen' bei den Mitgliedern des Arbeitskreises 'Dritter Weg NWO?'“ eine Zurückweisung des Vorwurfes gegen das Urgründungsmitglied der GRÜNEN, Hermann Müller, Jg. 1898, Unterzeichner des ersten Aufrufes zur Gründung einer grünen Partei, faschistoide Tendenzen zu vertreten - Ende Mai 1983 u. a. folgendes geschrieben:

„Es hat in der Untergangsphase der Weimarer Republik Freiwirte gegeben, die sich in der Erkenntnis, daß Freiheit sich nicht mit freiheitsfeindlichen Methoden erreichen läßt, von Anbeginn gegen Hitler gestemmt haben. Es hat aber auch Freiwirte gegeben, die sich der nationalsozialistischen Partei angeschlossen haben. Die NSDAP war am Beginn eine Bewegung, eine Bewegung, die eine Not wenden sollte, also keine Diktatur, eine Bewegung, wie die Bewegung der Grünen heute, bei der man auch manche Unebenheiten in Kauf nimmt, in der Hoffnung, daß sich das Gute durchsetzt. Nun unterstelle mir keiner, ich hätte gesagt, die Grünen hätten die gleichen Inhalte wie die Nationalsozialisten. Sagen will ich, daß politische Bewegungen aufgrund von Problemlagen entstehen, daß politische Bewegungen in die Irre gehen können, und daß wir heute leicht über die damalige Zeit urteilen können, zumal wir uns das damalige ökonomisch-soziale Elend gar nicht so recht vorstellen können. Ich hoffe nur, daß in fünfzig Jahren über die grüne Bewegung besseres berichtet werden kann als über die braune.“

Der Satz von der NSDAP als Bewegung wurde dann den Delegierten einer Landesversammlung der Nieders. GRÜNEN ohne Erläuterung der Hintergründe um die Ohren geschlagen. Ich stand plötzlich als Verharmloser der Nazis und als Nestbeschmutzer da. Eine Aushändigung der Gesamtstellungnahme als Delegiertenunterlage war verhindert worden.

Der Satz von Rosa Luxemburg, der in diesen Tagen bei den Verhaftungen in Ost-Berlin eine Rolle spielte und der da lautet „Die Freiheit ist immer nur Freiheit der Andersdenkenden.“ hat in einer Ausschlußverhandlung in meinem Kreisverband auch eine Rolle gespielt. Ich habe ein Wahlplakat der GRÜNEN mit diesem Satz hochgehalten und gefragt, ob der Inhalt der Plakataussage innerhalb der GRÜNEN nicht gelten sollte. Die lieben Parteifreunde konnten nicht einsehen, daß Rosa Luxemburgs Aussage etwas mit der Verhandlung zu tun hatte. Mir wurde später bei einer Verhandlung vor dem Schiedsgericht eine Erklärung vorgelegt, mit deren Unterzeichnung die Auseinandersetzung beendet sein sollte. Um des lieben Friedens willen habe ich unterschrieben, aber am nächsten Tag widerrufen, weil ich die Erklärung als Unterwerfung empfand. Die nachfolgend von mir wesentlich erweiterte Fassung war dann die Einigungsgrundlage vor dem Bundesschiedsgericht, das am Rande der Bundesversammlung im Dezember 1984 tagte, wo auch Bahro und Langhans die weiter oben zitierten Äußerungen von sich gaben. Die von Parteifreunden stammende Erklärungsvorgabe habe ich nach rechts eingerückt. In dieser Vorgabe habe ich in der vierten Zeile das Wort „nationalistische“ eingefügt:

Erklärung von Tristan Abromeit, Mitglied der GRÜNEN zur Schlichtung des Streites über eine Vergleichsäußerung zur NSDAP und DIE GRÜNEN zwischen dem Kreisverband Hannover-Land und dem Unterzeichner ...

Zwischen den Grünen und der NSDAP gab und gibt es keine substanziellen politischen Gemeinsamkeiten. Es gibt auch keine Anhaltspunkte dafür, daß sich die GRÜNEN in eine totalitäre und menschenverachtende nationalistische Richtung entwickeln könnten. Ausdruck hierfür sind insbesondere die vier Grundpfeiler (Demokratische Tradition, sozial.-humanistische Zielvorstellungen, antimilitaristische und pazifistische Grundhaltung und das soziale Selbstverständnis), welche geradezu diametral zu den Positionen der NSDAP stehen.

Ich würde auch nicht bei den GRÜNEN mitarbeiten, wenn ich auch nur einen Ansatz zu einer vergleichbaren Entwicklung wie bei der NSDAP sähe.

~~In diesem Sinne halte ich den umstrittenen Satz nicht aufrecht.~~

Den umstrittenen vergleichenden Satz, der sich gegen den Faschismusvorwurf als politische Waffe wendet, der Verständnis für die politisch handelnde Generation am Beginn der dreißiger Jahre wecken sollte und vor einem möglichen politischen Hochmut warnt, halte ich - weil er das in den vorangehenden Sätzen gesagte nicht eindeutig ausdrückt - nicht aufrecht.

Da aber DIE GRÜNEN unter gesellschaftlichem Problemdruck von Menschen mit heterogenen Denkansätzen und Motiven entstanden sind, die Voraussetzungen einer Aktionseinheit in der Vielfalt nicht geschaffen wurden und unter Bedrohung der Umwelt, des sozialen Friedens und bei Gefahr eines Krieges politisch handeln müssen, ohne über durchdachte und erprobte demokratische Strukturen und Handlungsmuster zu verfügen, sehe ich die Gefahr, daß bei zunehmenden Handlungsdruck die Partei eine Entwicklung nimmt, die wir heute mehrheitlich nicht wollen.

Ideale oder Grundpfeiler, wenn sie nicht reflektiert und gelebt werden, schützen eine Organisation nicht vor politischen Torheiten oder Entgleisungen. Für DIE GRÜNEN im Sinne des Gründungsimpulses zu wirken war und ist mein Ziel.“

Weil die Vergangenheit in die Gegenwart hineinwirkt, ist durchaus wichtig, die Entstehung und Wirkung des Nationalsozialismus mit dem bis jetzt gewonnenen Abstand neu zu beleuchten und aufzuarbeiten. Wenn wir Bundesrepublikaner die Unfähigkeit zum Trauern (Mitscherlich) überwinden wollen, dann darf Schuld nicht mehr als politisches Instrument mißbraucht werden, es darf dann nicht so getan werden, als sei der Deutsche ein genetisch fixierter Mörder, der nur unter Kuratell anderer Nationen vor neuen Mordtaten bewahrt werden kann. Bei dem sogenannten Historikerstreit hat ja ein Teil der Diskutanten Angst, daß durch einen Vergleich von Naziuntaten mit jenen der Stalinisten eine Verharmlosung herauskommen könnte. Ich meine, daß es notwendig wäre, eine differenzierte Weltliste der Grausamkeiten zu erstellen, damit die Generationen der Schuldigen von ihren Kindern, Enkeln und Urenkeln noch als Menschen erkannt werden können. Wenn nicht deutlich gemacht wird, daß der Mensch in der historischen Tiefe und geographischen Breite immer wieder Beispiele liefert, wo er zur Bestie wird, dann wird bei einer Minderheit weiterhin der Selbsthaß vertieft, der keine konstruktive politische Gestaltung ermöglicht, und bei einer zur Mehrheit heranwachsenden Gruppe wird sich die Einstellung herausbilden, daß als ganze Wahrheiten gehandelte Teilwahrheiten nur Propaganda sind. Wir werden einen neuen Nährboden für einen Nationalismus erhalten.

Ein Geschichtspräsident aus der UdSSR sagte im westdeutschen Fernsehen, daß das Unrecht in der Geschichte der UdSSR nicht zu entschuldigen sei. Aber ohne Vergangenheit sei ein politisches Selbstbewusstsein nicht möglich. Wenn wir als Bundesrepublikaner uns als Menschenfreunde und gute Partner anderer Staaten erweisen wollen, dann können wir dieses nur, wenn wir ein gesundes Selbstwertbewusstsein entwickeln. Dieses schließt ein Bewusstsein der Schuld der nun aussterbenden Generationen nicht aus. Bewußt sollte uns aber sein, daß die jeweils verantwortlichen Generationen mit der Schuld (Mord und Vertreibung) gegenüber den Juden und den Wiedergutmachungsversuchen für die überlebenden Juden und die Hilfe für den Staat Israel eine weitere „deutsche“ Schuld - und zwar diesmal gegenüber den Palästinensern - entstehen lassen haben.

Und wir haben weiter Schuld auf uns geladen, daß wir die letztlich menschenfeindliche Atomspaltung so ausgebaut haben und die Lebensgrundlage aller Lebewesen gefährdet haben und weiter gefährden. Hier stellt sich auch die Frage der Haftung zwischen den Generationen und Nationen. Nach Tschernobyl erklärten sich die Sowjets gegenüber der BRD nicht für

haftpflichtig, weil sie unter den Nazis gelitten haben. Im umgekehrten Fall hätten wir sicher doppelt zahlen müssen, einmal für den gegenwärtigen und einmal für den Schaden in der Vergangenheit. Wie wird Frankreich argumentieren, wenn dort ein Reaktorunfall unsere Republik radioaktiv verseucht? Welche Vorkehrungen sind eigentlich getroffen, daß künftige Generationen durch Schadensersatzforderungen, die aufgrund unseres heutigen Wirkens fällig werden können, nicht zu Sklaven werden?

Ich selber bin maßlos traurig, was unter dem Hakenkreuz geschah. Ich fühle mich (Jg.1934) aber nicht schuldig. Mitschuldig fühle ich mich für das, was heute an Grausamkeiten in der Welt registriert werden kann. Mitschuldig empfinde ich mich auch für die Ungerechtigkeiten in dieser Republik. Schuldig bin ich geworden beim Versuch, Schuld abzubauen und künftige Schuld zu vermeiden. Ich habe viel Zeit in die Politik gesteckt, die ich meinen vier großen Kindern hätte zukommen lassen müssen, als sie klein waren. Und ich kann ihnen nicht einmal sagen, es hat gelohnt, ihr könnt eueren Ausbildungs- oder Arbeitsplatz frei nach Neigung und Begabung wählen.

Letztlich: Ob als Person oder Nation; wir müssen trotz des Bewußtseins unserer Schuld unser Selbstwertbewußtsein aufbauen und erhalten, sonst verlieren wir oder gewinnen nicht unsere konstruktive Handlungsfähigkeit. Um mehr Humanität in die Welt zu bringen darf die Qualität der zwischenstaatlichen Beziehungen nicht mehr von ihrer geografischen, wirtschaftlichen oder militärischen Größe bestimmt werden. Träume? Nur wenn die vielen kleinen Staaten nicht genügend Rückgrat entwickeln. Die Realisierung der Menschenrechte und die Lösung der sozialökonomischen Probleme ergibt ganz von selbst dieses Rückgrat. Um gute Europäer zu werden und einem neuen Nationalismus vorzubeugen, müssen wir aus dem Niemandsland zwischen sadistischem Nationalismus und masochistischem Internalismus austreten. Wir müssen uns von dem Gefühl befreien, daß bei der Definition der Bundesflagge (Art.22 GG) das Dollar-Symbol "\$" vergessen wurde. Weder das Nachäffen fremder Fahnen-symbole noch das Schamgefühl im Anblick der Bundesfahne ist eine Voraussetzung für eine erforderliche Selbstachtung. (Wir können da bei unseren westlichen und nördlichen Nachbarn lernen.)

Im Vergleich zur Signalflagge "C", die ich noch als Schiffsjunge setzen mußte, ist unsere schwarz-rot-goldene doch ein schönere, ein Erkennungszeichen und Schmuckstück (z.B. an einem Boot oder wie in Skandinavien üblich im Vorgarten – bei uns vielleicht in Verbindung mit jenen Fahnen der Länder, die man bereist hat oder besonders liebt.

Für die deutschstämmigen Minderheiten in den ehemaligen deutschen Gebieten und für jene in den anderen Ostblockländern müssen wir ohne nationalistische Untertöne, aber auch ohne Unterwürfigkeit die Menschenrechte einfordern. Es muß dort auch selbstverständlich werden, daß Minderheiten ihre Muttersprache und Kultur pflegen dürfen, wie dies schon in den westeuropäischen Ländern fast selbstverständlich ist. Den Polen z. B. wird nachgesagt, daß sie ein ausgeprägtes Geschichtsbewußtsein haben. Wenn dem so ist, können sie doch in den ehemals deutschen Städten hinter den polnischen neuen Benennungen in Klammern die alten deutschen Bezeichnungen anführen. Nationalistische Argumente dürfen wir für die Länder des Ostblocks genausowenig gelten lassen als für uns selber.

Hier ist ein Gebiet, wo die Ostblockländer vertrauensbildende Maßnahmen - auch zum eigenen ökonomischen Nutzen - als korrespondierende Maßnahmen zu unseren Gebietsverzichtserklärungen tätigen können. Haß muß in Liebe, Trümmer müssen in gesamteuropäische Bausteine umgewandelt werden. Ein gesamteuropäisches Niederlassungsrecht, ergänzt durch eine verbindene gemeinsame Sprache - die Nationalsprachen und Mundarten nicht überflüssig macht - ist die beste Medizin gegen imperialistische und revanchistische Gelüste jeglicher Art.

Wir müssen anfangen, unsere Freiheitsidee so zu realisieren, daß eine positive Ausstrahlung von uns auf die Entwicklung der Schwesterrepublik DDR ausgeht, daß die Westberliner vielleicht in zwei Generationen sagen, nun ist die DDR so duftig, daß wir uns mit Ost-Berlin vereinigen möchten, um mit Gesamt-Berlin wirkliche Hauptstadt der DDR zu sein.

Gesamt-Berlin als Zone des Freihandels und freier Kultur für Ost und West ohne trennende Mauer, mit freiem Zugang der Bürger der BRD und DDR mit weiterhin geltenden Garantien der vier Siegermächte auch für den veränderten Status von Berlin dürfte vielleicht noch eher realisierbar sein, besonders dann, wenn West-Berlin formal der DDR zugerechnet werden würde.

Wenn die Menschen die vollen Menschenrechte erhalten, wird es zweitrangig in welchem Staatsverband sie leben. Ein paar Generationen weiter, bilden dann DDR und BRD mit anderen Staaten vielleicht eine Föderation Europa, und die uns jetzt trennende Grenze hat dann keine größere Bedeutung als jene zwischen Hessen und Bayern.

Da nichts so sicher ist wie der ständige Wandel, müssen wir die Voraussetzungen für eine

Föderation Gesamteuropa jetzt schon schaffen. Letztlich läuft das auf die Überwindung sowohl des Staats- wie auch des Privatkapitalismus hinaus.

Die Zeit heilt Wunden, ist eine alte Erkenntnis und die Zeit ändert auch emotionale Haltungen zu politischen Strukturen. Ich bin z.B. als Oldenburger (mit einem Vater dessen Familie im Memelland und den Masuren wurzelt) geboren und habe mich in jungen Jahren auch immer als Oldenburger und nicht als Niedersachse gefühlt. Dies hat sich so gewandelt, daß ich mich jetzt innerhalb der Einheit BRD als Niedersachse fühle. Und mit Dänemark bin ich aufgrund von realem Erleben mehr verbunden als mit Ostpreußen, dem Land meiner Familie väterlicherseits. Freimut Duwe wandte sich in der Fernsehsendung „Das Deutsche Geschichtsmuseum für Berlin“ (29.10. 87 ?) gegen den aus der Mathematik entliehenen Begriff der Identität. Wenn mit persönlicher Identität das Verhältnis eines Individuums zu seinem gesellschaftlich-staatlichen Umfeld in einem bestimmten Lebensabschnitt verstanden würde, hätte ich auch Einwände gegen diesen Begriff. Identität als Bewußtsein seiner familiären, gesellschaftlichen und staatlichen Herkunft scheint mir aber erforderlich als Voraussetzung autonomen politischen Handelns. Und wenn sich jemand zur Findung seiner eigenen Identität mit den alten Germanen befaßt, dann haben wir ihn nicht zu denunzieren, nur weil die Nazis diesen Teil unserer Vorgeschichte für ihre Verbrechen mißbraucht haben.

Wenn wir generell eine Welt mit offenen Grenzen wollen (Jede geschlossene Grenze ist eine Minderung der Menschenrechte.), dann müssen wir die Welt mehr in ein ökonomisches Gleichgewicht bringen, um Massenwanderbewegungen, die Kulturen und das ökologische Gleichgewicht noch mehr zerstören können, zu verringern und zu vermeiden. Die Asylrechtsdebatte - ein Dauerbrenner - sollte mehr analytisch und weniger emotional geführt werden. Dies schließt emotionale Betroffenheit nicht aus. Wir müssen uns letztlich lieben lernen, damit wir die Menschen, die in anderen Kulturen und Staaten leben, lieben können. Demjenigen, der positive Entwicklungsmöglichkeiten für die Menschen und Völker sieht, wird dies leichter fallen.

3) Verirrungen in der Ökonomie

3.1)

„Die neue Regierungskoalition hat nicht zuletzt deswegen die Mehrheit erhalten, weil der Wähler glaubte, daß sie mehr von der Marktwirtschaft versteht als die alte Koalition. Denn wer dachte dabei nicht an Ludwig Erhard, als es hieß, den Aufschwung wählen. Nach dem Regierungsantritt wird allerdings von der Marktwirtschaft nicht mehr gesprochen. Im Gegenteil, man macht weiter im alten Trott der staatlichen Interventionen in die Wirtschaft.“

So schrieb Elimar Rosenbohm 1983 in seinem Beitrag „Gegen das Weitermachen wie bisher“ (Fragen der Freiheit, Heft 162).

Wenn der Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann sagt, daß die Arbeitslosigkeit nur zum Teil konjunkturell bedingt sei, die andere Ursache seien strukturelle Anpassungsschwierigkeiten, dann gibt er ungewollt zu, daß wir unsere Wirtschaft eben nicht marktwirtschaftlich geordnet haben. Denn:

„Das Wesen dieser Marktwirtschaft besteht hauptsächlich darin, daß der Wirtschaftsprozeß, das heißt Produktion, Güter- und Einkommensverteilung, nicht durch obrigkeitlichen Zwang gelenkt, sondern innerhalb eines wirtschaftspolitisch gesetzten Ordnungsrahmens durch die Funktion freier Preise und den Motor eines freien Leistungswettbewerbs selbständig gesteuert wird.“

(Aus: Ludwig Erhard „Deutsche Wirtschaftspolitik“ 1962, hier zitiert aus Fragen der Freiheit, Heft 184) Im Umkehrschluß heißt das nämlich, daß dort, wo es Struktur-, Beschäftigungs- und Verteilungsprobleme gibt, keine Marktwirtschaft sein kann. Und was herrscht dort, wo keine Marktwirtschaft ist? Eine Frage, die sich eigentlich jedem gleich aufdrängen müßte. Neben dem schon erwähnten Staatsinterventionismus dominiert der alles durchdringende und alles Marktgeschehen verfälschende Kapitalismus.

Dieser Kapitalismus läßt sich aber eben nicht mit der marxistischen Analyse – die Capra lobt - verstehen und überwinden. Marktwirtschaft und Kapitalismus sind zwei unterschiedliche Begriffe, die bei uns verschleiernd als Synonyme verwendet werden. Die „Rechten“ setzen die Begriffe gleich, um dem Publikum kapitalistische Privilegien und Menschenfeindlichkeit als unvermeidbare Bestandteile der Marktwirtschaft unterjubeln zu können, und die „Linken“ setzen die Begriffe gleich, damit kein kritischer Geist sich bemüßigt fühlen muß, sich mit der Marktwirtschaft auseinanderzusetzen, denn dies könnte das marxistische Monopol auf Kapitalismusanalyse gefährden.

Dabei ist die Unterscheidung ganz einfach: Marktwirtschaft ist (mit anderen Worten, als sie Erhard formuliert) eine dezentrale Kooperations- und Koordinationstechnik autonomer Wirtschaftseinheiten, die in einem durch den Gesetzgeber definierten Datenkranz ohne Einzeleingriffe einer Zentralgewalt sich frei entfalten können. Kapitalismus ist - unabhängig davon ob privatrechtlich oder staatlich strukturiert - die Möglichkeit; aufgrund natürlicher oder künstlicher Monopole zu Einkommen ohne Leistungen zu kommen. (Selbstverständlich sind damit keine Schenkungen oder Übertragungen aus sozialen Gründen gemeint.) Die Ausbeutung besteht deshalb darin, daß Bezieher von leistungslosen Einkommen leistungsbezogene Einkommen direkt oder indirekt anzapfen können.

Wenn der SPD-Fraktions-Vorsitzende sich in Rheinhausen bei den Stahlarbeitern sehen läßt, dann mag dies bei den dortigen Stahlarbeitern das Gefühl wecken, daß sie nicht alleingelassen werden. Praktische Hilfe ist das nicht, ist es vor allem nicht für die Millionen im Lande, die direkt oder indirekt von der Arbeitslosigkeit betroffen sind. Seine und anderer Politiker Worte zeigen nichts als Hilflosigkeit, die sicher auch selbst von jenen so empfunden wird, die von ihrem Rollenverständnis her gesehen so tun müssen, als hätten sie alles „im Griff“ oder würden alles „in den Griff“ bekommen, wenn der Wähler nur den „Auftrag“ dazu gäbe. Hilflos zu sein, wo man aus Verantwortung oder Mitleiden helfen möchte, schmerzt.

Die Hilflosigkeit der Gewerkschaften offenbart sich in ihren Forderungen nach einer „öffentlichen Investitionsoffensive“, so DGB-Chef Ernst Breit (NP, 14.10.87) Und „Die Bundesregierung muß endlich von den Möglichkeiten des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes Gebrauch machen.“, so DAG-Chef Issen in der NP vom 9./10. Jan. '88. Abgesehen davon, daß die Verschuldung des Staates, der Unternehmen und privaten Haushalte bedrohliche Formen angenommen hat, ist doch zu fragen, wer denn letztlich die Zeche zahlt. Ich zitiere Wilhelm Seuß, der in der FAZ vom 29.7.87 über Milton Friedman u. a. schrieb: „Was er wirklich immer vertreten hat, ist, daß alle 'sozialen Errungenschaften' weder von Unternehmen noch von den Reichen, sondern von den braven Steuerzahlern bezahlt werden, die weder Steuern abwälzen können noch von Steuervergünstigungen etwas haben oder Schlupflöcher ausnutzen können.“ Wenn das so ist, dann können die Gewerkschaften doch gleich willig der Angebotspolitik folgen und Lohnkürzungen vereinbaren.

Fritjof Capra schreibt in dem schon genannten Buch „Wendezeit“: „Selbst Wirtschaftswissenschaftler gestehen allmählich ein, daß ihre Disziplin sich in einer Sackgasse befindet. Im

Jahre 1971 bemerkte Arthur Bruns, damals Vorstandsvorsitzender der Federal Reserve Bank, daß 'die Regeln der Wirtschaftswissenschaft nicht mehr annähernd so gut funktionieren, wie sie es früher getan haben.', und Milton Friedman war in einer Rede vor der American Association im Jahre 1972 noch freimütiger, als er sagte: 'Ich glaube, wir Wirtschaftswissenschaftler haben in den vergangenen Jahren viel Schaden angerichtet - für die Gesellschaft insgesamt und unseren Berufsstand im besonderen-, indem wir mehr versprochen, als wir halten konnten.' Um das Jahr 1978 hatte sich der Ton von Vorsicht zu Verzweiflung gewandelt, als Finanzminister Michael Blumenthal erklärte: 'Ich bin wirklich der Ansicht, daß die Wirtschaftswissenschaftler heute vor einer Bankrotterklärung stehen, wenn es darum geht, die heutige Lage vor oder nach einem Geschehen zu verstehen.' Juanita Kreps, Handelsminister bis zum Jahre 1979, erklärte unverblümt, es sei für sie unmöglich, in ihre alte Position als Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Duke University zurückzukehren, 'da ich nicht wissen würde, was ich noch lehren soll.' "

Der Schluß des Vortrages von Johan Galtung über das Weltbild und das Denken der Ökonomen auf der Tagung „Die Zukunft der Ökonomie“ im Mai 1984 in der Ev. Akademie Loccum beleuchtete das Dilemma von einer anderen Sicht. Galtung sagte: „Die sich heute stellende Frage lautet, wie die Krise durch die Tatsache beeinflusst wird, daß ein hoher Prozentsatz der Menschen an der Spitze der Gesellschaft über einen Verstand verfügt, der in dieser oder einer ähnlichen Weise (falsch oder lückenhaft d.V.) programmiert ist. Mit Spitze meine ich nicht die Geschäftsleute, die Risiken eingehen und von der sich verschärfenden Krise schwer getroffen werden können. Ich meine die Experten, das ökonomische Pontifikat, die Spitzen der Priesterschaft - diejenigen, die den Kurs bestimmen, sich aber schleunigst aus dem Staube machen und ungestraft davonkommen, ganz gleich, wie verzerrt ihre Vorstellung von der Realität auch sein mag.“ („Ökonomismus als Okzidentalismus“, „Loccumer Protokolle“ 15 / '84)

Die angewandte und die theoretische Ökonomie werden aber auch durch Verdrängungen von Werten und Fakten fehlgeleitet. Ich gehe an anderer Stelle darauf ein. Aber was macht eigentlich ein Forschungsminister in einer Situation, in der er eine ökonomische Szenerie vorfindet, wie ich sie eben beschrieben habe? Er will die Probleme lösen durch die Förderung der Technik!. Oder? Wie ist die Lösungsparole der Wirtschaftspolitiker? Wachstum! Oder? Sie wollen einfach nicht wahrhaben, daß Wirtschaftswachstumskurven, die nicht wie natürliche Wachstumskurven abflachen und stagnieren, in die Katastrophe führen müssen. Sie möchten

auch gerne mit schönen Programmen und Worten weiterhin verschleiern, daß es drängende Verteilungsprobleme gibt, oder daß man diese mit den bisherigen Mitteln nicht lösen kann. (Im Anhang finden Sie grafische Darstellungen mit Erläuterungen zu den Themen Verschuldung und Vermögenskonzentration und den Zusammenhängen zwischen Arbeitslosigkeit und Zins.)

Auch die Steuerungsprobleme (oder Probleme mit der Selbstregulierung der Marktwirtschaft) werden nicht vorbehaltlos und analytisch angegangen. Wenn dies geschehen würde, käme man bald dort hin, wo die Freiwirtschaftsschule um die Jahrhundertwende ihren Ausgang hatte. Lösungen in diesem Bereich können aber nur solche sein, die auch bei Nullwachstum funktionieren, die die Menschenrechte nicht beeinträchtigen und die eine rationale Führung der Staatshaushalte ermöglichen. Dieses Steuerelement muß der Art sein, daß das, was John Stuart Mill (1806 - 1873) nachfolgend beschreibt, Wirklichkeit werden kann:

„Ein Ende des Wachtums von Bevölkerung und Wohlstand müßte keineswegs das Ende jeden Fortschritts bedeuten. Es gäbe jede Menge Raum für alle Arten geistiger Kultur, für moralischen und sozialen Fortschritt, für eine Vervollkommnung der Kunst des Lebens - und eine weit größere Wahrscheinlichkeit für eine solche Verbesserung, sobald einmal der menschliche Geist nicht mehr nur vom Streben nach vermehrtem Reichtum erfüllt ist.“

3.2)

Nochmals Vergangenheitsbewältigung als Einstieg in die Ökonomie der Weimarer Republik. Mit Werner Höfer sind die Journalisten in den Blickpunkt der Vergangenheitsbewältigung geraten. Man kann nach den Journalisten alle noch übrigen Berufe durchgehen, man wird nur feststellen, daß die großen Mehrheiten aller Berufsgruppen sich opportunistisch verhalten haben, genau wie vor und nach Hitler. Dem Konformitätsdruck einer jeglichen Gesellschaft können sich immer nur wenige entziehen, und diese zahlen ihren Preis dafür. Im Grunde kann ich nur sagen, es wäre schon viel erreicht, wenn die Nichtangepaßten etwas pfleglicher von ihrer Gesellschaft behandelt würden, denn sie sind das Lebenselixier, das vorbeugend gegen gesellschaftliche Erstarrung wirkt. Wichtig ist, daß die Gesellschaft ihren Institutionen solche Strukturen und Werte unterlegt, daß der Opportunist in seinem Streben nur gutes tun kann. Ansonsten: „Richtet nicht, um nicht gerichtet zu werden.“, sondern lernt aus vergangenen und jetzigen Fehlern. Bei der Vergangenheitsbewältigung wird gerne verdrängt, daß es demokratische Parteien, ihre Vertreter in den Parlamenten, professionelle Ökonomen und Zentralbankleiter waren, die mit einer in der Konsequenz verbrecherischen Wirtschaftspolitik

die Massen in die Arme der Nationalsozialisten getrieben haben.

Im Zusammenhang mit meinem Parteiausschlußverfahren sagte mir ein jüdischer Mitbürger sinngemäß: „Natürlich hast Du mit Deiner Aussage über den Beginn der NSDAP recht. Die Zustände waren so, daß die Leute sich nur noch für die Nazis oder für die Kommunisten entscheiden konnten. Ich bin zu den Kommunisten gegangen, ins KZ gekommen und konnte durch glückliche Umstände nach Israel auswandern.“ (Nebenbei: Er und seine Frau sind dann nach dem Restdeutschland zurückbekommen, weil sie die Behandlung der Araber durch die Israelis nicht mehr ertragen konnten.)

Es mag auch sein, wie es in dem Zitat weiter oben von Rainer Langhans heißt, daß es auch Väter von uns gab, die mit den Nationalsozialisten den Himmel glaubten erreichen zu können. Immerhin sind nach dem Faschismusforscher Prof. Klönne von allen idealistisch ausgerichteten Gruppen Leute zu den Nazis gegangen. Für die Masse ging es einfach um das überleben. Es sollen sogar für warme Mahlzeiten Leute von der KPD zur NSDAP hinübergewechselt sein.

Ich rufe einen Satz von Rudolf Bahro in die Erinnerung zurück:

„Ein und dieselben Menschen können in der Notsituation sehr verschiedenes Verhalten an den Tag legen, je nachdem, welche Kräfte in ihnen praktisch angesprochen werden.“

Will mich irgend jemand glauben machen, die damaligen Deutschen hätten einen so miserablen Charakter gehabt, daß sie eine glaubhafte demokratische Alternative zur KPD und NSDAP ausgeschlagen hätten, wenn es diese gegeben hätte? Die Arbeitslosenzahlen der Vorhitzerzeit und die Stimmabgaben für die NSDAP korrelieren eindeutig miteinander.

„Zweimal wurde das soziale Gefüge des deutschen Volkes in den Grundfesten erschüttert: während der großen Inflation des Jahres 1923 und nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise im Jahre 1929. Ohne diese Katastrophen wäre der Nationalsozialismus niemals eine Macht geworden.“

(„Metall“, Zeitung der IG Metall, vom 21.2.53. Zitiert aus „Woran scheiterte Weimar“) Im „Spiegel“ vom 17. 2. '75 heißt es u.a.

„Der Sündenkatlog der Zentralbankiers der westlichen Welt ist lang und wiegt schwer. Alle großen Wirtschaftskatastrophen dieses Jahrhunderts sind von ihnen mitverschuldet oder entscheidend verschärft worden ... Denn ausgerechnet die größte Inflation, die Deutschland je erlebte, jenes Chaos von August 1922 bis November 1923, als Bargeld am Ende in Schubkarren befördert und für ein Pfund Butter zuletzt

Billionen Mark gezahlt werden mußten, wurde nach Berichten sachkundiger Augenzeugen von der auch damals unabhängigen Reichsbank entscheidend mit verursacht ...Auch das noch schlimmere Wechselbad, in das 1929 bis 1933 nicht nur die Deutschen, sondern die ganze westliche Welt gestoßen wurde, ist von unabhängigen Notenbankiers zubereitet worden: Die Weltwirtschaftskrise, die -zig Millionen um Lohn und Job brachte, unzählige Selbständige in den Ruin jagte, schließlich einem mörderischen Regime in den Sattel half und damit geradewegs in den Krieg führte, ist, das weist Milton Friedman nach, einer unverantwortlichen Geldpolitik anzulasten.“

(Hier zitiert nach „Mitteilungen Nr. 4 des AK Wirtschaft und Finanzen, BUND Baden-Württemberg)

Im Nachhinein wurde häufig gesagt, wenn wir damals diese Zusammenhänge gekannt hätten, dann ... Die Zusammenhänge waren damals bekannt und wurden offen und mit Nachdruck dargelegt. Die Gesamtgesellschaft, wie auch die Inhaber von Macht oder Würden waren aber nicht in der Lage die „Botschaft“ einer Minderheit aufzunehmen. Das, was da vorgetragen wurde, kollidierte mit den mächtigen festsitzenden Bildern, die man sich von der Wirtschaft und Währung gemacht hatte. Wenn auch heute ein Teil des damals neuen Wissens Bestandteil der allgemeinen politischen Ökonomie ist, die Erkenntnis, daß ein direkter Zusammenhang zwischen der Arbeitslosigkeit und der Geldverfassung besteht, konnte (Verschwörungstheoretiker würden sagen - wollte) man sich immer noch nicht aneignen.

Genau das, wie die Inflation, die Deflation, die Unterbeschäftigung und das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht zu vermeiden sind, wird von der Freiwirtschaftsschule seit dem Beginn dieses Jahrhunderts gelehrt. Und es wurde von Freiwirten in der allgemeinen Öffentlichkeit und in den demokratischen Parteien um Gehör für die neue Wirtschaftspolitik gerungen, so wirkten z. B. Erich Mäder und Hans Schumann besonders in der SPD. In „Die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung“ von Hans-Joachim Werner, die demnächst im BASIS-Verlag erscheint, heißt es: „Um eine größere Publizitätswirkung zu haben, gaben Schumann und Mäder ein Buch mit dem Titel 'Arbeiterklasse und Geldpolitik' sowie die Schriftreihe 'Geld und Arbeit' heraus. In diesen Schriften nahmen sie immer wieder Bezug auf die Äußerungen des Volksbundexperten Prof. Gustav Cassel und des Internationalen Arbeitsamtes gegen die Goldwährung und für eine Stabilisierung des Preisniveaus. Auch Keynes wurde schon 1930 von Schumann und anderen Freiwirten zitiert und teilweise für die eigene Argumentation vereinnahmt. Dieser hat sich dann tatsächlich später zu Gesells Theorien sehr positiv geäußert: ...“

Gustav Cassel, Stockholm, schrieb 1931:

„Die Verantwortung, die die Leiter der Geldpolitik für die heutige verhängnisvolle Entwicklung tragen, ist in der Tat so fürchterlich, daß der Eifer leicht zu verstehen

ist, womit man auf der Seite der Notenbanken jeden Einfluß auf diese Entwicklung abzulehnen suchen wird. Es ist hohe Zeit, daß die leitenden Zentralbanken zusammen treten und der Wirtschaftskrise eine Ende machen. Dazu brauchen sie nur zu erklären, daß sie von heute ab die Welt so reichlich mit Zahlungsmittel versehen, daß künftig kein allgemeiner Preissturz mehr möglich ist. Die Goldwährung ist ein Aberglaube.“

(aus: Woran scheiterte Weimar?)

Hier ist es angebracht, kurz auf den in der gesamten Berichterstattung nicht beachteten Unterschied zwischen dem schwarzen Montag im Oktober 1987 und dem schwarzen Freitag im November 1929 hinzuweisen. Die Krise in den USA war eine Rentabilitätskrise, wie sie im Kapitalismus nach einer längeren Phase der Hochkonjunktur typisch ist. Die Zirkulation des Geldes gerät ins Stocken, die Nachfrage fällt aus usw. Diese Krise konnte z.B. nach Deutschland übergreifen, weil die Reichsbank (und Regierung) sich verpflichtet hatten, Geld nur noch auf Gold und Devisen-Deckungsbasis herauszugeben. Dieses Gold und die Devisen hatte die Reichsbank aber zum Großteil mit amerikanischen Krediten finanziert, die dann aufgrund der Bankenzusammenbrüche in den USA vorzeitig fällig wurden. Da die Reichsbank an dem Golddeckungswahn für die Reichsmark festhielt, mußte sie logischerweise den Notenumlauf verringern. Die Folge war die zerstörerische Deflationskrise.

Heute haben wir auch eine Rentabilitätskrise, verbunden mit Bewertungsproblemen und Unsicherheiten über das, was sich Wirtschaftspolitiker in aller Welt einfallen lassen werden. Eine Deflationskrise kann das ganze Geschehen aber nicht auslösen. (Hierin steckt ein Stück Erfolg freiwirtschaftlicher Aufklärungsarbeit über mehrere Generationen.) Heute verhält die Notenbank sich umgekehrt. Sie kauft mit zusätzlichen DM Dollars auf dem Devisenmarkt auf, um den Dollarkurs zu stützen, was eine inflatorische Wirkung hat. Ein Wahn steckt auch hier dahinter, nur ist er nicht so gefährlich. „Die USA schränken die Unabhängigkeit der Bundesbank ein“, heißt eine Schlagzeile der HAZ. Dies ist m. E. so nicht richtig. Es müßte heißen: „Die Bundesbank opfert ihre Unabhängigkeit halbrichtigen Währungs- und Wirtschaftstheorien.“ Tatsächlich überträgt sie wie zu Zeiten fixierter Wechselkurse Vermögenswerte, die den Schaffenden der BRD-Volkswirtschaft zustehen, ohne den Gesetzgeber fragen zu müssen, auf die amerikanische Volkswirtschaft, denn die Dollars wird sie später nur mit Verlust verkaufen können. Wenn alle Dollarnoten - die ja Ansprüche an den us-amerikanischen Binnenmarkt repräsentieren -, die außerhalb der USA lagern oder zirkulieren, der USA-Volkswirtschaft präsentiert würden, hätten die USA eine Superinflation mit der Folge des weiter absinkenden Dollarkurses, der auch nicht durch Stützungskäufe von Notenbanken zu bremsen wäre.

Aber zurück in die Untergangszeit der ersten Republik: Besonders in der Sozialdemokratie haben sich Freiwirte bemüht, ihr ökonomisches Wissen einzubringen. Ich habe keine genauen Unterlagen darüber, mein Eindruck ist aber, daß ihre Basis gar nicht so gering war. Die Mehrheit der Sozialdemokraten - besonders ihre Führer - war aber ideologisch auf Marx fixiert, so daß sie die Freiwirte als Bedrohung ihrer Integrationsidee ansehen mußten. Sie haben sich mit Manipulation und Ausschlüssen gewehrt. Eine Schrift von 1924 liegt mir vor, die lautet „Marx oder Gesell (Ein Mahnruf an Karl Kautsky und die deutschen Sozialistenführer)“ von Dr. P. Stanisic. Auf der Rückseite der Schrift „Die Ausplünderung des Mittelstandes und der Arbeiterklasse im Schutze des heutigen Staates - Eine Darstellung der Ursachen unserer Wirtschaftskrise an Hand offiziellen statistischen Materials und die Mittel zu ihrer Beseitigung“ aus dem Jahre 1932 steht zu lesen, daß der Verfasser, Hermann Vogt, wegen „kommunistischer“ und „freigeldlerischer“ Propaganda aus der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz ausgeschlossen wurde.

Der schon erwähnte Hans Schumann schreibt in seiner Schrift „Arbeit und Geldpolitik“ Nr. 6 / 1932:

„Werter Genosse Wels! Sie haben - jede Diskussion mit den unbequemen Kritikern und Mahnern Mäder und Schumann abgelehnt. ... Wenn ich trotzdem immer und immer wieder versuche, diese Verschwörung des Schweigens zu brechen, so geschieht .. dies, um wenigstens vor der Geschichte den Nachweis zu bringen, daß es nicht am Wissen, sondern am Willen gelegen hat, wenn die Partei und die Arbeiterschaft in die Katastrophe geführt wird.

Ich warne Sie und jeden ehrlichen Sozialisten auch vor der Illusion, als ob für eine 'Gemein- und Bedarfswirtschaft' irgendwo realisierbare, konstruktive Vorstellungen oder gar Pläne vorhanden seien. Der Faschismus wird siegen, wenn es nicht gelingt, die Parole 'Krieg der Krise' zu unserer Kampfparole zu machen.“

(Zitiert aus dem Katalog der „Freiwirtschaftlichen Bibliothek - wissenschaftliches Archiv -“, 2930 Varel) Hans Schumann kämpft - inzwischen über 80 Jahre alt - noch immer. Sein Name ist heute mit der Freisozialen Union verbunden. Ich habe in bestimmten Bereichen meine Schwierigkeiten mit ihm, und er ist nicht gut auf mich zu sprechen, ich denke aber, daß es der SPD - auch zum eigenen Nutzen - gut anstünde, diesen alten Kämpfer für Demokratie und Gerechtigkeit zu einer „Nachlese Weimarer Republik“ z.B. im Rahmen der Friedrich-Ebert-Stiftung einzuladen. Um das Zerrbild der FSU, das gerne von „Linken“ gezeichnet wird, zu korrigieren, sollte das entsprechende Stichwort im „Parteien-Handbuch“ (Hrsg. Richard Stöss) gelesen werden. Es mag sein, daß es einzelne „rechtslastige“ Mitglieder bei der FSU gegeben hat, so genau weiß ich es nicht, weil sie nicht mein Aktionsfeld war. Wenn die Eingruppierung in die politische Kategorie „rechts“ überhaupt gerechtfertigt

ist, dann höchstens aus der Tatsache, daß ein Teil ihrer Mitglieder - da er keine plausible Erklärung dafür findet, warum eine so vernünftige Sache wie die Gesellsche Geldreform nicht durchgeführt wird, zu Verschwörungstheorien neigt. Außerdem ist es so, daß die 5%-Klausel die kleinen Parteien zu Wahlbündnissen veranlaßt, die mit ihrer eigenen Zielsetzung im Widerspruch stehen. In beiden Fällen kann der Bundestag Abhilfe schaffen. Der Bundestag kann die 5%-Klausel aufheben und kann beweisen, daß die um die Geldreform wuchernden Verschwörungstheorien Unsinn sind, indem er die Geldreform beschließt. Im übrigen hat der Parteiname „Die Grünen“ über die Vorstufe „Grüne Liste Umweltschutz“ seinen Ursprung in der grünen PartEIFarbe der FSU. Georg Otto hat dort diese Anleihe gemacht.

Im Mai 1949 hat die SPD eine Flugschrift mit dem Titel „Brechung der Zinsknechtschaft“ herausgebracht. (Verfasser(in) H. C. Goldscheider) „Wir sind seit dem Erlebnis mit Hitlers Rassenlehre, die sich auf die primitive Formel gründete, Blut sei ein ganz besonderer Saft, recht skeptisch gegenüber politischen Patentmedizinen geworden, zumal wenn sie von Wanderpredigern mit unübebietbarer Intoleranz gepredigt werden. Wir meinen hier im ganz speziellen die Lehren der Freiwirtschaftler und Radikalsozialisten, deren Allheilmittel für alle politischen und gesellschaftlichen Schwierigkeiten - kulturelle, also auf höherer als auf grob materieller Ebene, scheint es keinerlei zu geben - ein ganz bestimmtes Geldsystem ist.“ ... Über das Auftreten von Außenseitern - und die Freiwirtschaftler haben dieses Los ja lange genug getragen - in der Gesellschaft lohnt es ja durchaus, in ein sozialpsychologischen Diskurs zu treten. Schlimm an diesem Flugblatt ist die Methode - die noch heute praktiziert wird - die Freiwirte mit Naziparolen in Verbindung zu bringen und dadurch die Inhalte, die sie vermitteln wollen, zu tabuisieren. Die NSDAP hat - um an die Macht zu kommen - genauso wie alle anderen Parteien die Themen propagandistisch aufgegriffen, von denen sie wußte oder annahm, daß es drückende Probleme einer Vielzahl von Wählern waren. Sie war wahrscheinlich auch in dieser Beziehung skrupulöser als die Konkurrenten. Es ist nun aber geradezu idiotisch oder infam, den Freiwirten nur deshalb nationalsozialistische Neigungen zu unterstellen, weil das Zinsproblem und das Bodenrecht ihre Arbeitsschwerpunkte sind und diese Themen auch in der Nazipropaganda auftauchen. Schon gar nicht ist eine Verbindung herzustellen zwischen Blut-und-Boden-Ideologie der Nazis und den Bestrebungen um eine Bodenrechtsreform. Solche blödsinnigen Verknüpfungen wurden vor einiger Zeit noch von „grünen“ Frauen vorgenommen, als sie sich mit der Verwendung der Bodenrente als „Mütterrente“ auseinandersetzten.

In der einzigen Fernsehsendung, die ich kenne, in der Bodenrechtsprobleme dargestellt wurden (WDR, April 1978) heißt es:

„Auch die NSDAP wollte anfangs die soziale Bewegung gegen die Gutsbesitzer für sich ausnützen. Sie nahm die Forderung nach Bodenreform in ihr Programm auf. Doch bald war davon nicht mehr die Rede. Bereits vor der Machtübernahme hatten sich die Nazis mit den rechts von ihnen stehenden Junkern geeinigt. Aus der Forderung nach Bodenreform wurde eine Forderung nach entschädigungsloser Enteignung jüdischer Grundbesitzer.“

(zitiert nach Sendetext)

Hans-Joachim Werner schreibt in seiner Arbeit „Die Geschichte der Freiwirtschaftsbewegung“:

„Während seines Aufenthaltes 1919 in München erhielt Gesell auch zweimal Besuch von Gottfried Feder, dem nationalsozialistischen Wirtschaftsideologen und späteren Staatssekretär. Gesell brach das zweite Gespräch mit Feder über Wirtschaftsfragen ab mit den Worten: 'Sie begreifen das nie.' Nach diesem Gespräch schien Feder noch gezögert zu haben, sich gegen die Freiwirtschaft öffentlich auszusprechen. Doch am 16. 4. 1921 konnte man in der Nummer 15 des 'Deutschen Sozialisten' von ihm lesen:

'Ich habe wegen der ausgezeichneten Aufklärungsarbeit über den Zins, die die Gesell- und Hadenfeld-Jünger leisteten, lange gezögert, dagegen zu schreiben, doch ist es nun an der Zeit, der Irreführung zu steuern und klar darauf hinzuweisen, daß nur ein Radikalmittel den Zins beseitigen kann, nämlich die Brechung der Zinsknechtschaft.'

Seine These von der 'Brechung der Zinsknechtschaft' und seine wirtschaftlichen Vorstellungen waren mit denen von Gesell unvereinbar.“

In „Der deutsche Staat auf nationaler und sozialer Grundlage“ von Gottfried Feder, München 1923 heißt es:

„Silvio Gesell gehörte zu den höchst problematischen Existenzen, die in den schlimmsten Zeiten der Münchener Räterepublik an die Oberfläche geschwemmt worden sind. Silvio Gesell - für seine Person vielleicht ein gutgläubiger Idealist - befangen, in seinen Gedankengängen international eingestellt, hat mit den damaligen jüdischen Bluthunden gemeinsame Sache gemacht - und was das Bedenklichste ist seine Lehren wurden von den damaligen Gewalthabern als geeignet erachtet, 'die Menschheit aus den Banden des Kapitalismus zu befreien'. Mit Frau Eisner, Landauer und sonstigen Größen der damaligen Zeit gründete Gesell seinen S.F.B (sozialistischen Freiheits-Bund). ... „

„Ich verweise auf meine gründliche Abrechnung mit Gesell in den nationalsozialistischen Monatsheften 'Volk und Gemeinde'. ... Desgleichen findet sich eine Ablehnung Gesells in der ausgezeichneten Zeitschrift unseres Altmeisters Theodor Fritsch in Nr. 444. und ebendort eine Ablehnung Gesells aus der Feder von Paul Lehmann.“

Aber Feders Gedanken zum Zins wurden von den Nazis auch bald über Bord geworfen, weil sie ihrer Machtentfaltung hinderlich waren. 1934 wurde die Kampfschrift von Friedrich Ed. Oberth, die in Siebenbürgen entstanden war, nach Deutschland eingeschmuggelt. Ihr voller Titel heißt „Wie lautet der Wahlspruch? 'Zins muß sein!' oder 'Brechung der Zinsknechtschaft!?' Geleitwort von Peter Westen, Groß-Industrieller. Eine Kampfschrift in Form einer Beurteilung des Buches von: Dr. Franz Döring: 'Gold oder Papier?' Mit einem Geleitwort von Dr. Hjalmar Schacht.“ 1934 konnte man eben schon nicht mehr offen gegen den Zins argumentieren.

Wie haben sich Freiwirte verhalten, als der Sieg der Nazis nicht mehr aufzuhalten war? Die Mehrzahl hat sich wohl einfach, soweit es möglich war, zurückgezogen, vielleicht hatten sie die Hoffnung, daß die Nazis von den ökonomischen Schwierigkeiten gezwungen würden, das Handtuch zu werfen. Vielleicht erklärt aber auch eine Aussage von Friedrich Salzman die Grundhaltung, sie wird von H.-J. Werner zitiert:

„-zwei internationale Kongresse waren nötig, um allen klar zu machen, dass 'Freiland' und 'Freigeld' keine Bausteinchen sind, die man einmal dem Monumentalgebäude der roten, dann braunen Diktatur, das andere Mal dem Sakralbau des Ständestaates einfügt. Bausteinchen, die man allerdings beruhigender Weise auch verwenden kann, wenn ein demokratisches Wohnhaus errichtet werden soll; man hatte klarzumachen, dass die Gesellschen Reformvorschläge an das Vorhandensein oder die gleichzeitige Eroberung eines dazu passenden liberalen Rechtsstaates gebunden sind.“

„Dennoch“, schreibt H.J. Werner, „gab es einzelne Freiwirte, wie Wilhelm Radecke und Benn, die als Mitglieder in der NSDAP versuchten, den linken Flügel der Partei zu beeinflussen.“ Diese hatten auch Kontakt zu führenden Nationalsozialisten. Ich weiß auch aus Erzählungen, daß es in Berlin vor der Machtergreifung eine öffentliche Veranstaltung mit dem Thema „Ohne Hitler ins Dritte Reich“ gab. Der Referent und die Organisatoren wurden von der SA zusammengeschlagen. Es gab auch Freiwirte, die offen oder versteckt gegen das Nazi-Regime kämpften und dafür büßen mußten. Es ist hier aber nicht der Ort, um nachzuweisen, daß auch die Freiwirte ihre Widerstandskämpfer hatten.

H.-J. Werner schreibt an anderer Stelle: „Um die Diskussion freiwirtschaftlicher Ideen in der NSDAP abzublocken, wurde am 15. 2. 1932 im Verordnungsblatt der Nationalsozialisten, Folge 17, folgende NS-Verordnung abgedruckt:

'Es wird den Parteigenossen untersagt, in de Öffentlichkeit Lehrmeinungen zu

vertreten, die mit dem Wirtschaftsprogramm der NSDAP unvereinbar sind, wie Schwundgeldtheorie, die Freilandtheorie, die FFF-Bewegung.' "

Der Freiwirtschaftsbund wurde 1933 verboten.

3.3)

„Ich habe vor fünfzehn Jahren wider den Wucher geschrieben, als er bereits so gewaltig war, daß ich keiner Besserung zu hoffen wußte. Seit der Zeit hat er sich so erhoben, daß er nun schon nicht mehr Laster, Sünde oder Schande sein will, sondern sich für eitel Tugend und Ehre rühmen läßt, als erweise er den Leuten große Ehre und christlichen Dienst. Was will nun helfen, da Schande Ehre und Laster Tugend geworden sind?... Deutschland ist nicht mehr, was es sein sollte; der leidige Geiz und der Wucher haben es zugrunde gerichtet. ... Sie heißen des Geizes oder Mammons abgöttische Diener und können nicht selig werden, sie tun denn Buße... Darum ist dieses Stück dem Volke fleißig einzuschärfen. Es bedarf dazu keiner großen und hohen Klugheit, sondern ist ein sehr grober Text und daher auch ganz leicht zu verstehen. Nämlich: wenn jemand etwas leiht und nimmt dafür etwas darüber oder – was das Gleiche ist – etwas Besseres, so ist das Wucher. Denn Leihen heißt, nicht mehr zurücknehmen als eben das, was geliehen wurde; wie es die Propheten, Christus selbst und auch die weltlichen Rechte lehren. ... Was ist die Welt anders, denn Unrecht tun, geizen und wuchern und sich allerlei Lastern und Untugenden hingeben? ... Wenn aber jemand mehr oder Besseres nimmt, so ist das Wucher und heißt nicht Dienst, sondern Schaden getan seinem Nächsten, genauso, wie es durch Stehlen und Rauben geschieht. ... Summa: Es ist nun zur Genüge erklärt, daß Leihen Nichts-Darübernehmen heißt und daß es zum Dienst oder Nutzen des Bedürftigen geschehen soll. Diesen Text halte fest! ... also mit anderer Leute Arbeit, Sorge, Gefahr und Schaden protzen. - So sitze ich hinter dem Ofen und lasse meine hundert Gulden für mich auf dem Lande werben und behalte sie doch, weil es geliehenes Geld und mir daher ohne alle Gefahr und Sorge sicher ist. Lieber, wer möchte das nicht?

... und es geschieht noch immer durch die Händler und deren Gesellschaften. Schier ganz Deutschland ist schon von ihnen verschlungen. Gäbe doch Gott auch uns einmal einen Solon oder Alexander, der dem Wucher steuere und wehre! Amen!

(Cato:) 'Unsere Vorfahren haben dafür gehalten und bestimmt, daß man einen Dieb zweifach, einen Wucherer jedoch vierfach strafen soll... Kleine Diebe liegen in Stöcken gefangen, die großen aber gehen in Gold und Silber prangen...'

(Auszüge aus: Martin Luther, An die Pfarrherrn, wider den Wucher (Zins) zu predigen, 1540, zusammengestellt von Peter Weiz, Freising)

Und nun ein Zitat aus dem Jahre 1984 um zu verdeutlichen, welche Problemverdrängungen eingetreten sind:

„Während er (das Mitglied eines Sammler- und Jägerstammes d.V.) nun Ausschau hält nach diesem besonderen Wirtschaftsmotor, schallt ihm bereits ununterbrochen ein geheimnisvolles Wort ans Ohr, auf das die Menschen gespannt und angstvoll lauschen, über das sie sich regelmäßig, ja ununterbrochen verständigen, von dem her sich also Entscheidendes zu bestimmen scheint. Die Zeitungsjungen rufen es, die Nachrichtensprecher teilen es mit. Es wird in erleichtertem oder in besorgtem Tonfall vorgetragen. Der Besucher aus der Fremde ahnt, daß in diesem Wort sich ausdrückt, was er sucht.

Das Wort lautet Zins. Der Zwang, Zinsen zahlen zu müssen, die Unfähigkeit, Zinsen noch aufbringen zu können, die Panik vor unerwartet steigenden Zinsen, die Freude über den Rückgang der Zinsrate, die Akkuratessse, mit der diese Rate über die Zeit hinweg graphisch dargestellt wird - all diese am Zinse hängenden Umstände lassen den suchenden Fremden ahnen, daß er hier jenen Wirtschaftsmotor benannt findet, ...

Wenn also über die Gesellschaft dicke Bücher geschrieben, vom Zins aber geschwiegen wird, so läßt sich das nicht aus mangelnder Intelligenz der Beteiligten erklären. Im Gegenteil, es bedarf überdurchschnittlicher geistiger Kompetenz, um die Art von Soziologie zu betreiben, für die Jürgen Habermas zweifellos das brillianteste Beispiel gibt. Wir dürfen also vermuten, daß etwas anderes am Werke ist als mangelnde Gescheitheit, wenn das am deutlichsten sichtbare Phänomen dieser Gesellschaft nicht gesehen, sondern - man muß es so nennen - verdrängt wird. ... Es muß die Frage gestellt werden, wogegen sich eine Gesellschaftstheorie richtet, die so auffällig die zentralen Faktoren des von ihr zu untersuchenden Gegenstandes verleugnet. Welche Unannehmlichkeiten will eine solche Wissenschaft von uns fernhalten? Dies scheint mir die eigentlich wichtige Frage darzustellen.“

So Gunnar Heinsohn (Professor an der Uni Bremen) in seinem Essay „Zins, Hexen, Habermas - Gesellschaftserklärung oder Wirklichkeitsverleugnung“ in „NP - NEUE PRAXIS“ 2/84

Verdrängungen finden aber nicht nur beim Thema Zins statt, sondern auch beim Bodenrecht:

"Wir sind die erste deutsche Generation, die Großstadtleben wirklich durchlebt hat. Das Ergebnis kennen Sie alle. Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserem Volke an der falschen Bodenpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Ich betrachte die falsche Bodenpolitik, wobei ich das Wort Bodenpolitik im weitesten Umfange des Wortes nehme, als die Hauptquelle aller physischen und psychischen Entartungserscheinungen, unter denen wir leben."

Oberbürgermeister Dr. Adenauer=Köln, der Präsident des Preußischen Staatsrats, zitiert aus: Adolf Damaschke „Die Bodenreform, Grundsätzliches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Überwindung der sozialen Not“ 20. Auflage 1923.

Es hat verschiedene Bodenrechtsreformbewegungen gegeben. Die sozialistischen Länder haben die Bodenrechtsprobleme nicht gelöst, sondern neue hinzugefügt. Fast in der ganzen Welt ist das Bodenrecht eines der Hauptspaltpilze der Gesellschaften. Jeder Wildwestfilm „lebt“ sozusagen, von den Bodenrechtsproblemen: Es wird gekämpft um Siedlungs-, Wege-, Wasser-, Jagd- und Schürf rechte. Am letzten Samstag (23. 1. 88) wurde in "Cimarron" (ARD) demonstriert, wie man das Bodenrechtsproblem nicht lösen sollte. Die Gründung des Staates Oklahoma fand laut dieser Filmgeschichte durch die Landnahme im Windhundverfahren statt. Die Windhunde waren hier Reiter und Pferde. Die Ironie in dieser Geschichte ist, daß eine Indianerfamilie sich an diesem Rennen um ein Stück Land, das der US-Staat deren Vorfahren weggenommen hatte, beteiligte. Der Mann wurde erschossen, nur weil er Nichtweißer war, die Frau wurde Dienstmädchen bei dem indianerfreundlichen Helden

der Geschichte .

Ich las gestern meinen kleinen Kindern „Doktor Allwissend“ aus „Janosch erzählt Grimm's Märchen“ vor. Um was geht es im Kern? Um Bodenrechtsprobleme! Als mein großer Sohn Falk eingeschult worden war, kam er eines Tages nach Hause und wollte wissen, wo denn nun unser Land wäre. Einige seiner Mitschüler waren Bauernsöhne und hatten wohl damit angegeben, wie viel Land ihre Familie besitzt. Als ich ihm dann antworten mußte, daß wir kein Land haben, hat er intuitiv erfaßt, daß es Menschen mit verschiedenerlei Rechten gibt. Für die gesellschaftliche Öffentlichkeit und auch für die Politik ist das Bodenrecht kein Thema.

Peter von Oertzen schrieb mir zwar im Juni 1978: „Das Dilemma unserer gegenwärtigen Bodenrechtsordnung verfolgt mich schon seit langem; ...“ mußte aber in einem anderem Schreiben zugeben, daß es in der SPD nur wenige sachkundige Parteifreunde gäbe. In der Aufbruchphase der FDP flackerte das Thema auch dort mal auf: Die FR meldete am 2. 4. 71 „Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes Frankfurt hat am Dienstagabend, eine Viertelstunde vor Mitternacht, mit der knappen Mehrheit von 58 gegen 49 Stimmen die Kommunalisierung von Grund und Boden gefordert.“ Die Parteistrategen haben, ohne sich lange zu besinnen mit der Patsche dieses lokale Feuer totgeschlagen, bevor ein Flächenbrand entstehen konnte.

Im Hochschulbereich sieht es auch nicht besser aus. Ich kann mich z.B. überhaupt nicht entsinnen, daß das Bodenrechtsproblem in meinem Studium an der Akademie für Wirtschaft und Politik ein Gegenstand einer Vorlesung war; vielleicht darum nicht, weil die ehemalige Akademie für Gemeinwirtschaft und heutige Hochschule für Wirtschaft und Politik das Thema als erledigt betrachtete, seit dem die Neue Heimat als Großgrundbesitzer aktiv war.

Aber wie sieht es denn mit dem Bundestag aus, dem das Wohl und Wehe unserer Gesellschaft anvertraut wurde? Am 10. Oktober 1987 referierte Gustav Bohnsack - einer der wenigen Professoren, die - als Veranstaltungen am Rande - Vorlesungen über Bodenrechtsprobleme halten, in den „3. Mündener Gespräche“ der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft eV. folgendes:

„Das Eigentumsrecht am Grund und Boden ist ein Jahrtausende altes Problem. Weimarer Reichsverfassung und Grundgesetz enthalten klare Weisungen an den Gesetzgeber. Der Deut-

sche Bundestag hat seinen Auftrag zur Realisierung der Sozialpflicht des Eigentums (am Boden) nicht erfüllt. Dazu das Bundesverfassungsgericht am 12. 1. 1967 (I BRV 169/63 B Bau Bl 7/1967 S.347):

1. Eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt dazu, die Interessen der Allgemeinheit beim Boden in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögensgütern.
2. Das Gebot sozialgerechter Nutzung ist aber nicht nur eine Anweisung für das konkrete Verhalten des Eigentümers, sondern in erster Linie eine Richtschnur für den Gesetzgeber, bei der Regelung des Eigentumsinhaltes das Wohl der Allgemeinheit zu beachten.
3. Die Tatsache, daß der Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nützung dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte (Anm.: des Marktes) und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen.
4. Der Grund und Boden ist weder volkswirtschaftlich noch in seiner sozialen Bedeutung mit anderen Vermögenswerten ohne weiteres gleichzusetzen.
5. Mit Art. 14, Abs. 2 hat der Verfassungsgeber, in erster Linie die Bodenordnung im Auge gehabt (siehe Materialien Pari. R. ö. Sitzung des Grundsatzausschusses Sten. Prot. S. 62)
6. Art. 14 (2) ist eine Absage an eine Eigentumsordnung, in der das Individualinteresse den unbedingten Vorrang vor den Interessen der Gesellschaft hat."

Wenn der Verfassungsschutz ein Schützer der Verfassung wäre, dann müßte man ihn dem Bundestag auf den Hals hetzen. In den o. a. Mündener Gesprächen wurde mir aber auch wieder in Erinnerung gerufen, daß einmal ein deutscher Gesetzgeber ein Bodenrecht beschlossen hat, das ein Erfolg der Bodenreformer war und heute noch Gegenstand zunehmenden Interesses ist.

Wann und wo? Der Deutsche Reichstag hat 1898 die Landordnung von Kiautschau beschlossen. Es ist auch ein Beispiel dafür, daß Parlamentarier, wenn sie nicht unmittelbar eigene oder die Interessen ihrer Partei und Klientel berücksichtigen müssen, durchaus vernünftig entscheiden können.

Die dritte Verdrängung eines ökonomischen Problems ist die Ausbeutung, die direkt mit den beiden vorher genannten Problemen zusammen hängt. Formal erklären sich Politiker natürlich gegen die Ausbeutung oder erklären sie als nicht vorhanden. Ob Norbert Blüm, den ich schon zitiert habe, auch noch zu seiner Aussage steht, wenn es um die Wurst geht? Elinar Rosenbohm zitiert in dem schon erwähnten Artikel „Gegen das Weitermachen wie bisher“ den verstorbenen Kardinal Höffner:

„Einer der ersten Hirtenbriefe zur sozialen Frage, den ich kenne, ist 1845 in Frankreich vom Kardinal Giraud von Cambrai veröffentlicht worden. Dort steht der Satz: Die Kir-

che lehnt 'die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen' ab – ein Ausdruck, der keineswegs von Karl Marx stammt. In demselben Sinne hat das Zweite Vatikanische Konzil gesagt, daß 'die Ordnung der wirtschaftlichen Dinge der Ordnung der Person dienstbar werden muß und nicht umgekehrt'. Dazu kommt die weitere Aussage, daß die Wirtschaft einen Sinn haben muß, und daß dieser Sinn die menschenwürdige Deckung des Bedarfs an Gütern und Diensten ist - und nicht die Rentabilität.“

Und in der Titelgeschichte des „Spiegels“ über Ludwig Erhard vom 9.Sept. 1953 heißt es:

„Bei seinem Lehrer Franz Oppenheimer hatte der Student Erhard in den zwanziger Jahren begierig die für seine spätere Einstellung nicht unbedeutende Lehre der Oppenheimerschen Synthese von Sozialismus und Liberalismus aufgenommen:

'Liberaler Sozialismus, das ist der Glaube an eine Wirtschaftsordnung, in der das wirtschaftliche Selbstinteresse seine Herrschaft bewahrt und sich in völlig freiem Wettbewerb durchsetzt. Und in der doch nur noch eine Art von Einkommen existiert, das Arbeitseinkommen, während Kapitalprofite und Grundrenten bis auf harmlose Splitter verschwunden sind. Eine Ordnung, in der also das wirtschaftlich-soziale Klassenverhältnis der kapitalistischen Wirtschaft nicht mehr besteht.'“

Dieter Suhr, Professor u.a. für Verfassungsrecht, bezweifelt überhaupt, daß die Rendite oder der Zins durch die Verfassung abgedeckt wird. In seiner Arbeit „Die Geldordnung aus verfassungsrechtlicher Sicht“ in Joachim Starbatty (Hrsg.) „Geldordnung und Geldpolitik in einer freiheitlichen Gesellschaft“ (Walter Eucken Institut Freiburg 1982) heißt es:

„Was hat das alles mit der Verfassung zu tun? Der Titel eines Buches liefert das Stichwort: 'Entstehenssicherung und Bestandsschutz von Grundrechten'. Auch Paragraph 950 BGB konkretisiert rechtstechnisch die Entstehung von zivilrechtlichem und damit von verfassungsrechtlichem Eigentum 'aus Herstellung'. Die herkömmliche Auslegung dieser Vorschrift bewirkt die Entstehung von Eigentum in der Hand des Kapitaleigners des Unternehmens und sie verhindert zunächst die Entstehung von Eigentum aus Arbeit und Leistung in der Hand derer, die persönlich im Unternehmen arbeiten und disponieren: Entstehung des Eigentums aus Arbeit in der Hand des 'Nichtarbeiters'. Unsere Verfassung jedoch schützt dasjenige Eigentum ganz besonders, das aus persönlicher Arbeit und Leistung stammt. Daher ist die herrschende Auslegung des Paragraphen 950 BGB nicht mehr ohne weiteres 'verfassungskonform'."

Die vierte Verdrängung hat mehr die Form einer mangelnden Sensibilität der Wahrnehmung gegenüber der Beschreibung der notwendigen Geldzirkulation durch den Volksmund und in der Literatur:

„Taler, Taler, du mußt wandern, von dem einen zu dem anderen.“

Ja warum muß er denn? Weil sonst der Geldkreislauf ins Stocken gerät, der Güteraustausch unterbleibt und die Not einkehrt.

Auf der Gedenkmedaille aus Fürth auf die Hungersnot von 1771 - 1772 steht das Dante-Zitat

„Fortuna in der Welt Bringt Nahrung Brod un Geld - Fortuna in der Kammer Bringt große Not u. Jammer“ (Abgebildet in: „Die Gröental Waage“ 2 / 1966 Bd.5)

„Aus Mißtrauen bringen sie den Güterverkehr ins Stocken, indem sie das Geld zu Hause sammeln, statt es zu gemeinem Nutzen wieder in Umlauf setzen; und so wird es knapp, auch wenn es reichlich vorhanden ist.“

Anonymus lamblichi, 5.Jh.a.Chr. Aus lamblichos' 'Protreptikos', hg.von H.Pistelli, 1888 XX.Kap., Peter Hodina in "Neue Ordnung", Linz 1982/1/8.

„Wir bedürfen der freien und ungehemmten Cirkulation des Geldes, wo es sich noch immer befindet, mehr denn je ... Denn aller Reichtum, der nicht segnend im Lande herumfließt, ist für den Bürger gar nicht und für den Staat nur halb da.“

J.H. Pestalozzi in seiner „Langenthaler Rede“ vom 26. 4.1826,
zitiert nach Bruno P. Schliephacke „Pestalozzi der Rebell“.

Im Hochmittelalter zur Brakteatenzeit hat man die Zirkulation durch ein bestimmtes Münzrecht in den Griff bekommen, über zweihundert Jahre herrschte Vollbeschäftigung. Die Finanzierung der gotischen Dome erfolgte nicht aus erpreßten Steuern, sondern aus dem Spendenstrom einer wohlhabenden Bevölkerung. Mit der Abschaffung der Brakteaten brach die Konjunktur zusammen, manche Dome konnten nicht vollendet werden. (Nachzulesen in: Karl Walker „Das Geld in der Geschichte“ und Lothar Vogel „Die Verwirklichung des Menschen im sozialen Organismus“)

Boisguillebert, auf den sich auch Marx bezieht, fordert im 17. Jahrhundert die Sicherung des Geldumlaufes ein Geld in der Form des Perpetuum mobile.

P.J. Proudhon, der Gegenspieler von Marx und Gegner des Staatssozialismus, erkennt genau die Zusammenhänge von Geldzirkulation, Beschäftigung und Ausbeutung, scheitert aber mit seinen Lösungsversuchen.

In „Politische Ökonomie - Ein Lehrbuch -“, verfaßt von einem Kollektiv sowjetischer Ökonomen, ist zu lesen:

„Er bietet die Möglichkeit, den Verkauf vom Kauf zu trennen. Der Warenproduzent kann seine Ware verkaufen und das erlöste Geld zeitweilig zurückhalten. Sobald viele Warenproduzenten verkaufen, ohne zu kaufen, kann eine Absatzstockung eintreten. Somit schließt bereits die einfache Warenzirkulation die Möglichkeit der Krisen ein.“

Der Begriff „Umlaufgeschwindigkeit des Geldes“, ein von der Freiwirtschaftsschule gepräg-

ter Begriff, ist inzwischen auch Bestandteil des Vokabulars der Notenbank und des Sachverständigenrates. (Der Begriff Umlaufgeschwindigkeit des Geldes gibt aber nicht korrekt den Sachverhalt wieder, um den es geht. Es wurde darum der Begriff Ausnutzungsgrad des Geldes als Ersatz vorgeschlagen.) Der SVR nennt auch inzwischen die Ursache der Zirkulationsstörungen:

„Bei sinkenden Zinsen nimmt der Anreiz ab, finanzielles Vermögen in verzinslicher Form zu halten.“

Mit anderen Worten, bei mangelnder Rentabilität wird nicht ausgeliehen. Der Liquiditätsvorteil ist dann größer als der Zinsnutzen. Keynes spricht von der Liquiditätsfalle. (Drucksache 10/6562 Dt.Bundestag - 10. Wahlperiode)

„'Alle verkaufen ihre Aktien, um die Erlöse möglichst liquide anzulegen. Die Geldfrage steigt rasch. Das ist ein Signal dafür, daß wir uns in Richtung einer Wirtschaftskrise bewegen', meint Schiltknecht. Es gibt Großkunden, die ihr Geld nicht einmal auf dem Konto lassen wollen, sondern es im Bankfach einschließen,..."'

(In: „Uns droht eine schwere Rezession“ - Der künftige Präsident der Bank Leu zeichnet ein düsteres Bild von der Weltwirtschaft“, Welt der Wirtschaft, 27.11.87)

Dies ist nun bestimmt keine volle Liste der Stimmen, die alle Ähnliches zur Zirkulation des Geldes sagen. Eine systematische Erforschung würde wahrscheinlich Bände füllen. Allein die Zitate und Hinweise in diesem Abschnitt müßten genügen, um sich mit den praktischen Vorschlägen von Gesell zur Lösung des Problems auseinanderzusetzen. Und wäre es nicht die Aufgabe des teuren Sachverständigenrates, die Mitglieder präziser über die Zusammenhänge aufzuklären?

Die fünfte Verdrängung betrifft die ökonomischen Ursachen für Rüstung und Krieg. Alex Möller schrieb im Jahre 1962 in seinem Buche „Währung und Außenpolitik“:

„In Zeiten der überbeschäftigung ist es durchaus erstrebenswert, die Rüstungseinfuhr möglichst hochzuhalten; in der Phase mäßigen Konjunkturverlaufs können von Rüstungsaufträgen an das Inland volkswirtschaftlich erwünschte Impulse ausgehen. Es darf bei der Rüstungsfinanzierung somit nicht nur einseitig die Inanspruchnahme der Sozialprodukte gesehen werden; sie kann konjunkturpolitisch günstig oder nachteilig sein. Diese Staatsausgaben schaffen im Inland gesteigerte Nachfrage aller an der Rüstungsproduktion beteiligten Industrien.“

In der Schrift „Zwingt die traditionelle Geldordnung zur Rüstungsexpansion?“ von Josef Hüwe, Berlin, ist ein Zeitungbericht wiedergegeben, der unter der Überschrift „ILO: Rüs-

stungsindustrie beschäftigt weltweit 53 Millionen Menschen“ im "Tagesspiegel" vom 27.8.87 veröffentlicht wurde. Es wird berichtet, daß das Internationale Arbeitsamt (ILO) in Genf einen Fragebogen an die 150 Mitgliedsstaaten versandt hatte, um herauszufinden, wieviel Menschen in der Rüstungsindustrie arbeiten und wie die Mitglieder sich eine Beschäftigung der Arbeitnehmer denken, wenn diese durch Reduzierung der Rüstungsproduktion freigesetzt würden. Die Antworten der Mitgliedsstaaten waren ziemlich unvollständig."... nur etwa ein Dutzend gab detaillierte Auskünfte. Daraus ergibt sich zum Beispiel, daß in Frankreich 5,5 Prozent der Arbeitskräfte in der Rüstung beschäftigt sind, in der Bundesrepublik 4,7 und in den USA 4,2 Prozent.“ ...

„Die Antworten auf die Frage 'Wohin mit den freigesetzten Arbeitskräften?' fielen nach Angaben der ILO 'nur unvollkommen' aus. Eine Lösung auf diese Frage könne deshalb nicht angeboten werden.“

Die Einschätzung des SPD-Bürgermeisters Klaus Wedemeier zu dem Problem: „Rüstungsproduktion und Arbeitsplätze sind in Bremen untrennbar verbunden. Angesichts von 40 000 Arbeitslosen stellt sich nicht die Frage der Umwandlung von Rüstungsplätzen in friedliche.“

Josef Hüwe schreibt in der o. a. Schrift:

„Ständig wachsende Geldvermögen verlangen immer mehr rentable Anlage- und Investitionsmöglichkeiten. Diese bekommen sie - durch die staatliche Verschuldungspolitik garantiert - vor allem mit der expandierenden Rüstung, aber auch zum Beispiel mit den kapitalintensiven und kurzlebigen (25 Jahre) Atomenergieanlagen. Weil die Geldvermögen ständig zunehmen und die Banken die Zinsen für ihre Kunden hereinbekommen wollen, müssen diese Wahnsinnsprojekte ebenfalls wachsen (Overkill) und muß die Schaffung militärischer Projekte schließlich bis in den Weltraum ausgedehnt werden (SDI).“ ...

Eine gründliche Motivforschung für das SDI-Programm würde wahrscheinlich ergeben, daß die militärischen nur vorgeschobene und ökonomische die eigentlichen Motive sind.

Das Fatale an einer kapitalistisch deformierten Marktwirtschaft ist, daß die Vernichtung von Realkapital durch den Krieg die Verzinsung des Geldkapitals sichert. Dies ist einfach so, weil der Zins u.a. ein Knappheitspreis ist. Das Realkapitalversenkungsloch „Rüstung“ würde ohne Krieg bald vollgestopft sein, wenn es nicht gelänge, bei den Wehrexperthen und Generälen technische Begehrlichkeiten (man spricht dann von der technischen Veralterung der vorhandenen Rüstung) und bei dem Wahlvolk neue Ängste vor noch größeren Bedrohungen zu produzieren.

In der Zeit des letzten Wahlkampfes für den Niedersächsischen Landtag hörte ich unterwegs im Auto einen Radiobericht über eine Untersuchung in der BRD. Das Ergebnis war - wenn mich mein Gedächtnis nicht trügt -, daß der Monopolnachfrager „Bund“ den Rüstungsunternehmen eine um 150% höhere Rendite ermöglicht als Investitionen im zivilen Sektor erbringen. Wenn das so ist, dann ist doch klar - besonders in der Situation der Unterbeschäftigung -, daß solche Unternehmen alles daran setzen werden, diesen Zustand zu erhalten. Das Harmloseste wird dabei sein, daß diese Unternehmen ihre Arbeitnehmer allgemein und die Betriebsräte im besonderen mit dem Arbeitsplatz-erhalt-Argument für ihre Rendite-erhalt-Ziele einspannen werden. Es ist bei einer solchen Zinsdifferenz (Rendite ist nur ein anderes Wort für Zins.) unwahrscheinlich, daß nicht versucht wird, die Informationen über das Bedrohungspotential eines möglichen Gegners oder über den Zustand der vorhandenen Ausrüstung dahingehend zu beeinflussen oder zu manipulieren, daß weitere Rüstungsausgaben als die Rettung der Nation erscheinen.

Rüstung und Militärdienst werden erst dann ihre Anziehungskraft für Arbeitnehmer, Unternehmer und Investoren verlieren, wenn andere Arbeit und Produkte bessere Verdienstchancen und bessere Möglichkeiten der Selbstverwirklichung bieten. Das „Patentrezept“ der Freiwirtschaftsschule für Konjunktursteuerung ist auf das Stimulierungsmittel Rüstung nicht angewiesen.

3.4)

Die Probleme liegen nicht bei den Mitgliedern, sondern bei den Apparaten, sagte Kurt Biedenkopf in einer Fernsehdiskussion zum Thema Vertrauensschwund gegenüber dem Staat und der Demokratie u. a. mit Exverfassungsrichter Benda, Karola Stern und Otto Schily. In der Tat: Es wird viel zu sehr übersehen, daß Institutionen gegründet werden, um bestimmte Aufgaben oder Problemlösungen für ihre Mitglieder oder für den Bürger allgemein zu übernehmen bzw. zu lösen.

In fast allen Fällen werden aber bald die Ziele, die zur Gründung geführt haben, den Zielen des Erhaltes und des Wachstums des Amtes, des Vereines, Verbandes ,egal ob öffentlichrechtlich oder privatrechtlich begründet, untergeordnet. Die Institution wird zum herrschenden Apparat. Erich Reigrotzki bezeichnete diese Herrschaftsform „Institutionsabsolutismus“. Bei Charles Reich und Fritjof Capra fand ich ebenfalls kritische Anmerkungen dazu.

Nehmen wir die Gewerkschaften: Wenn wirklich das Interesse der Arbeitnehmer (oder auch nur deren Teil, der in Gewerkschaften organisiert ist) im Vordergrund stünde, würde z. B. eine Indexierung der Löhne vorgenommen, so daß nur noch über tatsächliche Lohnerhöhungen, über die Lohnstrukturen und Arbeitsbedingungen verhandelt werden müßte. Dies wird gewerkschaftlicherseits abgelehnt, weil sie sich dann nicht so regelmäßig mit den „Lohnrunden“ in Szene setzen können, um ihre Bedeutung zu demonstrieren. Wenn es wirklich um die Interessen der Arbeitnehmer ginge, würden sie fragen, wie können wir den Kapitalertrag zu gunsten des Arbeitsertrages drücken, ohne eine Krise auszulösen. (Nebenbei: In der Statistik wird der Unternehmerlohn zum Kapitalertrag gerechnet. Das ist falsch und dient nur der Verschleierung volkswirtschaftlicher Daten.) Die ungeliebten Nachtschichten und Wechsel- schichten haben nur zu einem geringen Teil ihre Ursache in technisch bedingten Produktions- abläufen, sondern in dem Kostendruck durch die Verzinsung des Geldkapitals. Die Zinsen müssen nach Zeiteinheiten und nicht nach Stückzahlen der Produktion bezahlt werden. (Nebenbei: Der Zins des Sachkapitals ist nur ein abgeleiteter.) Man muß nun nur ein bißchen Fantasie entwickeln, um sich vorzustellen, wie die Produktionsbedingungen sich ändern würden, wenn der Zins auf Null „heruntergefahren“ werden könnte. Dies gilt aber nicht nur für die Belange der Arbeitnehmer und Unternehmer, sondern auch für ökologische Be- lange. Um Mißverständnissen vorzubeugen: Da der Zins - auf eine Unterscheidung seiner Bestandteile verzichte ich hier - neben der Ausbeutungsrate aber auch ein Preis für die Über- lassung von Liquidität ist, kommt es darauf an, daß die Zinsspanne (Preisspanne) sich auf einem möglichst niedrigen Niveau einpendelt – z. B. zwischen -1 und +1.

1970 habe ich auf Veranlassung von DAG-Kollegen eine 10-seitige konstruktive Kritik unter dem Titel „Ist der Tarifvertrag ein geeignetes Instrument, die DAG-Gegenwartsfor- derungen - Sicherheit, Fortschritt und Gerechtigkeit - durchzusetzen“ verfaßt. Ich habe aufge- zeigt, daß der Tarifvertrag das nicht leisten kann, aber Chancen bei einer neuen Wirtschafts- politik für die Gewerkschaften als Dienstleistungsunternehmen bestehen. Diese Ausführ- ungen, zum Nutzen der Mitglieder verfaßt, lagen nicht auf der Linie des „Apparates“. Ich habe dann die Ausarbeitung auf eigene Rechnung vervielfältigt und verteilt. Ein Danke- schön eines einsamen Mannes aus der Zentrale - sonst Schweigen - war der Lohn.

Die Neue Hannoversche Presse berichtet am 20. Oktober: „Die Gewerkschaften können nicht so bleiben, wie sie sind“, findet Franz Steinkühler. Er muß es wissen. Schließlich ist der 50-

jährige Chef der größten DGB-Gewerkschaft. Zwar sieht er keine Entwicklung von der Kampf- zur Dienstleistungsorganisation, aber er weiß: 'Wir müssen uns öffnen für andere gesellschaftliche Gruppen - Künstler zum Beispiel und Intellektuelle. Wir müssen eine Plattform schaffen, damit gesellschaftliche Probleme, die nach Diskussion schreien, auch wirklich diskutiert werden.' “ (Ist es nicht bemerkenswert, daß vielfach das Gefühl herrscht, daß die eigentlichen und wesentlichen Belange mit dem vielstimmigen politischen Palaver zugeckt werden?)

Wenn Franz Steinkühler es ernst meint, sollten er und seine Kollegen sich intensiv mit den ökonomischen Aussagen von Ezra Pound befassen, dem Dichter, der 1885 im Staate Idaho (USA) geboren wurde und dem die literarische Sehnsucht nach Europa trieb. (Pound wurde vom staatlichen Gewaltmonopol seines Heimat-Staates mißhandelt und eingesperrt, weil er sein Grundrecht der Redefreiheit - das er gegen Krieg und Kapitalismus nutzte - vom damals faschistischen Italien aus wahrnahm.)

Manche starben, 'pro patria',
nicht 'dulce', nicht 'et dekor' ...
schritten bis an die Augen tief in der Hölle,
glaubten Lügen der Greise, kehrten dann heim
ohne Glauben, heim zu der Lüge,
heim zu vielfachem Betrug,
heim zu alten Lügen, neuer Schmach;
Wucher uralte und altersfeist
und Lügner in hohen Ämtern.

Diese Verse stammen aus der Schrift: Bruno Schliephacke „Ezra Pound - Gelehrter, Dichter, Rebell“. Schliephacke referiert im 2. Abschnitt seiner Schrift aus dem „ABC der Wirtschaft“ von Ezra Pound aus dem Jahre 1953. Es heißt dort: „Pound stellt fest, daß die Ingenieure heute das Problem der Produktion gelöst hätten, die Technik ist soweit, daß für alle Menschen jede Gütermenge hergestellt werden kann (S.14), das soziale Problem besteht nur in der Verteilung. Hierzu dient das Geld, das aber nur als Ersatz für Arbeit zu behandeln sei - seine Benennung sei belanglos (18).

Eingehend befaßt sich Ezra Pound mit einer Forderung nach Verkürzung der Arbeitszeit. Mit diesen Fragen hatte sich schon die 'Partei des Volkes' in seiner Heimat befaßt. Der Ver-

fasser meint, die Arbeitszeit müsse darum kurz gehalten werden, damit infolge der Technisierung nicht einer die Arbeit für drei mache, die dadurch arbeitslos würden, obwohl sie genau so arbeitswillig seien (19).“

Ich bin auch deshalb auf die Gewerkschaften eingegangen, weil ja ein Großteil von Ihnen auch Gewerkschaftsmitglieder sind. Wenn Sie in Ihrer Doppelrolle Parlamentarier-Gewerkschafter oder auch in der Dreifachrolle Parlamentarier-Gewerkschafter-Kirchenmitglied unsere gesellschaftlichen Probleme nicht befriedigend lösen können, dann kann das nicht an Ihrem mangelndem gutem Wollen liegen, vielmehr müssen die Fehler in Ihrem Denken liegen.

Für die Institutionen müßte es eine Art TÜV geben - nicht als staatliche Kontrollbehörde -, um die Institutionen, die mehr Probleme produzieren als lösen, aus dem gesellschaftlichen Verkehr ziehen zu können. Vielleicht wäre so etwas möglich durch eine Einsatz-Nutzen-Analyse, die gemeinsam von Soziologen, Politologen und Ökonomen erstellt werden müßte. Aber sinnvoller wäre es zu untersuchen, warum die Menschen sich unter Bergen von Institutionen begraben und warum diese so schnell inhaltlich erstarren und organisatorisch unter Wachstumsdruck geraten.

Die etablierte Wirtschaftswissenschaft - hier als eine Institution zusammengefaßt - leistet ja auch nicht das, was man von ihr erwartet; sonst wäre dieser Brief ja in weiten Passagen überflüssig. Es ist auch nicht meine Absicht die Menschen, die von berufswegen Ökonomen sind, herabzusetzen. Auch hier ist viel guter Wille sichtbar - nur die Ergebnisse sind nicht entsprechend. Die ordnungspolitischen Mängel unseres Wissenschaftsapparates zu untersuchen, ist ein anderes Thema.

Ich komme damit auf das Verhältnis der Freiwirtschaftsschule zur etablierten angewandten und wissenschaftlichen Ökonomie zu sprechen. In der schon erwähnten Titelgeschichte über Erhard im „Spiegel“ Nr. 37/1953 steht: „Während die Oppositionsparteien in der Adenauersehen Außenpolitik ein danbares Feld für ihre Kritik fanden, stießen Erhards freiwirtschaftliche Ideen in seiner eigenen Umgebung auf Hemmnisse. Auch im Kabinett. Die Probleme der Wirtschaft waren dem Bundeskanzler mysteriös genug; als Persönlichkeit zog er die Buchhalternatur des ausgezeichneten Fiskalbeamten Schäffer dem Draufgängertum Erhards vor.“ Ich habe erst gedacht, die Spiegelleute hätten „freiwirtschaftliche Ideen“ verwechselt mit „Idee von einer freien Wirtschaft“. Wenn aus heutiger Sicht auch gesagt werden kann, daß

Erhard entweder daran gehindert worden ist, „freiwirtschaftliche Ideen“ umzusetzen oder sie in der Konsequenz nicht wollte oder verstanden hat, die Spiegelleute müssen sich nicht geirrt haben. Denn in der Zeitschrift „Währung und Wirtschaft - unabhängiges Forum“, wo Ludwig Erhard unter den Herausgebern an erster Stelle steht, ist unter den weiteren Mitherausgebern zu finden: „Otto Lautenbach, geb. 30.9.1905, Kaiserslautern - Volkswirtschaftliches Studien / 1925 Herausgeber der 'Freiwirtschaftlichen Zeitung'/ 1933-1943 Herausgeber der Zeitschrift 'Schule der Freiheit', 1948 Herausgeber der 'Blätter der Freiheit'. Otto Lautenbach hat aber auch die Gründung der „Aktionsgemeinschaft soziale Marktwirtschaft“ initiiert. In dieser Aktionsgemeinschaft haben Ordo-Liberale und Freiwirte zusammengearbeitet. Auch Ehrhard hat dort mitgewirkt. (Nachzulesen in: Ernst Winkler „Freiheit? - Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung“, Sonderdruck „Fragen der Freiheit“. Als die anlaufende Konjunktur die Grundfragen der Sozialökonomie - vorläufig - zudeckte, waren die Freiwirte nicht mehr gelitten.²

Aber im Heft 19, Jg.49/50 von „Währung und Wirtschaft“ ist noch in einer 1 1/2-seitigen Buchbesprechung von Gesells „Die Natürliche Wirtschaftsordnung“ zu lesen: „Was Silvio Gesell wie kein anderer klar erkannt hat, sind die Mängel des heutigen Geldsystems, mag es an das Gold gebunden sein oder nicht.“ Der Schlußabsatz lautet: „Silvio Gesell's Lehre darzustellen und in Verbindung zu bringen mit denen anderer Denker, die nicht weniger als er wirklich etwas vom Geld wissen, sie auf ihre Richtigkeit und Brauchbarkeit zu prüfen, ist bisher kaum ernsthaft versucht worden. Es kann auch nicht mit obigen Zeilen unternommen werden. Ihr Zweck ist vielmehr: für das aufmerksame Lesen, für das eingehende Studium von Silvio Gesell zu werben (so wie in anderem Zusammenhang für das der Werke von Keynes oder Adam Smith oder Karl Marx geworben werden muß, um zu einem begründeten und selbstständigen Urteil zu führen.)“

Das Studium und die Prüfung von Gesells Werk ist durch die etablierte Wirtschaftswissenschaft nicht erfolgt. Ich selber habe 1961 von der Gesellschen Ökonomie erfahren. Als ich die Kernaussagen so einigermaßen verstanden hatte, kam von mir die Frage, die viele andere auch schon gestellt haben: „Wenn das so einfach ist - warum macht man es dann nicht?“ Da ich damals auf meinem zweiten Bildungsweg Lehrling in einer Genossenschaftsbank war, habe ich beim Genossenschaftsverband angefragt, was denn von Gesells Lehren zu

2 Anmerkung vom April 2004: Die Gründungsurheberschaft der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft durch freiwirtschaftlich orientierte Leute wird nach wie vor genauso geleugnet, wie die der grünen Partei.

halten sei. Die Antwort war sinngemäß: „Teile von Gesells Lehren seien inzwischen Selbstverständlichkeiten; andere Teile ließen sich politisch nicht durchsetzen.“ Da ich nun gerade nicht zu den Leichtgläubigen gehöre, wollte ich es auf der Akademie für Wirtschaft und Politik genau wissen. Dort war das Thema aber tabu. Allein Prof. Georg Hummel hat in seinen Vorlesungen, mich anblickend, Bemerkungen zu Gesell einfließen lassen, die den anderen Kommilitonen unverständlich bleiben mußten. Erst nach seiner Pensionierung sagte er zu mir am Rande einer Tagung: „Bei Gesell habe ich viel über Geld und Kredit gelernt.“

Es ist auch eine merkwürdige Sache, daß die Keynesianer die positiven Hinweise bei Keynes auf Gesell entweder überlesen oder ihrem Meister verübeln, daß er sich verirren konnte, Gesell zu nennen. Mir hat ein Professor einer süddeutschen Universität gestanden, ihm sei der Name Gesell bekannt, aber schon als Assistenten hätte man ihm bedeutet, es sei seiner Karriere in der Hochschule abträglich, sich mit einem solchen Kryptoökonom zu befassen. Diese Aussage ist sicher schon ein Jahrzehnt alt, aber vor wenigen Jahren sagte mir ein Ökonomieprofessor, der durchaus einen Namen hat und zu jenen gehört, die jeweils das Alternativgutachten zum Gutachten des SVR erstellen, von Gesell und Freiwirtschaftsschule hätte er noch nie etwas gehört. In der „Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen“ (Heft 6/1980) wurde ein Beitrag von Oswald Hahn (Professor der Uni Erlangen-Nürnberg) über Gesell veröffentlicht. Es heißt dort:

"Am 11. März sind fünfzig Jahre seit dem Todestag von Silvio Gesell vergangen: Er starb fast genau 201 Jahre später als John Law. Beide Namen haben einst ihre Zeitgenossen in Aufregung versetzt, wissenschaftliche Schulen auseinandergbracht und andere zusammengeführt sowie Generationen von Studenten beschäftigt. Beide Namen sagen dem heutigen Studenten überhaupt nichts - etwas, was man nicht einer Geschichtslosigkeit der Jugend anlasten darf, sondern allein ihren akademischen Lehrern: Diese können das ihrerseits wieder nicht ihren Altvorderen vorwerfen. Dieses Faktum ist vielmehr Ausfluß einer Geisteshaltung, die mit dem Sonnen in der eigenen Genialität und dem angemeldeten Anspruch auf Zugehörigkeit zu einer dynamischen Disziplin zu erklären ist. " ...

"Bei Irvin Fisher hat Silvio Gesell noch die meiste wissenschaftliche Anerkennung gefunden: Bei dem Mann, dessen Geldmengentheorie jahrzehntelang Wissenschaft und Praxis suspekt waren, bis - über Milton Friedman und das Federal Reserve System - keine Renaissance, sondern eine totale Dogmatisierung in den Studierstuben und Notenbankdirektorien eintrat. Es ist nicht auszuschließen, daß über eine us-amerikanische verfasserbedingte Innovation die Theorie des Schwundgeldes dort eine Auferstehung erfährt und von dort aus begeisterte Aufnahme in Euaropa findet. Eine Rückbesinnung auf Gesell in bundesdeutschen Lehrbüchern wie in den Stäben der Zentralbankleitung wäre dann allerdings nur über die US-Karriere eines amerikanischen DAAD- oder Fullbright-Stipendiaten möglich."

Die FAZ schrieb am 29. 7. 87: „Der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften von 1976 wird am 31. Juli fünfundsiebzig Jahre alt. Milton Friedman ist breiteren Kreisen vor allem als 'Monetarist' bekannt. Er hat die 'Quantitätstheorie' von Irving Fisher neu formuliert.“ Seine Kernaussagen sind die „Gegenrevolution“ gegen Keynes und seine Nachfolger. „Bereits im Jahr 1953 hat er sich für flexible Wechselkurse eingesetzt.“

Im Vorwort zu: Irving Fisher „Feste Währung - Illusion und Wirklichkeit“, 1948, heißt es: „Er schrieb von sich, er sei nur 'ein bescheidener Apostel des Kaufmanns Silvio Gesell'.“ Tatsache ist, daß Fisher einen Freiwirtschaftler als Assistenten eingestellt hat, auch um in den USA Geldexperimente durchzuführen.³

Als im Jahr 1976 bekannt wurde, daß Friedman den Nobelpreis erhalten würde, wurde die Nachricht von Freiwirtschaftlern zwiespältig aufgenommen. Auf der einen Seite war es ja so, daß die Quantitätstheorie plötzlich nicht nur eine Spinnerei der Freiwirte mehr war, sondern höchste Würdigung erhielt (Mit den flexiblen Wechselkursen - die Bestandteil freiwirtschaftlichen Instrumentariums sind - ist es ja ähnlich gelaufen.). Einige riefen „Plagiat“, weil am Anfang nicht klar war, daß Friedman den Nobelpreis für die Wiedereinführung der Quantitätstheorie in die Wirtschaftswissenschaft erhalten hatte. Aber es tauchte auch gleich die Befürchtung auf, daß die Quantitätstheorie - die nach Rosenbohm keine Theorie ist, sondern nur eine empirische Beschreibung von Währungsfakten - in der Art der Anwendung, wie sie Friedman vorschlug, bald in Verruf kommen würde und das freiwirtschaftliche Anliegen dadurch eher behindern als befördern würde. Dies ist wenigstens zum Teil eingetreten.

Wie ist nun aber die Einstellung von Gesell zu den professionellen Ökonomen? Ich lasse ihn selber sprechen:

„Ich habe großen Respekt vor den Ökonomen; ich bewundere die seltene Geduld, mit

3 Anmerkung vom April 2004: Es handelt sich um Hans Cöhrssen. Bei einem Besuch des Geldmuseums der Deutschen Bundesbank erfuhr ich, daß er von der Bundesbank für seinen Einsatz für das Geldwesen geehrt wurde. Es folgen zwei Notizen aus dem Internet:

„Cöhrssen, Hans, * 19. 9. 1905 Neustadt an der Weinstraße (Deutschland), † 10. 1. 1997 Frankfurt am Main (Deutschland), Volkswirt. Emigrierte 1926 in die USA; 1945 als Radio Officer der amerikanischen Besatzungsmacht Gründer und (bis März 1946) Leiter des US-Besatzungssenders [Rot-Weiß-Rot](#) in Salzburg, ab 1947 mit dem Aufbau des Hessischen Rundfunks in Frankfurt am Main befasst.“

„Vgl. auch

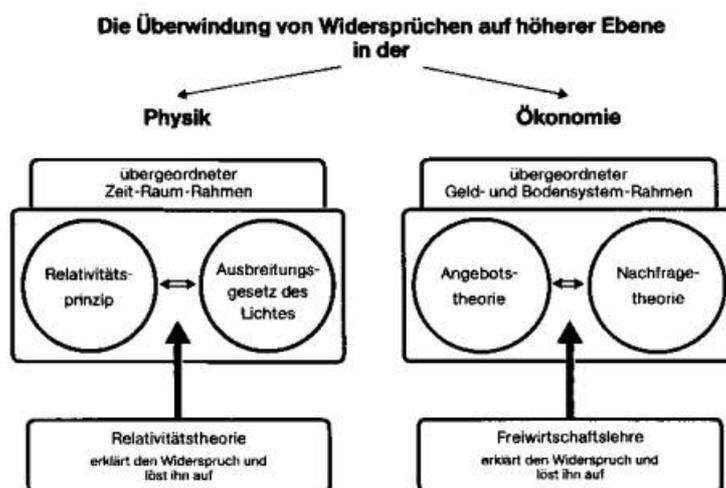
Hans Cöhrssen, Das beginnende Engagement der Wissenschaft für eine gesunde Geldordnung, in: Fragen der Freiheit Nr. 162 /1983, S.10 - 20. - Hans Cöhrssen, Geld- und steuerpolitische Ideen von Irving Fisher - Erinnerungen eines Mitarbeiters, in: Kredit und Kapital Nr. 2/1995, S. 298 -313. Hans Cöhrssen, Einer der auszog die Welt zu verändern - Erinnerungen eines Jahrhundertzeugen, Frankfurt 1996.“

der sie in gewaltigen Werken ihre Anschauungen über relativ unwichtige Fragen niedergelegt haben. Aber ich bin erstaunt, wenn ich sehe, mit welchem kriminellen-Leichtsinn sie die Untersuchung des Geldes betrieben haben der Grundlage der gesamten Nationalökonomie. Der Glanz der Sonne zwingt uns, die Augen zu schließen. Vielleicht war es der Glanz des Goldes, der die Ökonomen geblendet hat.“

Dieses Zitat ist aus Gesells Arbeit „El sistema monetario argentino“, die im ersten Band der gesammelten Werke erscheinen wird.

Wie ist das Interesse der Wirtschaftswissenschaft? Um mit einem Bild zu antworten: Das Eis des Schweigens und der Ablehnung ist rissig geworden; gebrochen und geschmolzen ist es noch nicht. Die ersten Diplomarbeiten zu freiwirtschaftlichen Themen sind geschrieben, die ersten Professoren sehen Signale, wie sie aus den theoretischen Sackgassen herauskommen. Dieser Wandlungsprozeß geht aber zu langsam vor sich. Die Arbeitslosen u. a. müssen weiterhin für Dinge büßen, für die sie nicht die Verantwortung tragen. Studenten aus der Dritten Welt können weiterhin nur bei uns studieren, wie sie ihren Clan bereichern und ihr Volk (in der Konsequenz) Unterdrücken können, aber nicht wie sie sich und ihrem Volk wirklich helfen können.

Franz Laxy, der nach eigenem Bekunden die Inhalte der Freiwirtschaftsschule erst nach seinem Studium kennengelernt hat und beglückt war, viele seiner Überlegungen die er „gegen“ die herrschenden Lehrmeinungen gedacht hatte, hier bestätigt zu finden, machte in seinem Vortrag „Angebots- und Nachfragetheorie im Widerspruch: eine neue Chance für die Freiwirtschaftslehre?“ einen Vergleich zwischen Physik und Ökonomie, den er mit der folgenden Abbildung darstellte.



Im übrigen ist es so, daß das, was Gesell geschrieben hat, auch heute noch interessant und aktuell ist. Da Gesell aber nichts erfunden, sondern gefunden hat, kann jeder, der ganzheitlich denken kann, nur aufgrund der Tatsache, daß die Probleme benannt wurden, zu den freiwirtschaftlichen Erkenntnissen kommen, ohne eine Zeile von Gesell gelesen zu haben. Die Nachfrage nach Referenten, die Freiwirtschaft sachlich, aber undogmatisch vortragen können, ist steigend (Ich denke nicht, daß der Wunsch Vater dieses Satzes ist.). Sagt es weiter an befreudete Ökonomen, die ohne Arbeit sind.

Für die Aktualität der Freiwirtschaftsschule spricht auch, daß unter den Referenten für das vom IFO-Institut für Wirtschaftsforschung veranstaltete Seminar zum Thema „Nachfrage- und Wachstumsschwäche durch zunehmende Marktsättigung und Bevölkerungsschrumpfung“ im März 1987 unter Leitung von Dr. Otfried Hatzold in Kochel wenigstens drei sind, die sich mit den Inhalten der Freiwirtschaftsschule auskennen.

3.5)

In diesem Abschnitt will ich Silvio Gesell selber zu Wort kommen lassen (Ich habe ihn bisher nur einmal zitiert.) und auf die Menschen eingehen, die Gesell, die Freiwirtschaftsschule vertreten oder auch nur von ihm aufgezeigte Probleme bearbeiten, ohne sich Gesellianer oder Freiwirtschaftler zu nennen. Die nachfolgend wiedergegebenen Zitate, sind Leseproben aus dem schon erwähnten Katalog der Freiwirtschaftlichen Bibliothek.

a) Das erste Zitat sagt etwas darüber aus, wie Gesell an die selbstgestellte Aufgabe herangegangen ist. Der Text ist aus dem Buch: „Die Anpassung des Geldes und seiner Verwaltung an die Bedürfnisse des modernen Verkehrs“, Buenos Aires, 1897:

"Ob es nun angeborener Mangel an Autoritätsglauben oder die Flucht vor den Vorurteilen, die dieser erzeugt, war, die mich veranlaßten, für meine Untersuchungen auf die Anleitung anerkannter Autoritäten zu verzichten, vermag ich nicht zu sagen; Tatsache ist nur, daß ich nach dem System verfuhr, zunächst selbst mir die Theorie zu den mir bekannten Tatsachen zu suchen, die so gewonnene Anschauung in allen Teilen gründlich zu prüfen, dann schließlich die gewonnenen Resultate mit denen zu vergleichen, welche in der Welt anerkannt oder diskutiert werden. Der Mangel an Vorurteilen, resp. die völlige Unbefangenheit, mit welcher ich an die Arbeit ging, führte mich auf geradem Wege meinem Ziele zu, ohne überhaupt auf irgend eine der zahllosen Schwierigkeiten zu stoßen, in welchen die Nationalökonomien verwickelt sind und welche sie veranlassen, die Währungsfrage als das verwickelteste Thema der ganzen pol. Ökonomie zu erklären. (Stuart Mill - Achille Loria) Von diesen Schwierigkeiten erhielt ich überhaupt erst dann Kenntnis, als ich das Ziel bereits erreicht hatte, d.h. als ich den Schlüssel zur Lösung des komplizierten Rätsels bereits in der Hand hatte. Man sagt ja, daß die Arbeit

der Menschen in der Hauptsache im Niederreißen von Vorurteilen besteht und es ist daher verständlich, daß jeder, der ohne Vorkenntnisse, ohne Schule, und daher auch ohne Vorurteile an die Arbeit geht, einen gewaltigen Vorsprung hat." (S. 3+4)

b) Im zweiten Zitat wird seine Einstellung zum Staat sichtbar. Es stammt aus der Schrift: „Der Abbau des Staates nach Einführung der Volksherrschaft: Denkschrift an die zu Weimars versammelten Nationalräte“, Berlin-Steglitz, 1919:

„Wir haben den Staat mit der Pflege der Schule, der Religion, des Medizinalwesens, des Heerwesens, des Handels, der Kunst und Wissenschaft betraut, und alles hat er den verbrecherischen Privatinteressen der herrschenden Klasse angepaßt, verdreht und verbogen. Er eignete sich auch die heiligsten Aufgaben der Menschheit an - das Urteil über Recht und Unrecht. So ging uns wegen Mangel an Übung das Organ für Gerechtigkeit, das Gewissen verloren. Dem Staat, der plumpen Maschine, opferten wir auch noch das Göttliche im Menschen, die ewige Sehnsucht nach Gerechtigkeit, die einzige Hoffnung auf das Paradies - und spurlos verschlang es das Scheusal.“ (S.24/25)

c) Das dritte Zitat beleuchtet sein Verhalten im politischen Zeitgeschehen. Auf Vorschlag von Niekisch, Landauer und Mühsam wurde Gesell 1919 als Finanzminister in die erste-kurzlebige bayerische Räterepublik berufen. Er wurde hinterher eingesperrt, angeklagt und freigesprochen. Das Zitat stammt aus der Schrift: „Die Freiwirtschaft vor Gericht“, Sontra 1920:

„Also wie ist es, sollte ich nur an meine Sicherheit denken, nachdem mir die Pflicht den Weg zeigte, den ich ging? Wer solches von mir fordert, der hat sicherlich in seinem Leben noch niemals empfunden, was moralische Pflicht ist, der hat keine Vorstellung von dem, was es heißt, vom Schicksal als Lasträger einer der Menschheit gehörenden Wahrheit erkoren zu sein oder besser verurteilt worden zu sein, und noch dazu einer Wahrheit von solcher Tragweite wie diese. Seit 3000 Jahren, seit Lykrug suchte man nach der Quelle des Zinses. Vergeblich. Mir gelang es, sie im herkömmlichen Gelde zu lokalisieren. Lange Jahre war ich in Sorge, daß ich verunglücken könnte, ehe ich meinen Fund seinem rechtmäßigen Eigentümer ausgehändigt hätte, ehe es mir gelang, den Bann des Totschweigens zu brechen. Seit 30 Jahren bin ich ganz bestimmt nicht ein einziges Mal zu Bett gegangen, ohne mich zu fragen, was ich noch tun könnte, um meinen Schatz loszuwerden, ihn zum Gemeingut zu machen. Wahrhaftig, keinem Christophorus ist je ein so schweres Kind auf die Schulter gebürdet worden! Und nun, da mich das Proletariat aufforderte, sollte ich mich, mein ganzes Leben verleugnen, sollte ich das Proletariat verraten?“ (S.19)

d) Das vierte Zitat stammt aus einem Vortrag mit dem Thema „Deutsche Vorschläge für die Neugründung des Völkerbundes und für die Überprüfung des Versailler Vertrages“, Barmen, 1920:

„Der Mensch braucht eben die ganze Erde, und wenn ein Volk ein Stück dieser Erde abgrenzt, zum Zwecke andere Völker davon auszuschließen, so ist das eine Tat, die früh oder spät den Krieg nach sich zieht. Zoll und Krieg sind gleichbedeutend, wie Freihandel und Frieden auch gleichbedeutend sind. Die ganze Erde, der Erdball, der dort in weitem Bogen um die Sonne kreist, das ist mein, das ist dein, das ist unser aller Platz an der Sonne und diesen Platz darf kein Hoheitsrecht dem Menschen streitig machen.“

e) Das fünfte und letzte Zitat hier, weist Gesell als Frauenrechtler und Kulturoptimisten aus, es stammt aus: „Der Aufstieg des Abendlandes“, Vorlesung gehalten zu Pfingsten 1923 in Basel auf dem 1. Internationalen Freiland-Freigeld-Kongreß:

"Die Frau muß wirtschaftlich unabhängig vom Manne sein. Dann erst kann sie wählen, statt zu zählen. Dann kann sie der Stimme der Liebe gehorchen und ihren geheimsten Wünschen, ihren Trieben folgen. Dann kann sie die Natur im Menschen auswirken und das schaffen, was ihr entspricht. Der Kern des Menschen kann so zum Vorschein kommen. Dann werden wir zum ersten Male wirkliche Menschen sehen. Verschüttet unter einem Berg von Gesetzen, Verboten, Bierflaschen, erstickt in einem Sumpfe von Lastern, lebt heute der Mensch dahin. Räumt mir diesen Berg weg von meinem Antlitz. Nun erst sehen wir ihn, den Menschen wie er ist. Unter deinen Augen entwickelt er sich. Langsam entsteigt er dem Sumpfe. Den Schlamm schleudert er ab. Er wächst. Er schwebt, er strahlt in Herrlichkeit. Gott ist's, den Du siehst.“

Was sind es für Menschen, die die Freiwirtschaft als Wissenschaft oder als politisches Anliegen wachgehalten oder offensiv vertreten haben? Es gibt darüber keine empirische sozial-psychologische oder soziologische Arbeit. Eine solche Untersuchung würde aber nicht nur interessante Fakten über die Freiwirtschaftler(innen) hervorbringen, sondern auch über die Gesellschaften, in denen sie agiert haben und heute agieren. Ich kann hier nur kurz Eindrücke wiedergeben und einige Beispiele nennen. Die Anzahl der Menschen, die mit den Inhaltender Freiwirtschaftslehre vertraut sind, kann man nicht einmal schätzen, denn viele - obwohl von ihren Aussagen überzeugt - haben sich nie oder nur kurze Zeit zur Freiwirtschaft bekannt, weil sie die Stigmatisierung oder berufliche Nachteile nicht in Kauf nehmen wollten. Den meisten Zulauf gab es wohl immer in oder nach den politisch-sozialen Katastrophen im laufenden Jahrhundert. Dies ist ja auch nicht verwunderlich, weil einerseits in solchen Zeiten eine erhöhte Aufnahmebereitschaft für neue oder andere Ideen besteht, und weil ja andererseits die Freiwirtschaftslehre eine Lehre zur Vermeidung und Überwindung sozialer Katastrophen ist.

Man kann von den Freiwirten(innen) den Eindruck haben, sie seien eindimensionale, mono-

kausal argumentierende „Zeugen Jehovas der Politökonomie“. Der Schein trägt. Soweit ich sie kennengelernt habe, haben sie wenigstens ein weiteres ernsthaftes Anliegen oder pflegen einen mehr oder weniger sympathischen Spleen. Das Verhalten wird natürlich auch geprägt durch das jahrzehntelange „Predigen“ tauber Ohren. Die Freiwirtschaftler(innen) waren in der Lage einer Besatzung in einem U-Boot, das durch einen Defekt oder durch äußere Einflüsse am Auftauchen gehindert ist: da heißt es eben durchhalten, bis die Widerstände überwunden sind, auch wenn Müdigkeit eintritt und das ganze Unternehmen zum Alptraum wird.

Politisch haben Freiwirtschaftler(innen) schon immer in verschiedenen Gruppierungen entsprechend ihrer Sozialisation, ihren politischen Einschätzungen oder ihren Neigungen mitgewirkt. Ich selber meine auch, daß es wenig sinnvoll ist, die freiwirtschaftlichen Problemlösungsangebote auf die Fahne einer Partei zu schreiben; sie müssen Gegenstand des politischen Wettbewerbes werden, wie auch der Umweltschutz.

Wenn ich die Vertreter nach Berufsgruppen einschätzen soll, dann würde ich von den akademischen Berufen folgende Rangfolge machen: Juristen, Ärzte, Lehrer, Ingenieure, Ökonomen, andere. Aber es war schon seit jeher so, daß nicht der berufliche Status die Bedeutung innerhalb der Freiwirtschaftsschule und -Bewegung ausmachte, sondern vielmehr die schriftstellerischen, wissenschaftlichen oder organisatorischen Leistungen. Dies läßt sich besonders gut an Karl Walker zeigen, der 1975 im 72. Lebensjahr gestorben ist. Als Facharbeiter in einer Druckerei ist er auf freiwirtschaftliche Literatur gestoßen. Es war in der Zeit der großen Arbeitslosigkeit Ende der zwanziger Jahre, als er von der Frage geplagt war, wer denn das Volk über den Wahnsinn, der veranstaltet wurde, aufklären könne? Er hat solange gefragt, bis ihm gewiß wurde, daß er es selber versuchen müsse. Er hat seine Arbeit gekündigt ohne Gewißheit, ob er eine neue finden würde, um sein erstes Buch zu schreiben. Es trägt den Titel: „Das Problem unserer Zeit und seine Meisterung“. Die erste Auflage erschien 1931, und der Inhalt ist heute noch aktuell. Als er starb, hinterließ er ein umfangreiches schriftstellerisch-wissenschaftliches Werk, ohne je eine Hochschule besucht zu haben. „Es entspringt meiner Hochachtung gegenüber Karl Walker, wenn ich“.. ihn einen Privatgelehrten nenne, schreibt Hanns Linhardt, ehemals Professor für Betriebswirtschaftslehre in Münster. (Nachzulesen in der „Gedenkschrift zum Tode von Karl Walker“.) Die SPD weiß gar nicht, was sie sich selber dadurch angetan hat, daß sie ihr Mitglied Walker ignoriert hat.

Von den Menschen, die ich in Verbindung mit Freiwirtschaft kenne, will ich ein paar be-

nennen (ohne die Leistung der Nichtgenannten damit geringer einzuschätzen), um das Spektrum der Aktiven (bzw. ehemaligen Aktiven) anzudeuten. Beginnen will ich (sozusagen für Österreich) aber mit jemandem, dem ich persönlich nicht begegnet bin, mit Johannes Ude, Priester und Hochschullehrer, den Nazis, die ihn hinrichten wollten, im letzten Augenblick entkommen und von seiner Kirche mit Redeverbot belegt. (Nachzulesen in: Käthe Moritz „Sein und Wirken des Priesters, Friedensarbeiters, Lebensreformers und Hochschullehrers Professor D.Dr.Dr.Dr. Johannes Ude“).

Dann für die Schweiz Werner Zimmermann, Wanderarbeiter in den USA, Professor in Japan, persönliche Begegnungen mit Mahatma Gandhi, erfolgreicher Schriftsteller bis ins achte Lebens Jahrzehnt in Europa. Weil er sich in seinem Büchlein „Sozialismus in Freiheit“ (Erstauflage 1917) nicht in der Sprache der emanzipationsbewegten Frauen von heute für die Frauen einsetzt, haben sich neulich zwei grüne Frauen über ihn mokiert, anstatt dankbar anzuerkennen, daß sich ein Mann schon vor so langer Zeit für ihre Belange eingesetzt hat.

Nennen möchte dann für Deutschland (Ich sage hier nicht BRD, weil diese Menschen zum Teil noch vor der Republikengründung gewirkt haben oder in Deutschland Ost und West.) Mir fällt da ein das Arztehepaar Erika und Hans Weitkamp, die in Notzeiten, neben der Praxis und trotz ihrer fünf Kinder schon über ein halbes Jahrhundert ihren Einsatz für die Freiwirtschaft leisten. Ich denke an Heinz-Peter Neumann, dem l. Direktor einer öffentlich-rechtlichen Anstalt i. R., der von einer üblen Krankheit geplagt, aus Einsicht in die Notwendigkeit noch enorm viel dafür tut, daß endlich die Sozialwissenschaftler das tun, wofür sie sich bezahlen lassen.

Manchmal kann man auch eine Kette von Anstößen verfolgen: Im Nachkriegsdeutschland radelt der aus Schlesien nach Hannover verschlagene Lehrer Hermann Müller als „Wanderprediger“ in Sachen Freiwirtschaft über Land, wird dafür von der Schulbehörde gemaßregelt und trifft im Harz den im Krieg davon gekommenen Soldaten Hans Kühn. Dieser schlägt sich als Marktschreier, Wagenbauer und Andenkenhändler durch und arbeitet sich so in die Ökonomie ein, daß er selber wieder redend und schreibend sich für die Freiwirtschaft einsetzt. Durch eine gemeinsame Veröffentlichung zu pädagogischen (?) Themen lernt er Helmut Creutz kennen, der auch den Krieg überlebt hat, wenn auch nicht ganz heil, der Fluglehrer, Architekt und (genossenschaftlicher) Unternehmer war. Zu dem Zeitpunkt, als er von Hans Kühn auf bestimmte ökonomische Probleme aufmerksam gemacht wurde, war er Schrift-

steller mit einigem Erfolg („Schultagebuch eines Vaters“ u.a. Titel). Er greift das Thema Geld-Zins-Boden auf und macht sich, ohne sich um freiwirtschaftliche Literatur zu kümmern, an die Arbeit. Einen kleinen Teil der Früchte dieser Arbeit finden Sie im Anhang zu diesem - zugegebenermaßen langen - Brief.

In der „Badischen Zeitung“ vom 22. 1. 1987 war zu lesen: „Walter Mirisch ist der älteste Bundestagskandidat“ ... „Unsere Zukunft ist nicht schwarz-, weiß oder rot, wir müssen uns vielmehr vorbereiten, wenn der große Knall kommt, der wirtschaftliche Bankrott. 1923 (Inflation) und 1948 (Währungsreform) waren ein Währungsschnitt. Und wenn wir beim nächsten nicht wieder dem betrügerischen, kapitalistischen Währungssystem in die Hände fallen wollen, müssen wir uns auf eine Neugestaltung der Zahlungsmittel einstellen. Die kann meiner Meinung nach nur Umlauf gesicherte Indexwährung heißen.“ Nach einem Ausflug von mehr als drei Stunden in die Welt der Geldwirtschaft beendet Walter Mirisch seine Lehrstunde mit diesem Credo. Walter Mirisch, das ist der älteste Bundestagskandidat bei der Wahl am 25. Januar. Vor wenigen Tagen feierte er in Obrigheim seinen 96. Geburtstag. ...

Mirisch, 1891 in Kamenz in Sachsen geboren, bezeichnet sich selbst als Freiwirtschaftler, das habe ihn zum nüchternen Denker und Pragmatiker gemacht. Nach der Inflation, als die Mark buchstäblich keinen Pfennig mehr wert war, hat er sich um wirtschaftliche Zusammenhänge Gedanken gemacht. ...

Mirisch ist Autodidakt. Er hat Bäcker gelernt, war Weber und Kellner, verkaufte Zigarren, war bei den Sozialdemokraten und schloß sich 1928 der Deutsch-Sozialen Bewegung des Richard Kunze (Knüppel-Kunze) an. 1947 saß er kurz in Bautzen, dann ging er in den Westen. Doch ob als Kellner in Wildbad oder Nordeney, überall beschäftigte er sich mit den Lehren Gesells oder Irving Fishers, besuchte mit seiner Frau zahlreiche Kongresse im In- und Ausland. ... Seine erste und einzige Wahlveranstaltung im Obrigheimer Ortsteil Asbach hat das Thema: „Die Umlauf gesicherte Währung oder der konsequente Monetarismus. 'Die Leute hier im Ort sind sehr nett', sagt Mirisch, 'aber verstehen tun sie das nicht.'“

Nun führe ich drei alte Kämpfer an, die jeweils in ihrer Weise Bekanntschaft mit dem Gewaltmonopol des Staates gemacht haben:

Rudolf Zitzmann, der vor und nach dem Nazideutschland viele freiwirtschaftliche Zeitschriften und Bücher verlegt hat. Er hat über 5 Jahre im Konzentrationslager gesessen. Auch im Nachkriegsdeutschland unter CDU-Herrschaft - berichtete er mir persönlich - sei er in seiner

verlegerischen Tätigkeit behindert worden. (Eine interessante Begebenheit fand ich in einem Brief von Werner Zimmermann an Ernesto F. Gesell, Buenos Aires vom 29.4.46 beschrieben: „Zitzmann hat nun die Lizenz für den Verlag und auch bereits 7 Tonnen Druckpapier fest in der Hand. Dieses stammt aus den Beständen, die für eine Neuauflage von Hitlers 'Mein Kampf' bestimmt waren. Es dürfte gutes Papier sein, und es wird nun auch etwas Rechtes darauf gedruckt werden.“) Zitzmann - inzwischen schon uralt - hat immer noch nicht resigniert.

Walter Michel, Jahrgang 1901, Sudetendeutscher, war als Schlosser selbständig und abhängig tätig, wurde 1950 in der DDR zu 25 Jahren Zuchthaus verurteilt, nur weil er die Zeitschrift „Die Gefährten“ bezogen hat. Wie er betont, sei die vorgesehene Todesstrafe deshalb nicht zum Zuge gekommen, weil sie im Zeitpunkt der Urteilsverkündung abgeschafft worden war. 6 1/2 Jahre mußte Michel in Bautzen verbringen. Er bombardiert heute noch „Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens“ mit Briefen in Sachen Freiwirtschaft. Ich denke, daß er neben der Sorge um die künftige Entwicklung - noch gerne vor der Vollendung seiner irdischen Laufbahn im Ansatz sehen möchte, daß all sein Leiden für die „erlösende Botschaft“ sich gelohnt hat.

Wilhelm Schulte, Jahrgang etwa 1906, Ingenieur, Mühlenbauer, vielfältige Berufserfahrung, war in den fünfziger Jahren aus der DDR kommend mit Frau und den noch jüngeren Kindern nach West-Berlin gezogen. Dort betrieben seine Frau und er seit 1957 ein Pflegenest, das für den Berliner Senat eine Vorzeigeeinrichtung war. 1961 begann nun Wilhelm Schulte von seiner Meinungsfreiheit Gebrauch zu machen und das Thema Berlin aus seiner freiwirtschaftlich-anthroposophischen Sicht zu bearbeiten. Er veröffentlichte eine Schrift unter dem Titel „Brennpunkt Berlin - Die kommende Freistadt! - Ein Fiasko - oder das Vorbild einer sozialen Zukunft?“ Für diese Schrift interessierte sich der Verfassungsschutz. Dieser diagnostizierte idiotischer oder infamerweise „kommunistisch“ und zerstörte mit Hilfe williger Staatsdiener einen guten Kinderhort - ohne Rücksicht auf die Kinder -, vernichtete eine beruflich Existenz und setzte einfach Grundrechte außer Kraft. In Zweiter Instanz wurde dann zwar festgestellt, daß die Vorwürfe Unsinn seien, der Schaden war damit aber nicht wiedergutzumachen. Eine Schadensersatzklage konnte sich Schulte aus finanziellen Gründen nicht leisten.

Als ich neulich den Vorgang gelesen habe, gingen mir zwei Gedanken durch den Kopf:

a) Auch 1962 hat es bereits in unserer Republik gebarschelt, wer weiß, wann und wo noch ?

(Von Rechtsbeugung, die Walker durch Gerichte erlitten hat in seinen Auseinandersetzungen mit staatlichen Behörden um seine Tauschringmodelle, hat dieser mir persönlich berichtet. Er habe dann aufgegeben, weil er sich nicht kaputtmachen lassen wollte, und um die Kräfte für wesentlichere Dinge zu sparen.)

b) Wenn es überhaupt einen Grund dafür gibt, daß ein demokratischer Staat Orden verteilt, dann sollte es ein Orden für staatlich verursachtes Unrecht sein. Ein Wort der Entschuldigung wäre aber angebrachter. Noch ist es möglich.

Wie sieht es nun aber mit Freiwirtschaftlerinnen aus? Abgesehen davon, daß die meisten, die sich mit freiwirtschaftlichen Themen befassen, wohl Schwierigkeiten mit diesem historisch geprägten Begriff haben, ist es so, daß die Frauen ihre Männer in ihrem freiwirtschaftlichen Engagement getragen oder ertragen haben. Leicht ist es für eine Familie nicht, wenn der Mann und Vater eine zeit- und finanzaufwendige Außenseiterposition einnimmt. Es gibt natürlich auch Frauen, die freiwirtschaftliche Positionen selbständig vertreten und es sollte viel mehr geben, denn keine Politökonomie spricht so für die Frauen wie die Freiwirtschaft.

3.6)

Worauf es ankommt: Ich habe viel zitiert in diesem langen Brief - der seine Berechtigung im Thema hat - und bin noch nicht damit am Ende. Dies liegt nach meiner Beobachtung zum einen daran, daß diejenigen, die an der politischen Willensbildung mitwirken, nach außen so tun, als seien sie die souveränen Damen und Herren ihrer Entscheidungen, in Wirklichkeit aber ihrem eigenen Urteil über vorgetragene Argumente nicht trauen oder mangels ordnungspolitischer Orientierungslosigkeit gar kein Urteilsvermögen haben und immer nach anerkannten Autoritäten suchen, die hinter einer Aussage stehen. Außerdem gilt es, das bequeme Vorurteil zu durchbrechen, die Leute, die sich so konzentriert um die Themen Geld, Zins und Boden kümmern, hätten einen Tick und seien nicht ernst zu nehmen. Nein, es geht um die Grundlagen einer demokratischen Gesellschaft, um Frieden und Gerechtigkeit, es geht um das Menschenrecht und seine Realisierung für den einzelnen, und es geht um das Glück der großen Zahl und nicht zuletzt um eine bessere ökonomische Basis zur Durchsetzung ökologischer Belange. Es muß aufhören, daß heutzutage mit dem Arbeitsplatzargument jeglicher gesellschaftlicher Unsinn oder gar Schaden als gutgeheißen werden kann. Mich wundert, daß noch keiner vorgeschlagen hat, die unübersehbare Zahl von Gesetzen schärfer anzuwenden, weil sich dann die Gefängnisse füllen würden, eine Nachfrage nach Gefängniszellen und Ge-

gängnispersonal entstehen würde und die Zahl der nach bezahlter Arbeit nachfragenden Menschen verringert würde.

Sie haben zwar das Monopol, darüber zu entscheiden - soweit es gesetzlich faßbar ist - was gut und böse ist, nur sind Sie noch an den Grundrechtekatalog gebunden. Im Grunde meines Herzens wünsche ich mir natürlich, daß Sie im demokratischen Sinne ideale Abgeordnetinnen und Abgeordnete sind, die wissen, was ihre Pflicht ist. Nur habe ich auch berechtigten Grund dazu, skeptisch zu sein. Deshalb erinnere ich Sie daran, daß Sie Ihre Rolle als Abgeordnete(r) nicht mit der Rolle des Parteistrategen zu verwechseln haben. Wenn Sie die Dinge, die ich hier vortrage, nicht sachgerecht behandeln, dann gleiten Sie, ob gewollt oder nicht, in den Status einer kriminellen Vereinigung ab, wenn auch in eine demokratisch legitimierte und staatlich finanzierte. Eine sachgerechte Behandlung der vorgetragenen Hauptthemen liegt nicht vor, wenn Sie in den Ausschüssen oder im Plenum kurz darüber palavern und dann feststellen, man könne leider nichts tun. Nicht einmal das Argument der mangelnden Mehrheit kann Sie davor bewahren, Konsequenzen ziehen zu müssen. Ich gehe darauf im nächsten Abschnitt ein.

Mein Anliegen ist es ja nicht, ökonomische Probleme lehrbuchmäßig darzustellen, und auch nicht, irgendwelche Glaubenssätze vorzubeten, sondern vielmehr die Schallmauer in Form unbewußter und bewußter Widerstände zu durchbrechen; diesem Zweck dient der Rückgriff auf alte Quellen und der Zugriff zu aktuellen Nachrichten. Es müssen Verfestigungen in Ihren Köpfen wie auch bei anderen aufgebrochen werden. In anderen Bezügen muß mit mir sicher ähnliches geschehen.

„Ein Großteil der neuen Technik ist nicht neues Wissen, sondern neues Erkennen. Es werden Dinge zusammengesetzt, deren Zusammenstellung zuvor niemand in den Sinn gekommen war, die aber längst da waren.“

Dies war zu lesen in „International Business Digest“ im Juni 1969. Diese Aussage kann abgewandelt auch auf die Ökonomie angewandt werden.

Am 30. Januar hörte ich im Vorbeigehen, wie unser Bundeskanzler (Ich sage „unser“, obwohl er nur ein CDU-Kanzler ist.) in der Tagesschau vor der Versammlung der Gäste der IG Hoechst sagte: „Marktwirtschaft ist 50% Psychologie!“ Ich gehöre nicht zu denen, die ihre Witze auf Kosten des Kanzlers machen; aber diese Aussage wäre eine Bankrotterklärung der Idee Marktwirtschaft, wenn sie stimmen würde. Selbstverständlich hat auch die Öko-

nomie etwas mit Psychologie zu tun, aber als ein Geflecht, wie das Recht, das in allen ökonomischen Interaktionen seine Rolle spielt. Als Steuerungselement der Konjunktur ist die Psychologie oder Seelenmassage völlig ungeeignet. Falls Helmut Kohl Duzfreunde unter den Unternehmern hat, werden diese nicht einmal bereit sein, aufgrund von Seelenmassage ihre Entscheidungen zu treffen. Nein, wenn Helmut Kohl politisch überleben will, sollte er sich Besseres einfallen lassen und womöglich seine Berater wechseln.

Fangen wir nochmals damit an, was schon alles bekannt war oder ist: In Louis Rothschilds Taschenbuch für Kaufleute, Leipzig 1900, ist zu lesen:

„Unser Geldwesen wird, kurz gesagt, so behandelt, als wenn nicht das Geld da wäre umwillen der Produktion, der Wohlfahrt, und der Menschen, sondern als wenn die Produktion, die Wohlfahrt und die Menschen nur ein Mittel im Dienste des Geldes wären. Das Geld wird also zum Zweck und Herrscher, ja zum Götzen Moloch erhoben, dem Menschenopfer, Menschenwohlfahrt in unübersehbarer großer Menge täglich dadurch gebracht werden, daß wir die Produktion als ein Verfahren betrachten, aus 100 Thaler Wert mehr als je 100 Thaler zu machen und den Unternehmungen die Pflicht aufliegen, nicht etwa möglichst viel, möglichst gute Sachen oder Dienste zu erzeugen, sondern vorausbestimmte feste Kapital- und Zinssummen abzuliefern. In unserem Geschäftsleben dreht sich alles um bestimmte Geldzahlungen und um die Möglichkeit für Geld mehr Geld zu liefern, aus Geld mehr Geld zu machen, hingegen kommen Arbeit, Produktion, Wohlfahrt u.s.w. nur soweit in Betracht, als sie dazu taugen, aus je 100 Thaler mehr als 100 Thaler zu machen.“

(Aufgepickt von Hugo Kierdorf)

„Bisher glaubte ich, es sei das grenzenlose Wachstum, das die Gefahr des Zinseszinsmechanismus erzeuge. Jetzt weiß ich endlich, daß es sich umgekehrt verhält. Der Zinseszinswahn ist die einzige wirkliche und wahre Ursache dafür, daß die Welt der Wahnidee des grenzenlosen Wachstums verfallen ist.“

Verhaltensforscher Konrad Lorenz aus einem Info von J. Hüwe.

Hören wir uns nun Henry Ford, den großen amerikanischen Unternehmer an:

„Eigentlich ist es ganz gut, daß die Menschen unser Währungssystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich verstehen, würden wir vor morgen früh eine Revolution haben.“ (1920) und

„Der Krieg kann nicht eher abgeschafft werden, als die ihn verursachenden Übel entfernt sind, zu denen in erster Linie die falsche Geldwirtschaft samt ihren Hohepriestern gehört.“

Als ich überprüfen wollte, ob die Zitate aus seinem Buch „Das große Heute - das große Morgen“ sind, fand ich zwei Sätze in dem Kapitel „Wozu ist das Geld da?“ die ich hier wiedergeben möchte:

„Die günstige Zeit, unsere ökonomische Maschinerie zu studieren, geht verloren, weil in dem Moment, wenn die Geschäfte 'prosperieren', die Majorität so darauf erpicht ist, das Letzte aus der Maschine herauszuholen, daß sie sich keine Zeit gönnt, sie während ihres Laufes zu schmieren. Die einzige Zeit, zu der diese Leute haltmachen und ernsthaft die ökonomische Maschinerie untersuchen, ist während einer Katastrophe.“

Im Hinblick auf unsere heutige verkorkste Sozialökonomie ist folgender Ausschnitt interessant:

„Die Kanäle unserer Gesetzesmaschine sind durch Vorschläge verstopft, nach allen Richtungen Geschenke auszuteilen, übertriebene Fürsorgeeinrichtungen zu schaffen, damit nur ja kein Winkelchen des Lebens von der Protektion und Kontrolle der Regierungsbeamten verschont bleibe, damit Klasse gegen Klasse, Interesse gegen Interesse ohne Ende begünstigt werde. Bei den Gesetzgebern hat sich allmählich der Gedanke festgesetzt, daß ihre Aufgabe als Mitglieder der Regierung darin bestehe, das Volk gleich Ammen zu betreuen, statt lieber das Betätigungsfeld zu säubern, damit das Volk für sich selbst zu sorgen vermöge. Die gesetzgebenden Körperschaften leben in dem Wahn, eine derartige Betätigung mache sie bei den Massen besonders populär. Sie glauben, so am besten des Volkes Wünschen zu entsprechen.“

Ich komme jetzt zu Aussagen von Personen, die uns zeitlich oder geographisch näherliegen. Zuerst aus dem Geleitwort der ersten Ausgabe der schon erwähnten Zeitschrift „Währung und Wirtschaft“ aus dem Jahre 1949. Das Geleitwort ist unterzeichnet mit Ludwig Erhard, Erwin Hielscher, Wilhelm Kromphard, Otto Lautenbach und Max Schönwandt:

„Die Erfahrungen seit der Geld-Umstellung vom Juni 1948 haben gezeigt, wie ausschlaggebend die Funktionen der Wirtschaft (und nicht nur die sogenannten 'realen Voraussetzungen') sind und wie sehr Leistung und Anpassungsfähigkeit von der Währung abhängen, mag nun ein Land 'arm' oder 'reich' sein. Die 'Währung' ist im Titel nicht deshalb vorangestellt, weil sie eine selbständige Bedeutung neben oder gar vor der 'Wirtschaft' hätte. Sie ist 'nur' eine Hilfseinrichtung, vergleichbar dem Steueruder eines Schiffes oder den Steuerungsstoffender Organismen. Aber 'RICHTIGES GELD' ist die Voraussetzung der einzel- und gesamtwirtschaftlichen Bestleistung und nicht weniger einer echten Sozialordnung.“ ...

"Was uns besonders wichtig ist, wollen wir schon hier hervorheben: Alle Schaffenden sind dazu berufen, im Zusammenwirken den bestmöglichen Wirtschaftsertrag ihrer Arbeit und daraus ein ungemindertes Realeinkommen zu erzielen. Das ist der Kern aller wirtschaftlichen Fragen, und auch die Lösung aller sozialen Fragen hängt davon ab; es ist wichtig für Selbständige und Unselbständige, für Landwirtschaft, Handwerk und Industrie, für alle Berufe und Parteien, für Einheimische und Vertriebene." ...

Und jetzt einen Sprung in das Jahr 1980 zu einem Wort des damals noch amtierenden schweizerischen Notenbankchefs, der seine Berufslaufbahn in einem Verein begonnen hatte, der eigens zur Bekämpfung freiwirtschaftlicher Ideen gegründet worden war. Das Zitat fand

ich in „Fragen der Freiheit“, Heft 169:

„Seither liegt die Priorität der Notenbankpolitik eindeutig und weitherum unbestritten bei der Preisstabilität, was freilich in unseren schweizerischen Verhältnissen nicht besagt, daß der Wechselkurs nicht vernachlässigt werden darf. Aber unser heutiges währungspolitisches Weltbild steht doch - man verzeihe mir als ehemaligem Sekretär der Vereinigung für gesunde Währung das Sakrileg - gewissen Ideen Silvio Gesells näher als den Vorstellungen der Gründer der Vereinigung. ...

Wir bei der Nationalbank orientieren uns gewiß nicht einseitig an den Lehren toter oder lebender Ökonomen, aber wir leugnen auch nicht deren Einfluß auf unser Denken und Handeln.“

Dr. Dr.h.c. Fritz Leutwiler, Präsident der Schweizerischen Nationalbank

Professor Hermann Oberth ist einigen von Ihnen vielleicht als Vater der Raumfahrt bekannt.

Er ist seit 1949 Ehrenpräsident der Deutschen Gesellschaft für Weltraumforschung. Aber

wer weiß schon, daß er 1982 88-jährig noch eine Schrift herausgebracht hat mit dem Titel

„Ist eine Wirtschaftskrise vermeidbar? - Ist Schwundgeld Schwindelgeld?“ Es ist ein Vorabdruck aus seinem Buch „Wählerfibel für ein Weltparlament“.

Er nennt das „Freigeld“ „Umlauf-Geld“ und setzt sich mit Argumenten auseinander, die gegen dieses Umlauf-Geld sprechen könnten und faßt dann zusammen:

„Dies waren, wie gesagt, die vernünftigsten Einwände. Den übrigen merkt man es an, daß sie jeder Logik entbehren und oft genug nur von den Nutznießern der jetzigen Zustände aus-gestrent werden.“

Es müßte Ihnen allen - wenn das bisher noch nicht der Fall war - die zentrale Bedeutung der Währungsverfassung klar geworden sein. Wer immer noch zweifelt, muß selber bei Adam und Eva anfangen und den Dingen auf den Grund gehen. Wenn es vielen so ergeht, müssen wir uns auf einiges gefaßt machen. Hitler kam auch nicht von einem Tag auf den anderen.

„Und wenn wir auch alle 'vom Vergangenen leben', so besteht doch die Gefahr, daß wir 'am Vergangenen zu Grunde gehen' (Goethe). Freilich, diese veralteten Ideologien sind auch Instrumente in der Hand bestimmter Gruppen von Funktionären im Kampf um die Macht und in der Verteidigung ihrer Machtpositionen.“

Dieses schrieb Walter Eucken in „Wettbewerb, Monopol und Unternehmer“ erschienen 1953 in dem freiwirtschaftlichen Vita Verlag, Bad Nauheim (Dieser besteht wohl nicht mehr.). An anderer Stelle schreibt Eucken in diesem Buch:

„Die Fragen, die der Wirtschaftspolitik heute aufgegeben sind, treten deutlich hervor: Herstellung eines möglichst störungsfreien Wirtschaftsprozesses, dadurch Ermöglichung einer zureichenden Gesamtversorgung und auf dieser Grundlage auch einer vernünftigen Verteilung: Entfaltung der individuellen Kräfte; mit alledem größtmögliche

Verwirklichung von Gerechtigkeit, Sicherheit und Freiheit im menschlichen Zusammenleben.“

In meiner Schrift „Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung“, die ich den Fraktionen und der Bibliothek des Bundestages zugesandt habe, zitiere ich Wilhelm Röpke. Ich wiederhole hier:

Es "treten uns im ganzen vier Hauptfragen entgegen, die alle voneinander verschieden sind und von denen jede ihre eigene Antwort fordert: 1. die Ordnungsfrage, 2. die Sozialfrage, 3. die politische Frage der Machtverteilung und 4. die moralisch-vitale Frage, ... Damit ist folgendes gemeint: Es ist sehr wichtig, daß wir eine wohlgeordnete, eine ergebnisreiche und eine gerechte Wirtschaft haben, aber es ist mindestens so wichtig zu fragen, wie es dabei dem Menschen moralisch, geistig und in allen denjenigen Beziehungen geht, die den eigentlichen Sinn seines Lebens und die Voraussetzung seines Glücks ausmachen. ... Dieser 'Dritte Weg' der Wirtschaftspolitik ist vor allem auch ein Weg des Maßes und der Proportion. Es gilt, unsere Gesellschaft mit allen Mitteln vom Rausch der großen Zahlen, vom Kult des Kolossalen, von Zentralisierung, Überorganisation und Standardisierung, vom Pseudo-Ideal des 'Noch größer und noch besser', von Vermassung und Mammutgebilden zu befreien und wieder auf das Natürliche, Menschliche, Spontane, Ausgeglichene und Mannigfaltige zurückzuführen. Es gilt, eine Epoche abzuschließen, in der die Menschheit im Triumph der Technik und Organisation und im Gefühl unendlichen Wachstums und ungehemmten Fortschritts den Menschen selbst mit seiner Seele, seinen Trieben, Nerven, Organen vergessen hatte, ..."

(aus: Wilhelm Röpke, "Die Lehre von der Wirtschaft", S. 316 ff.)

Alles nur schöne Worte? Nein! Es sind fast schon Gebrauchsanweisungen. Man muß nur etwas nachdenken. Dieses Nachdenken kann man durch Nachlesen fördern z.B. der Bücher von Dieter Suhr: „Geld ohne Mehrwert - Entlastung der Marktwirtschaft von monetären Transaktionskosten“ und „Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus - Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Vernunft“. Eine von Suhrs Fragestellungen ist: Wie bekommt man die Liquidität in den Kassen der Haushalte ohne Bedarf in die leeren Kassen jener Haushalte mit Bedarf. Das knüpft an die Frage an, warum die Aussage des Ökonomiklassikers Jean Baptiste Say nicht immer stimmt, daß die Produktion ihre eigene Nachfrage schafft. (Keynes / Gesell).

Wenn heute von Frankreich ausgehend der Ruf nach einer europäischen Zentralbank ertönt, dann muß man bedenken, daß die Realisierung der Idee Fluch oder Segen für die Menschen sein kann. Es kommt sehr darauf an, wie die Konstruktion einer solchen Zentralbank aussieht. Wenn man bedenkt, daß man mit der Stimmabgabe in den Wahlen heutzutage immer nur das kleinere Übel wählen kann, dann kommt einer europäischen Zentralbank eine größere Bedeu-

tung zu als das allgemeine Wahlrecht, da es in die Belange jedes einzelnen eingreift. Es kann also nicht den Bürokraten und einzelnen Experten überlassen bleiben, wie die Konstruktion einer solchen Notenbank aussieht. Das Nachdenken darüber hätte schon lange einsetzen sollen, denn es ist ein Unding, eine nationale Währung wie den Dollar, die nationalen Interessen ausgesetzt sein muß, als internationale Währung zu handhaben. Diese Diskussion wäre sicher bei uns schon länger geführt worden, wenn man wüßte, daß diese internationale Währung, völlig losgelöst von der Finanzhoheit der beteiligten Länder und unter Beibehaltung der nationalen Währungen betrieben werden kann, u.z. als offenes System, dem jeder Staat nach den vorher definierten Spielregeln beitreten kann. Ja, es böte sich sogar an, ohne Risiko für die Beteiligten zu beweisen, daß man mit einer solchen neuen Währung die Arbeitslosigkeit in den teilnehmenden Ländern beseitigen kann. Es gilt hier, bevor einsame Beschlüsse von „Staatsmännern“ gefaßt werden, die Bürger der beteiligten Länder über die verschiedenen Möglichkeiten einer Konstruktion einer europäischen oder auch einer internationalen Zentralbank zu informieren und ihnen eine Entscheidungsmöglichkeit einzuräumen, wenn zwei oder mehr Staaten eine solche Einrichtung schaffen wollen. Anders sieht es aus, wenn eine solche Einrichtung privatrechtlich begründet wird. Aber hier ist auch Vorsicht geboten; die Einrichtung soll ja nicht geschaffen werden, damit sich einige Leute eine goldene Nase verdienen können. Karl Walker hat bereits 1962 mit seinem Buch „Neue Europäische Währungsordnung“ eine brauchbare Arbeitgrundlage für das Thema vorgelegt. Walkers letzte Arbeit ist 1979 unter dem Titel „Das Welt-Währungssystem - Eine Kritik an den theoretischen Grundlagen und ein Entwurf zur Reform“ veröffentlicht worden. Aber auch bei Gesell findet man in der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“ unter der Überschrift „Weltwährungsverein“ einen Grundriß einer „Internationalen Valuta-Association“ (IVA). Auch andere Veröffentlichungen liegen zum Thema vor.

„Wir sollten uns nicht so gebärden, als ob das Erkennen volkswirtschaftlicher Zusammenhänge nur den Gralshütern vorbehalten bliebe, die auf der einen Seite wissenschaftlich, auf der anderen Seite demagogisch ihre verhärteten Standpunkte vortragen. Nein, jeder Bürger unseres Staates muß um die wirtschaftlichen Zusammenhänge wissen und zu einem Urteil befähigt sein, denn es handelt sich hier um Fragen unserer politischen Ordnung, deren Stabilität zu sichern uns aufgegeben ist.“

Dies schrieb Ludwig Erhard, entnommen einem Informationsblatt von Josef Hüwe, Berlin.

Unsere Gesellschaft wird sich auch nicht ohne negative Folgen vor der radikal offenen Diskussion der Grundlagen ihrer Teilordnungen drücken können. Der Sinn der Diskussion wird verfehlt, wenn schon in der Phase des Suchens und Erkennens bestimmte Modelle festge-

pflockt werden sollen. Es gehören alle erarbeiteten Modelle auf den Tisch. Danach hat das Ringen um die richtige Auswahl Anspruch auf Raum. Sowohl der Kulturbereich (Schulen aller Ebenen und Arten, Theater, Musik, Literatur und bildende Künste), sowie das soziale Sicherungssystem, das Finanzgebaren des Staates (Steuern, Zölle und Subventionen), aber auch die Struktur der Legislative und Exekutive müssen neu überdacht und formuliert werden. Zu viele obrigkeitsstaatliche Elemente aus vordemokratischer Zeit und zu viele sachfremde Aufgaben deformieren die Grundrechte, die Idee einer freien Gesellschaft und zu wenig werden die Interdependenzen der Teilordnungen berücksichtigt. Ich will hier nur noch kurz auf die Fiskalpolitik, die Verschuldung und das Steuersystem eingehen.

Wer mit der Fiskalpolitik Konjunkturpolitik betreibt, sabotiert eine rationale und sparsame Führung der staatlichen Haushalte auf den verschiedenen staatlichen Ebenen. Mit dem freiwirtschaftlichen Systembaustein „Umlauf Sicherung“ kann die Fiskalpolitik von der sachfremden Aufgabe „Konjunkturpolitik“ entlastet werden. Ein künftiges Steuerrecht kann folgende Beiträge leisten: Entbürokratisierung, Durchschaubarkeit, Beitrag zum Abbau der Kriminalität, Berücksichtigung ökologischer Belange, Abbau des konfiskatorischen Charakters der Steuern, Rücknahme des Einflusses auf ökonomische Entscheidungen, Abbau der Subventionen und Stop der Flucht in die heuchlerische Gemeinnützigkeit. Außerdem muß ein Steuerrecht gesellschaftlichen Entwicklungen gegenüber neutral sein. Der Staat darf nicht mit dem Steuerrecht Quasiverbote und Quasientwicklungsstops erwirken, für die er im Parlament als offene Verbote keine Mehrheit erhalten würde. Auch muß ein neues Steuerrecht den föderativen Aufbau unserer Republik respektieren.

Wenn sich eine Familie mit Kindern nicht einfach dadurch entlasten kann, indem sie ein oder zweimal die Woche einfach in die Gaststätte geht, dann hat das auch damit zu tun, daß auf dem Weg zum Teller der Staat als Wegelagerer sitzt und die Hand aufhält. Das gleiche gilt auch für die Mehrzahl der Bewohner von Dörfern und Stadtteilen, die die eingetretene Isolierung durch Einnehmen von Mahlzeiten in Gaststätten durchbrechen möchten. Wer an solchen Zielen festhält, muß erst einen gemeinnützigen Verein gründen, um dem Wegelagerer zu entkommen. Wenn Leute auf die Idee kommen sollten, eine Dienstleistungsgenossenschaft zu gründen, um Leistungen für das abhandengekommene „Dienstmädchen“ und den abhandengekommenen „Hausknecht“ den Familien stunden- oder tageweise anzubieten, hat wieder die Rechnung ohne den Wegelagerer gemacht. Wer den Staat in der heutigen Form noch als Förderer und nicht als Verhinderer sieht, ist noch nicht aufgewacht. Die einzige nützliche und

auch wirksame Einkommenumverteilung, die ein künftiges Steuerrecht bewirken könnte, wäre der Einzug der Bodenrente und ihre Pro-Kopf-Verteilung oder entsprechend dem Vorschlag Gesells, die Verteilung an jene, die Kinder gebären und aufziehen. Letzteres können auch Väter oder Ersatzeltern sein. „Ein Kind großzuziehen kostet nach Expertenrechnungen so viel wie 25 gut ausgestattete VW-Golfs oder so viel wie ein nettes Einfamilienhaus mit Garten; nämlich rund eine halbe Million Mark!“, heißt es in der Zeitschrift „Eltern“ 2 / 1988.

In seinem Artikel „Leistungslose Einkünfte aus Bodenbesitz und ihre Verwendung als Lohn für Erziehungsarbeit“ in der „Zeitschrift für Sozialökonomie“, 69. Folge, schreibt Helmut Creutz: „Wie groß wären die möglichen Prokopf-Anteile bei einem Ansatz von 120 Mrd. DM? Der einfachste Verteilungsweg wäre der über die Zahl der Kinder bzw. Jugendlichen. Zieht man einmal alle Jugendlichen bis zum 18. Lebensjahr in gleicher Höhe für die Verteilung in Betracht (1970 bei der letzten Volkszählung etwa 13,6 Mio.), dann ergäbe sich ein jährlicher Pro-Kopf-Betrag in Höhe von rund 8.800 DM und ein monatlicher von rund 730 DM.“

Zum Schluß zu diesem Thema noch ein Mahnwort von Thomas Jefferson (1743-1826), dem Verfasser der Unabhängigkeitserklärung und dritten Präsidenten der Vereinigten Staaten an jene, die noch immer ihr Heil in einer weiteren Staatsverschuldung suchen:

„Die Kapitalisierung der Staatsschuld betrachte ich von Rechts wegen auf die Tilgung innerhalb der Lebensspanne der Generation, die sie einging, befristet; da jede Generation nach dem Gesetz des Schöpfers dieser Welt in den freien Besitz der Erde, die zu ihrem Unterhalt geschaffen, geboren wird, unbelastet von ihren Vorgängern, die gleich ihnen nur Pächter auf Lebzeit waren.“

(zitiert nach „Ezra Pound: Usura Cantos XLV und LI“ - Hrsg. Eva Hesse)

Ein Freund wandte ein, daß es herrschende Lehrmeinung der Finanzwissenschaft sei, daß Schulden für Investitionen durch die Generationen getilgt werden sollten, die einen Nutzendavon haben. Gut, wenn der Staat sich für eine große Aufforstungsaktion verschulden würde, könnte man so verfahren, da erst hier die nachfolgenden Generationen den Nutzen habenwürden. Nur von welchen heutigen Investitionen haben die nachfolgenden Generationen einen Nutzen? Wenn man Jeffersons Wort „unbelastet von ihren Vorgängern“ nicht nur auf Schulden bezieht, sondern auch auf ökologische Schäden, dann sind doch die Nachgeborenen doppelt betrogen. Die Versklavung der Menschen erfolgt nicht nur durch totalitäre Staaten.

4) Was ist zu tun?

4.1)

Wenn Sie, meine Damen und Herren, die Informationen, die Perspektiven, die Botschaft, die Mahnungen und Ermutigungen dieses Schreibens wirklich erfaßt haben, dann erübrigen sich eigentlich alle weiteren Bemerkungen, weil Sie dann wüßten, was zu tun ist. Ich habe aber zu oft von den Ohnmachtsgefühlen von Abgeordneten gehört, so daß die Gefahr besteht, daß ein Brief, wie der vorliegende, zu einer noch größeren Resignation oder zu einem noch größeren Hickhack zwischen den politischen Blöcken im Bundestag führen kann. Ich greife daher zwei Sätze, die im Bundestag gesprochen wurden, auf, um zu verdeutlichen, daß die Abgeordneten und Abgeordneten - bevor ihnen überhaupt irgendwelche wirklichen Problemlösungen gelingen können - die Einstellung zur Parlamentsarbeit und die Art ihres Wirkens überdenken und möglichst ändern müssen.

Volker Hauff sagte am 26. 11. 1987 - wenn ich mich recht erinnere auf dem Hintergrund der Debatte um den Atommüllskandal: "Es ist doch uninteressant mit den Schuldzuweisungen an die eine oder andere Seite."

Richtig! Aber nun überprüfen sie doch einmal Ihre Debatten anhand von Videoaufzeichnungen oder auch der Protokolle. Soweit ich Ihre Debatten im Fernsehen oder am Radio verfolgt habe, vertun Sie Ihre Zeit aber mit wenigstens 80% für gegenseitige Schuldzuweisungen. Vielleicht kann jeder einzelne eine Änderung damit einleiten, daß er in seinem Redebeitrag ein ehrliches Lob für einen Redebeitrag oder für eine Handlung eines politischen Kontrahenten einbaut. Wem dafür nichts einfällt, setzt sich dem Verdacht aus, daß er entweder der Gegenseite nicht zuhört oder keine Aufmerksamkeit schenkt, oder daß sein Blick durch die Parteibrille so getrübt ist, daß er gar nichts mehr erkennen kann. In beiden Fällen wurde das moralische Recht verwirkt, Mitglied des Bundestages zu sein.

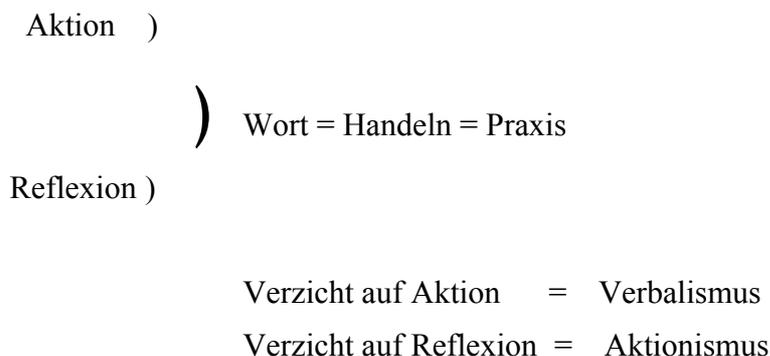
Ernst Waltemathe sagte im Plenum (ebenfalls am 26.11. 1987): „Ich weiß nicht, ob eine Rede vor dem Bundestag überhaupt ein Beitrag zur Lösung von Problemen ist.“

Dies ist vielleicht nüchterne Erkenntnis, Resignation oder Kapitulation, wenn man bedenkt, daß die Rede nach der Abstimmung das wesentlichste Werkzeug des Bundestages ist. Aber vielleicht kann ein MdB auch nur dann so ehrlich sein, wenn er auf der Oppositionsbank sitzt.

Ich zitiere Paulo Freire aus „Pädagogik der Unterdrückten“, um weiteren Stoff zum Nachdenken zu geben. Freire schreibt:

„Beim Versuch, den Dialog als menschliches Phänomen zu analysieren, entdecken wir, was das Wesen des Dialogs ausmacht: das Wort. Das Wort ist aber mehr als bloß ein Instrument, das den Dialog ermöglicht. Darum müssen wir seine konstitutiven Elemente ausfindig machen. Im Wort begegnen wir zwei Dimensionen: der 'Reflexion' und der 'Aktion' in so radikaler Interaktion, daß, wenn eines auch nur teilweise geopfert wird, das andere unmittelbar leidet. Es gibt kein wirkliches Wort, das nicht gleichzeitig Praxis wäre. Ein wirkliches Wort sagen heißt daher, die Welt verändern.“

Freire stellt diese Aussage schematisch wie folgt dar:



4.2)

Ich denke, daß die meisten Gesetze heute nicht aufgrund der Einsicht der einzelnen Abgeordneten der Koalitionsfraktionen Zustandekommen, sondern aufgrund von Vertrauen zu Experten aus den eigenen Reihen oder aufgrund der Unterwerfung unter die Fraktionsdisziplin. Nun könnte ich daher ja sagen, daß das freiwirtschaftliche Steuerungselement „Umlauf Sicherung“ - sozusagen die Einspritzpumpe in einem modernen Motor - auch ohne Einsicht einer Mehrheit des Bundestages funktioniert, Hauptsache der Bundestag rafft sich auf, per Mehrheit das Notwendige zu beschließen. Es kann sein, daß bei genauerer Prüfung für den ökonomisch-konjunkturellen Teil nicht einmal ein neues Gesetz erforderlich ist, sondern nur eine Interpretationshilfe und eine Bewußtseinerweiterung für die Bundesbankleitung, damit diese das vorhandene Gesetz mit neuen Einsichten anwenden kann.

Dagegen gibt es mehrere Einwände:

- a) Die Führungen oder Experten von machtorientierten Gruppen, wie sie die Mehrheitsfraktionen darstellen, können ihre Mitglieder in großer Anzahl wohl bewegen, einer Idee blind oder gehorsam Gesetzeskraft zu geben, wenn diese Idee im eigenen politischen Treibhaus gewachsen ist. Dieses Ververfahren wird bei Ideen, die auf freiem Feld gewachsen sind, wohl nicht funktionieren.

Die wichtigeren Einwände aber sind:

- a) Es kann unserer Gesellschaft auf die Dauer nicht bekommen, wenn Abgeordnete Gesetze beschließen, die sie selber nicht einmal verstehen.
- b) Die interessierte Öffentlichkeit muß mehr Chancen erhalten, an der demokratische Willensbildung mitzuwirken. Dies ist nicht möglich, wenn das Plenum des Bundestages oder auch nur die Mehrheitsfraktionen Experten erlauben, vorher schon alles festzuzurren.

Folglich muß ein längerer Weg über wissenschaftliche und kreative, parallel verlaufende Untersuchungen und über kontroverse Diskussionen in der Gesamtgesellschaft und ihren Gliederungen bis zu einer gesetzlichen Neufassung unserer Gesellschaft gegangen werden.

Dies heißt aber nicht, daß die Regierung und das Parlament vorher nichts tun können. Erstmal sollten die Regierung und die Parlamente - darunter besonders der Bundestag – aufhören, jede Reperatur an Institutionen oder politischen Instrumenten als ein Jahrhundertwerk oder -reform auszuweisen. Dann wäre bei jedem neuen Gesetz zu überlegen, ob es künftige gesellschaftliche Wandlungen erschwert oder fördert. Dann müßte alles daran gesetzt werden, daß wenigstens 1% der finanziellen Mittel, die jährlich für die Forschung ausgegeben werden, zur Klärung jener Fragen eingesetzt werden, die ich in diesem Schreiben aufgeworfen habe. (Laut Globus Grafik 6765 wurden 1987 in der BRD schätzungsweise 59,3 Milliarden DM für die Forschung ausgegeben, davon 21,9 Mrd. vom Staat.) Ich will gar nicht in Zweifel stellen, daß wir technische und naturwissenschaftliche Forschung betreiben müssen, z. B. um unsere ökologischen Probleme besser lösen zu können. Nur die Lösung unserer sozialökonomischen Probleme und unserer gesellschaftlichen Strukturprobleme lassen sich mit der Weiterentwicklung von „high tech“ nicht bewirken. Es gibt genug offene, nur ungenügend oder mit zu wenig Sachautorität beantwortete ökonomische Fragen. Hier kann das Instrument Forschungsaufträge greifen. Ich benenne ein paar solcher Fragen:

1. Wodurch entsteht die zunehmende Verschuldung der Privat-, Unternehmens- und Staatshaushalte auf der einen und die zunehmende Vermögenskonzentration auf der anderen Seite, und welche Konsequenzen wird es für die Sozialökonomie und für unsere Demokratie haben, wenn der Trend nicht gestoppt und umgekehrt wird?
2. Wie kann die Dritte Welt, und wie können Ostblockländer ihre Schulden bei den westlichen Industrieländern und die daraus resultierenden Zinsverpflichtungen abbauen, und wie können künftig einseitige Verschuldungen zwischen den verschiedenen Volkswirt-

schaften vermieden werden?

3. Welche Modelle einer künftigen internationalen (europa- oder weltweiten) Währungsordnung gibt es bisher, und wie könnten diese optimiert werden?
4. Was ist zu tun, damit Einkommen unter allen Umständen wieder zur Nachfrage wird? (Eine Voraussetzung für Vollbeschäftigung!)
5. Wie würde es sich auf die Einkommens- und Vermögensverteilung auswirken (und in Folge auf die eigene Vorsorge), wenn es gelingen könnte, des Zinsniveau auf Null runter zu fahren?
6. Wie läßt sich die volkswirtschaftliche Statistik dahingehend verbessern, daß sie bezüglich des Kapitaleinkommens (also ausschließlich des Unternehmerlohnes, der ja ein Arbeitseinkommen ist) aussagekräftiger wird?
7. Welche Zusammenhänge bestehen zwischen der Höhe des Zinses und der Höhe der Arbeitslosigkeit?
8. Was ist Geld? Johann Philipp von Bethmann, der Exbankier und Kritiker unserer real existenzierenden Ökonomie, wies in der ZDF-Talk-Show vom 29.0kt.1987 darauf hin, daß die Bundesbank nicht weiß was Geld ist. (Bethmann weiß es wiederum nach meiner Einsicht auch nicht.)
9. Wie hoch ist die Bodenrente (oder auch nur der Wertzuwachs des Bodens, der nicht auf wertsteigernde Tätigkeiten seitens der Eigentümer zurückzuführen ist) und der Förderzins aus privaten und staatlichen Abbaurechten? Wie ist die Verteilung der Bodenrente heute? Wie könnte sie künftig aussehen?
10. Wie kann eine Integration von Kohle, Stahl und Landwirtschaft in die Marktwirtschaft aussehen?
11. Wie hoch sind die Kosten der Devisenmarktinterventionen der Bundesbank seit der bedingten Freigabe der Wechselkurs im Jahre 1973. Wer hatte den Nutzen und wer den Schaden? Wie hoch waren die durch kein Gesetz abgedeckten Vermögensübertragungen durch die Bundesbank in der Zeit der fixierten Wechselkurse bei unterbewerteter DM?

Ich habe bestimmt nicht alle wichtigen ökonomischen Fragestellungen erfaßt. Solche Fragenkataloge lassen sich aber auch für die Bereiche Bildung / Kultur, soziales Sicherheitsnetz, Steuern / Haushaltsrecht, „Institutionsabsolutismus“ und allgemein für die Weiterentwicklung der demokratischen Strukturen unseres Staates (Legislative, Exekutive und Judikative) aufstellen.

Forschungsaufträge und Gutachten sollten aber gleichzeitig an konkurrierende Schulen vergeben werden. Es bringt der Gesellschaft nichts, wenn sich die jeweiligen Regierungen nur immer die eigenen Auffassungen bestätigen lassen.

Eine andere Einwirkungsmöglichkeit ist die, daß das Parlament die beamteten Ökonomieprofessoren ermahnt, doch ihrem Beamteneid zu entsprechen, und ihre Arbeit nicht so sträflich lückenhaft zu versehen.

Es würde auch dem Rang und der Würde unseres Staates entsprechen, wenn wenigsten an einer Universität ein freiwirtschaftliches Institut oder wenigstens ein Lehrstuhl entstehen würde. Dabei wäre es entsprechend den Inhalten der Freiwirtschaftsschule angebracht, daß dieses privatrechtlich unter Beteiligung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber begründet würde.

Nun will ich noch einen Plan skizzieren, der auch von einer Minderheit der Mitglieder des Bundestages in Gang gesetzt werden kann. Wichtig wäre nur, daß diese Minderheit sich aus allen Fraktionen bildet, weil der Plan ja im Grunde eine Erneuerung unserer Republik einleiten soll, und da ist das Fahren auf einer Parteischiene nur beeinträchtigend. Wie Sie selbst wissen, und wie andere und ich aufgezeigt haben, haben wir eine Menge gesellschaftlicher Probleme, die wir stufenweise lösen müssen. Auf der ersten Lösungsstufe muß erst einmal Denkarbeit (erstellen von Analysen und Lösungsmodellen) geleistet werden, und zwar aus demokratisch-emanzipatorischen Gründen nicht nur von wenigen Experten, sondern von einer Vielzahl von Bürgerinnen und Bürgern.

Wir haben heute weit über zwei Millionen Arbeitslose (Erwerbslose) unter denen alle Berufe vertreten sind. Wir haben weiter das Instrument der „Arbeitsbeschaffungsmaßnahme“. Außerdem ist durchaus eine Spendenbereitschaft im Volk vorhanden, wenn in der richtigen Form für ein notwendiges Werk um Unterstützung gebeten wird.

Mein Vorschlag ist daher, daß eine Mehr- oder Minderheit des Deutschen Bundestages alle in Frage kommenden Maßnahmeträger dazu auffordert, wenigstens so viele Untersuchungsgruppen zu jedem von mir skizzierten Themenkomplex auf der Basis von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu bilden, wie Hochschulen vorhanden sind. Für die Restfinanzierung der AB-Maßnahmen rufen die entwicklungswilligen Abgeordneten und Abgeordneten dann die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger zu einer inneren Entwicklungshilfe auf. Diese Spenden sollten bei einer Institution zweckgebunden gesammelt werden, die selber keine diesbezüglichen Maßnahmen durchführt.

Daß die Maßnahmen von verschiedenen Trägern durchgeführt werden sollen, hat den Sinn:

- a) mögliche Manipulierungsversuche durch Parteien oder Verbände zu neutralisieren;
- b) die Karteilisierung der Erwachsenenbildung nicht durch diese Maßnahmen zu fördern.

Diese Untersuchungsgruppen sollten - wenn möglich - in den Hochschulen arbeiten, ersatzweise in der Nähe der Hochschulen. Dies hat den Sinn, daß dadurch eine Wettbewerbssituation zu dem Lehr- und Forschungskörper der Hochschulen installiert wird, die diese zwingt, ebenfalls in die Sachthemen einzusteigen, wenn ihre Mitglieder nicht nach Ablauf der Maßnahmen als Ahnungslose dastehen wollen.

Die Untersuchungsgruppen sollten nach einer einheitlichen Gliederung bzw. einem einheitlichen Raster arbeiten, damit die Ergebnisse der vielen Gruppen zusammenfassend ausgewertet werden können. Aber diese Raster oder Gliederungen dürfen keine Inhalte unterpflügen.

Die Arbeitsgruppen sollten einmal im Monat der interessierten Öffentlichkeit Zwischenergebnisse vortragen und untereinander den Kontakt herstellen, damit die Interdependenzen der Teilgebiete genügend berücksichtigt werden.

Damit in den Untersuchungsgruppen nicht Fachidiotie produziert wird, sollte bei ihrer Zusammensetzung auf eine gute Mischung nach beruflichen Kenntnissen und beruflicher Erfahrung geachtet werden. Es ist auch zweckmäßiger, mehr als zu große Gruppen zu bilden. Ich stelle mir z.B. eine ökonomiegruppe folgendermaßen vor: Drei Ökonomen (Volkswirte, Betriebs- und Sozialwirte); drei Praktiker aus Handel, Handwerk und Industrie mit theoretischen Vorkenntnissen und als dritte Dreiergruppe je einen Juristen, Naturwissenschaftler und Soziologen bzw. Theologen. Allen zusammen müßte dann noch das Recht zuerkannt werden, bis zu drei weitere Mitglieder, die anderweitig finanziert werden oder ehrenamtlich arbeiten, zu berufen.

Acht Monate Zeit - einschließlich Urlaub - sollte den Gruppen für ihre Analysen zugestanden werden, einen Monat für die Formulierung der Ergebnisse und zwei Monate für eine Synopse der Ergebnisse aller Gruppen. Für diejenigen, die in der Lage sind, vor Parteigremien, in wissenschaftlichen Veranstaltungen und solchen der Erwachsenenbildung über ihre Erfahrungen in und mit den Arbeitsgruppen und deren Arbeitsergebnisse zu referieren, sollten die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen verlängert werden. Denn es genügt ja nicht, daß die Ergebnisse hinterher nur auf dem Papier stehen. Die Ergebnisse müssen ja sowohl in die Herzen und die Köpfe der Bürger, damit diese abwägen und ihre Abgeordnetinnen und Abgeordnete „beauftragen“ können, die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen zu ergreifen.

Eine weitere Einwirkungsmöglichkeit des Bundestages muß ich mit einer Einleitung beschreiben: Hannovers Oberbürgermeister hat neulich zur Gründung eines Wirtschaftspaktes der Region aufgerufen, um die ökonomischen Probleme besser bewältigen zu können. Ich denke, daß ein solcher Pakt nur zusätzliche Reibungsverluste bringt, wenn er nicht am Kern des Problems, den stockenden Güter / Leistung-Geld-Transaktionen ansetzt.

Wie sogar ein Bürgermeister erfolgreiche Wirtschaftspolitik machen kann, ist heute noch in Wörgl, Österreich, zu erfahren. Dort hat der Bürgermeister Michael Unterguggenberger mit einstimmiger Unterstützung seines Rates in den dreißiger Jahren ein Experiment auf freiwirt-

schaftlicher Basis initiiert, das als das „Wunder von Wörgl“ durch die Presse ging. Dieses Experiment und ähnliche in Deutschland wurden jeweils obrigkeitsstaatlich - legal - abgewürgt. Alle Modelle, die danach entwickelt wurden, um sie innerhalb des zu eng geschneiderten gesetzlichen Rahmens laufen lassen zu können, waren, um wirklich erfolgreich sein zu können, entweder zu bürokratisch oder zu konturlos.

Es kann ja aber wohl nicht die Aufgabe eines Rechtsstaates sein, wenn er selber die ökonomischen Belange der Bürger nicht zufriedenstellend löst, zu verhindern, daß Bürger sich selber helfen und zeigen, wie man Probleme lösen kann. In der Konsequenz bedeutet eine solche Haltung nämlich, daß Bürger die auf eigenes Risiko und in eigener Initiative für ihr eigenes Wohl sorgen und damit die Gesamtgesellschaft entlasten, Unrechtes tun. Meine Aufforderung in diesem Zusammenhang ist: Räumt Gesetzes-Schutz bei Seite!

Schlußbetrachtungen

Ich mute Ihnen mit diesem Brief eine ganze Menge zu. Ich habe ebenfalls meinen kleinen Kindern und meiner Frau einiges zugemutet, denn meine Zuwendung zu diesen Gedanken und ihre Formulierung bedeutete eine zeitweise Abwendung von denen, denen ich verpflichtet bin. Zu danken habe ich für das Korrekturlesen treuer Seelen. Kontaktanschriften finden Sie am Schluß nach dem Anhang.

Schließen möchte ich dieses Schreiben mit den Worten zweier Autoren:

„Das ist die große humanistische und geschichtliche Aufgabe der Unterdrückten: sich selbst ebenso wie ihre Unterdrücker zu befreien. Die Unterdrücker, die Kraft ihrer Macht unterdrücken, ausbeuten und rauben, können in dieser Macht nicht die Kraft finden, die Unterdrückten oder sich selbst zu befreien. Nur die Macht, die der Schwäche der Unterdrückten entspringt, wird so stark sein, beide zu befreien. ...

Wahre Großmut hingegen kämpft den Kampf, der die Ursachen beseitigt, von denen sich die falsche Barmherzigkeit nährt. Falsche Barmherzigkeit zwingt die Furchterfüllten und Unterdrückten, die 'vom Leben Verworfenen', ihre zitternden Hände auszustrecken. Echte Großmut ringt darum, daß diese Hände - einzelner oder ganzer Völker - sich immer weniger in bittender Haltung ausstrecken müssen und statt dessen mehr und mehr menschliche Hände werden, die durch ihre Arbeit die Welt verwandeln. ...“

So spricht Paulo Freire in „Pädagogik der Unterdrückten“ mir aus der Seele. Die nachfolgenden Worte sind von Herbert Spencer (einem englischen Philosophen und Soziologen - 1820 bis 1903 -) die Karl Walker in dem schon erwähnten Buch „Demokratie und Men-

schenrechte“ anstelle eines Vorwortes gebraucht hat:

„Wer das auszusprechen zögert, was er für die höchste Wahrheit hält, aus Angst, die Zeit könne für sie noch verfrüht sein, kann sich durch die Betrachtung seiner Tat von einem unpersönlichen Standpunkt aus beruhigen. Er muß bedenken, daß Meinungen eine Kraft sind, durch die der Charakter äußere Anordnungen sich anzupassen weiß, und daß seine Meinung mit Recht einen Teil dieser Kraft bildet - eine Krafteinheit, aus der, zusammen mit anderen Einheiten, sich jene allgemeine Kraft zusammensetzt, von der soziale Veränderungen bewirkt werden. Dann wird er begreifen, daß er seinen tiefsten Überzeugungen rechtmäßig Ausdruck verleihen darf, unbekümmert um ihre Wirkungen. Nicht umsonst spürt er in sich Sympathien für diese und Abneigung gegen andere Prinzipien.“

Ich wünsche Ihnen Kraft, Mut, Hoffnung und auch Frohsinn
bei Ihrer schwierigen Arbeit und verbleibe

mit freundlichen Grüßen

Tristan Abromeit

Kontakte zu Personen und Organisationen
Katalog der Bücher, Broschüren und Zeitschriften
über das
FREIWIRTSCHAFTLICHE BIBLIOTHEK
- Wissenschaftliches Archiv -
~~Friedrich-Wegener-Straße 11~~
~~D-2930 Varel 1~~
Steenkamp 7
D 26316 Varel
E-Mail: redaktion-onken@web.de

Weitere Kontakte über die ausgewiesenen Links

Glasnost

[russisch »Öffentlichkeit«] *die*, politisches Schlagwort, geprägt von M. S. Gorbatschow im Zusammenhang mit seiner Politik der Perestroika in der 2. Hälfte der 1980er-Jahre, benannte als ein grundlegendes Prinzip der von ihm eingeleiteten Reformpolitik in der UdSSR die öffentliche Information und Diskussion über alle wichtigen gesellschaftlichen Belange. Insbesondere mithilfe der Medien sollten die Transparenz der Entscheidungsfindung in Partei- und Staatsorganen sowie eine breite Meinungsbildung garantiert werden. Glasnost stellte eine Abkehr von der restriktiven und selektiven Informationspolitik der KPdSU gegenüber der Bevölkerung dar und ermöglichte u. a. den Beginn einer kritischen Aufarbeitung der sowjetischen Geschichte (z. B. des Stalinismus) sowie das öffentliche Ansprechen von innergesellschaftlichen Defiziten und Konflikten (Nationalitätenfragen, wirtschaftliche Probleme, Kriminalität, Bürokratismus, Korruption).

© Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

Perestroika

[russisch »Umgestaltung«] *die*, Schlagwort für die von M. S. Gorbatschow nach seinem Amtsantritt als Generalsekretär der KPdSU (1985) eingeleiteten politischen und wirtschaftlichen Reformen in der Sowjetunion. Ursprünglich gerichtet auf eine gesellschaftliche Modernisierung bei Aufrechterhaltung der Führungsrolle der KPdSU (erst 1990 aufgegeben), geriet die von einer breiten öffentlichen Diskussion (Glasnost) begleitete Perestroika seit dem Ende der 1980er-Jahre in eine tiefe Krise. Ihr endgültiges Scheitern, bedingt durch die sich zuspitzenden Wirtschaftsprobleme, durch Machtkämpfe (Höhepunkt der Putsch orthodox-kommunistischer Kräfte vom August 1991), aufbrechende Nationalitätenkonflikte und Unabhängigkeitsbestrebungen der Unionsrepubliken, führte schließlich zum Zerfall der Sowjetunion. Die mit einer allmählichen Abkehr vom Hegemonieanspruch der Sowjetunion im Ostblock verbundene Perestroika ermöglichte auch in den anderen europäischen kommunistischen Staaten 1989–91 gesellschaftliche Umwälzungen. (100 Wörter des Jahrhunderts)

© Bibliographisches Institut & F. A. Brockhaus AG, 2001

Die Schreibweise von Perstroika war am Anfang in der BRD unsicher. Es wurde zuerst mit „j“ und später mit „i“ geschrieben. TA

P E T I T I O N an den DEUTSCHEN BUNDESTAG

Gegenstand: Prüfung einer alternativen Ökonomie

U N T E R S C H R I T E N – S A M M L U N G

Verfahrenshinweise:

- In Ruhe sofort oder später, hier oder an einem anderen Ort lesen.
- Wenn Du das Anliegen befürwortest, trage umseitig Deine Anschrift ein und leiste Deine Unterschrift.
- Gebe während des Evangelischen Kirchentages (16.- 21. 6.87) bis zum Samstag abend Deine Erklärung am Stand 5 C 38, Halle 5/1. OG. auf dem Markt der Möglichkeiten ab. Dort kannst auch weitere Informationen erhalten.
- - Ab 21. Juni 87 ist die Rücklaufadresse für die Unterschriftensammlung zu der umseitig abgedruckten Petition: Helmut Creutz, Monheimsallee 99, 5100 Aachen Hier erhaltet Ihr gegen Einsendung von DM 5,- in Briefmarken oder Form eines Verrechnungsscheckes weitere Informationen.
- Fordere weitere Exemplare bei der obigen Anschrift an oder kopiere dieses Blatt einfach (vergesse nicht die Rückseite) und gebe die Blätter weiter an andere Bürger von denen Du annimmst, daß ihr Herz für die Nöte der Menschen offen und ihr Verstand mit Verantwortlichkeit gepaart ist.

Zum Anliegen der Petition:

Liebe Leserin, lieber Leser dieser Zeilen!

Ist es Dir nicht auch schon mal sauer aufgestoßen, daß Politiker und Wissenschaftler zwar immer wieder für militärische und technische Projekte (wie z. B. Mondlandung) sowohl die finanziellen Mittel wie auch die wissenschaftliche Kapazität zur Erforschung und Realisierung dieser Projekte bereitstellen aber die nachfolgend angeführten sozialökonomischen Forderungen in den Bereich der Phantasterei verweisen, obwohl deren Realisierung für die Menschen viel segensreicher wären?

+ Sinnvolle ARBEIT in FREIHEIT für alle!

+ ÜBERWINDUNG der ARMUT und des HUNGERS

+ ABBAU der ökonomischen URSACHEN von KRIEG und RAUBBAU an der NATUR

Außerhalb und z. T. im Widerspruch zur offiziellen Wissenschaft und Politik hat sich die von Silvio Gesell begründete und von anderen unabhängigen Köpfen weiterentwickelte Freiwirtschaftsschule gehalten. Die Menschen, die sich meistens verbunden mit persönlichen Opfern um die Inhalte dieser Schule bemüht und sie vor dem Vergessenwerden bewahrt haben, behaupten nun, daß mit den Erkenntnissen dieser Schule die oben angeführten Forderungen kein utopischer Traum bleiben muß.

Es kann ja sein, daß Anmaßung oder Selbstüberschätzung dieser Menschen - zu denen ich mich zähle - sie zu ihren Behauptungen verführt. Aber kannst Du, er Du Dich doch für Deine

Mitmenschen und Deine Umwelt verantwortlich fühlst, die Frage ungeprüft lassen, ob hier nicht von Außenseitern Hilfe angeboten wird, die wir uns gesamtgesellschaftlich gesehen, nicht erlauben können abzuweisen? So wie Du persönlich aufgerufen bist, die hier angedeuteten Lösungsansätze für sozialökonomische Probleme zu prüfen (nicht zu glauben), so wäre es die Pflicht unserer Parlamentarier in Bonn - als letztverantwortliche Instanz - ihrer Pflicht nachzukommen. Sie daran zu erinnern, dazu soll diese Petition dienen. Hilfst Du mir bei diesem Anliegen? Bedenke: Die Qualität eines Anliegens muß sich mit der Quantität ihrer Befürworter verbinden, um sich in der uns umgebenden Informationsflut Gehör zu verschaffen.

Im Juni 1987

Tristan Abromeit

Gorch-Fock-Weg 3

3057 Neustadt 1

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

GRUNDGESETZ: Artikel 17, (Petitionsrecht)

Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

PETITION an den DEUTSCHEN BUNDESTAG Juni 1987

Sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundestages!

- Die hohe Arbeitslosigkeit als gesellschaftliches Problem mit ihren individuellen Folgen für Erwerbslose, Arbeitsplatzinhaber und auch für selbständige Existenzen ist für die Bundesrepublik, wie für viele andere Länder eine täglich diskutierte Tatsache.
- Die zunehmende Verschuldung der Dritten Welt, unseres Staates, der Unternehmen und der privaten Haushalte einerseits und die sich steigernden Konzentration des Reichtums in wenigen Händen mit seiner Bedrohung des Bürger- und Völkerfriedens andererseits ist ebenfalls - wenigstens für aufmerksame Beobachter - eine nicht wegzudeutende Tatsache.
- Die ökonomische Benachteiligung der Frau, besonders in ihrer Rolle als Mutter, die für ihre gesellschaftliche Leistung des Gebährens und Aufziehens ihrer Kinder eine nur unzureichende Gegenleistung erhält (oft Ursache für Abtreibungen), ist auch bekannt.
- Die mangelnde Durchsetzbarkeit von ökologischen Investitionen, die zu häufig daran scheitern, daß sie keinen oder einen zu geringen Ertrag für das Kapital abwerfen, ist ein Faktum vor dem umweltbewußte Unternehmer und Politiker resignierend kapitulieren.
- Die mangelnde finanzielle Ausstattung von Aktionen der Nächstenliebe, der kulturellen, sozialen oder wirtschaftlichen Selbstverwirklichung ist ebenfalls eine allgemeine Alltagserfahrung.

Die oben angeführten Fakten dürften Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Bürgervertreter im Bundesparlament, mehr oder weniger - wenn auch nicht immer aus eigener Anschauung - vertraut sein. Wir verkennen nicht, daß sie als Mitglieder des Bundestages sich bemühen die angeführten Probleme zu lösen oder zu mildern. Doch ist der Eindruck, daß Sie dabei mehr gegeneinander oder fraktionsdiszipliniert einseitig wirken nicht nur Einbildung. Wir verkennen auch nicht, daß es nicht leicht ist, die unterschiedlichen Partei- und Gruppeninteressen machtpolitisch auszubalancieren. Auch dürfte es bei den unterschiedlichen bis gegensätzlichen Expertenmeinungen nicht leicht sein, die richtige Wahl der Instrumente zu treffen.

Trotz allem Verständnis für Ihre Situation bleibt bei uns ein Unbehagen über die mangelnde Gründlichkeit, bei ihren Versuchen die sozialökonomischen Probleme zu lösen. Wir wurden informiert, daß der Deutsche Bundestag die als wesentlich bezeichneten Analysen und Lösungsvorschläge der von Silvio Gesell (1862 - 1930) begründeten Freiwirtschaftsschule und in ihrer Nähe angesiedelter Forscher nicht einmal zur Kenntnis genommen hat, wobei er doch wie ein Kriminalist jede Spur zur Lösung des „Falles“ zu prüfen hätte.

Wir Unterzeichner dieser Petition können oder wollen die Brauchbarkeit der freiwirtschaftlichen Aussagen zu den angeführten Problemen weder bestätigen noch widerlegen. Wir machen aber von unserem Recht gemäß Art.17 des Grundgesetzes Gebrauch und fordern den Bundestages ohne Rücksicht auf Parteipolitik und ideologische Bindungen die freiwirtschaftswirtschaftlichen Aussagen zu den politischen Problemfeldern unverzüglich und in geeigneter Weise zu prüfen (z.B.. durch Anhörungen und Forschungsaufträge).

Wir bekunden unsere Erwartung und Forderung durch unsere nebenstehende An- und Unterschrift.

XXXXXXXXXXXXXXXXXX

Anmerkung vom April 2004

Die Petition, die Unterschriftenliste und die Aufforderung zur Unterschrift war im Original auf ein zweiseitig bedrucktes DIN-A 4 Blatt untergebracht. Der Text ist meines Erachtens auch ohne mein später entstandenes Hintergrundpapier eindeutig und verständlich.

Die Grafiken zu Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft

von

Helmut Creutz

die dem Anhang von „Glasnost ...“ beigefügt waren gebe ich hier nicht wieder. Die Forschungen von Creutz sind aktueller und umfangreicher in seinem Buch

Das Geld-Syndrom

Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft

(in neuester Auflage) nachzulesen.

DENK-ZETTEL ZUR ENERGIEPOLITIK⁴

- 1 Die Ursachen der Arbeitslosigkeit liegen nicht in einem Mangel an Energie oder in einer zu teuren Energie.
- 2 Die Ursachen für die Unterbeschäftigung der westlichen Volkswirtschaften ist die mangelnde Rentabilität des Kapitals (Kapitalismuskrise).
- 3 Die mangelnde Rentabilität als wesentlichster Bestandteil der Stagflation verursacht Zirkulationsstörungen des Geldes (Nachfrageausfall).
- 4 Diese Kapitalismuskrise, die immer wieder nach einer Periode der Vollbeschäftigung bei wachsender Realkapitalbildung eintritt und Marktwirtschaft unmöglich macht, kann mit keinem Energieprogramm behoben werden.
- 5 Arbeitslosigkeit kann durch Wirtschaftswachstum nur dann behoben werden, wenn alle Einkommen als Nachfrage wirksam werden.
- 6 Wenn aber die Nachfrage im Volumen dem Einkommen gleicht, dann haben wir auch ohne Wachstum Vollbeschäftigung.
- 7 Aus ökonomischer Sicht gibt es keinen Grund für Atomenergie- und Rüstungsprogramme zur Erreichung der Vollbeschäftigung, wenn für eine ständige Zirkulation des Geldes gesorgt wird.
- 8 Prinzipiell ist auch eine Vollbeschäftigung bei Kerzenlicht möglich.
- 9 Der Ökonom hat den Wirtschaftspolitikern solche Art Konjunkturinstrumente anzubieten, die im Gegensatz zu der Atomenergie und den Rüstungsverkäufen ein Minimum an Risiko in sich tragen.
- 10 Die Gesellschaft muß ohne ökonomischen Druck zwischen Null-, qualitativem und quantitativem Wachstum entscheiden können.
- 11 Bei allgemein niedriger Rentabilität des Kapitals sucht Kapital nur dann in der Atomenergieerzeugung eine Anlage, wenn durch Subventionen hier die Rendite überdurchschnittlich ist. Es ist also (auch hier) zu fragen: Wer wird durch staatliche Programme in diesem Sektor bereichert und wer entreichert.
- 12 In der marktwirtschaftlichen Ordnung haben staatliche Wirtschaftsförderungsprogramme nur dann einen Sinn, wenn sie die Marktkräfte, d. h. den Wettbewerb entfalten, was von der Mehrzahl der Programme nicht gesagt werden kann.
- 13 Ein liberales Energieprogramm müßte also erst einmal einen Energiemarkt ermöglichen. Das bedeutet eine Umkehrung der Konzentration der Energiehersteller und Verteiler. Stadtwerke müßten gleichzeitig oder zu verschiedenen Zeiten von verschiedenen Stromerzeugern Strom abnehmen können. Windkraftwerke z. B. müßten ohne große Schwie-

4 Der Denktzettel wurde erstellt für die Mitglieder des Landesfachausschuß Wirtschaft der Nieders. FDP.

rigkeiten auf vertraglicher Basis Strom in die Verteilernetze abgeben können.

- 14 Preise haben in der Marktwirtschaft eine zentrale Lenkungsfunktion. Eine illiberale zentrale staatliche Lenkung kann auch eingeführt werden, wenn (Strom-) Preise staatlich festgesetzt werden. Das gilt auch für Eingriffe in die betriebswirtschaftlich begründete differenzierte Gestaltung der Abnehmerpreise (Kartellabsprachen oder Preisdikate ausgenommen).
- 15 Es ist unlogisch, die Volkswirtschaft der BRD von den erpresserischen (?) Preisen der Ölförderländer dadurch unabhängig machen zu wollen, indem man sich den Uranlieferanten (Oligopolisten) ausliefert. Die Geschichte mit den Petroleumlampen aus Omas Zeiten, die verschenkt wurden, um die Menschen durch Energieumstellung von den Petroleumlieferanten abhängig zu machen, sollte noch nicht vergessen sein.
- 16 Eine Volkswirtschaft wird nur dann Energierohstoffunabhängig, wenn sie Energien erschließt, die ihr auf dem eigenen Territorium in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.
- 17 Da Rohstoffe wie Erdöl, Kohle, Erdgas und Uran in den einzelnen Volkswirtschaften unterschiedlich stark (in manchen gar nicht) vorkommen, sind sie auch eine der bedeutendsten Ursachen für die internationalen Spannungen (was auch von den anderen Rohstoffen gesagt werden kann). Es ist eine Illusion zu glauben, diese Spannungen in der Zukunft durch pathetische Worte oder durch militärische Stärke neutralisieren zu können.
- 18 Wenn wir unkontrollierte Entladungen vermeiden und den internationalen chancengleichen Wettbewerb ermöglichen wollen, dann kommen wir nicht umhin, den Förderzins für Öl, Gas, Uran und andere Rohstoffe nach Abzug nationaler Kosten zu internationalisieren, d. h. Erdöl, Kohle etc. gehört nicht nur den Arabern, Amerikanern, Deutschen usw., sondern allen Menschen. Hier ist eine der wenigen Fälle, wo es eine ökonomisch gerechtfertigte Einkommensumverteilung geben könnte. Die EWG, die freie Welt, die ganze Welt hätten hier eine Möglichkeit für einen sinnvollen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern vorzunehmen.

Hannover, im September 1977

Tristan Abromeit

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

An **Mitglieder der Partei DIE GRÜNEN** mit der Bitte um Unterstützung des nachfolgenden Antrages durch Unterschrift. Vorlage kopieren und an andere Freunde weiterreichen.

Unterschiedene Anträge sofort zurück an Erstunterzeichner:

XXX Tristan Abromeit, Gorch-Fock-Weg 5, 3057 Neustadt 1 XXX **12. 4. 1985**

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Mitglieder-Antrag

gemäß § 8(5) der Bundessatzung der GRÜNEM zur Abstimmung auf der nächsten

Bundesversammlung

Thema: *Arbeitslosigkeit*

Die BUNDESVERSAMMLUNG der GRÜNEN beschließt:

In Anbetracht, daß die **ARBEITSLOSIGKEIT**

- für die meisten Erwerbslosen ein menschenunwürdiger Zustand und für viele von Ihnen ein dauernder wirtschaftlicher und psychischer Notstand bedeutet;
- für einen Großteil der Arbeitsplatzinhaber einen erhöhten Leistungs- und Anpassungsdruck erzeugt und die Arbeitsplatzwahl einschränkt;
- für viele selbständig Berufstätige eine dauernde Existenzbedrohung ist;
- für die öffentlichen Haushalte eine steigende finanzielle Belastung bedeutet;
- für fragwürdige oder gar gefährliche Investitionen als Rechtfertigung Herhalten muß, wenn damit auch jeweils nur wenige Arbeitsplätze geschaffen werden;
- von den Wählern als das Problem Nr. 1 vor der Umweltbedrohung und der Kriegsgefahr angesehen wird
- und mit dem Willen einen Beitrag zum Abbau der (aus der Sicht der Wähler vorhandenen) wirtschaftspolitischen Inkompetenz GRÜNEN zu leisten,

trifft die Bundesversammlung folgende Entscheidung:

1. Die Bundes-Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft erhält den Auftrag, die folgenden Aussagen der Freiwirtschaftsschule zu prüfen:

Die von Silvio Gesell begründete Freiwirtschaftsschule sagt, daß mit einer von ihr beschriebenen neuen Währungsverfassung die Arbeitslosigkeit ohne neue Staatsverschuldung, ohne neue Belastungen der Arbeitnehmer und ohne dirigistische Maßnahmen zu beheben ist.

Weiter wird gesagt, daß mit den freiwirtschaftlichen Vorschlägen auf sanfte Art der Wachstumszwang der Wirtschaft und die Vermögenskonzentration abgebaut würde.

2. Um das Risiko einer positiven oder negativen Fehlbeurteilung zu verringern, wird eine Sonderkommission einberufen, die ausschließlich die unter 1. genannten Aussagen zu prüfen hat und parallel zur Bundeswirtschafts-AG arbeitet.
Jeder Landesverband entsendet 3 Personen (die nicht Mitglied der Partei sein müssen) in die Sonderkommission. Falls mehr als 3 Bewerber pro Landesverband für die Mitarbeit vorhanden sind entscheiden die Landesvorstände durch Los.

Die Bundesversammlung ernennt die nachfolgende Person als Koordinator:

Name:

Anschrift:

Telefon:

3. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wirtschaft und die Sonderkommission werden finanziell so ausgestattet, daß sie ihren Auftrag ausführen können.
4. Die Bundes AG Wirtschaft und die Kommission sollen innerhalb eines Jahres den Kreisverbänden und den Fraktionen getrennte Berichte vorlegen. Minderheitsvoten sind zur Vermeidung von KampfAbstimmungen zu ermöglichen.
5. Die Bundestagsfraktion wird gebeten, mit dem Instrument der Anfrage Klarheit darüber zu schaffen, wie die Bundesregierung das Problemlösungsangebot der Freiwirtschaftsschule beurteilt.

Der Antrag wird in der Bundesversammlung mündlich begründet.

Dieser Antrag wird von folgenden Mitgliedern gestellt bzw. unterstützt:

Name, Vorname, Anschrift

/ Kreisverband / Unterschrift

THESEN zur grünen BILDUNGSPOLITIK

vorgelegt aus Anlaß des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses der GRÜNEN
vom 24. - 26. Februar 1984 in Göttingen

1. These

Wenn den Grundrechten Geltung verschafft werden soll, ist die Entwicklung und Realisierung eines dezentralen Bildungssystems ein Auftrag des Grundgesetzes.

Unser jetziges Bildungs- und Schulsystem kann den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) nicht garantieren; die Freiheitsrechte (Art. 2) nicht wahren, die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 5) nicht herstellen. Die Freiheit der Lehre (Art.5) bleibt auf der Strecke und der Schutz der Familie (Art.6) wurde zur Entmündigung.

2. These

Art. 7 Abs. 1 des GG besagt: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.“ Überall gilt, daß der Kontrolleur nicht gleichzeitig der zu kontrollierende Akteur sein kann. Nur im Bereich des Schulwesens gilt bisher diese Logik nicht.

Aber auch eine auf die Kontrolle reduzierte staatliche Tätigkeit im Bereich des Schulwesens ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie andere Grundrechte nicht einschränkt, d. h. letztlich, daß der Staat weder die Bildungsinhalte noch die Formen der Bildungsvermittlung vorschreiben kann, sondern nur darauf zu achten hat, daß für alle Beteiligten im Bildungsprozeß eine Chancengleichheit besteht, und daß allgemeine Gesetze eingehalten werden.

3. These

Ein dezentrales alternatives Bildungssystem ist nur erreichbar, wenn Schüler, Lehrlinge (Auszubildende) und Studenten (stellvertretend die Eltern) als Bildungsnachfrager autonom werden, so wie Lehrer und Schulträger als Bildungsanbieter autonom werden müssen. Letztlich heißt das, daß für die Bildungsnachfrager die Schulpflicht in der Gestalt des Schulzwanges aufgehoben werden muß, und daß sie ökonomisch in die Lage versetzt werden müssen, ihre Bildungsnachfrage selber (z. B. durch Bildungsguthaben) zu finanzieren. Für die Bildungsanbieter folgt daraus, daß sie als Lehrer auf den Beamtenstatus verzichten müssen und als Institutionen auf eine Finanzierung oder Subventionierung durch den Staat verzichten müssen. Leistung und Gegenleistung wird dann durch privatrechtliche Verträge geregelt. Dafür, daß die Bildungsangebote den Bedürfnissen der Bildungsnachfrager entsprechen, sorgt dann der Wettbewerb.

4. These

Da Bildung auch den Zweck hat, daß die (Aus-)Gebildeten in die Lage versetzt werden, einem Broterwerb nachzugehen, hat ein dezentrales alternatives Bildungssystem auch zur Voraussetzung, daß die Zugänge zu den Berufslaufbahnen neu definiert werden. Denn bleiben hier die alten Normen erhalten, können keine noch so guten neuen Bildungsgänge ohne Verfälschung durch den Anpassungsdruck durchgehalten werden.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

„Die Erziehung war ein wichtiges Werk des Staates und der Staat ein fortdauerndes Werk dieser Erziehung.“ Friedrich Schiller in: „Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus“ zitiert aus: „Bürger für die Gesetze“ Friedrich Salzmann, Verlagsgen. Freies Volk Bern, 1949

5. These

Die erfolgreiche individuelle (oder gruppenmäßige) Bildungsplanung setzt einen kontinuierlichen berechenbaren Ablauf in der Wirtschaft voraus. Eine breit angelegte Bildung, die sich nicht auf die notwendigste Wissensvermittlung beschränken will, setzt ein Mindestmaß an ökonomischer Wohlhabenheit voraus. Beide Faktoren sind heute nicht gegeben, können aber mit ökonomischen Erkenntnissen, die seit der Jahrhundertwende vorliegen, bei Wahrung ökologischer Belange erreicht werden. 2)

6. These

Auch wenn eine neue grüne Bildungspolitik nicht bei Null beginnen kann und für die Umsetzung parlamentarische Mehrheiten fehlen, ist es erforderlich die langfristigen Ziele zu beschreiben, weil sonst die Bildungs-Tages-Politik orientierungslos bleibt.

7. These

Zur Zielerreichung einer neuen emanzipatorischen Bildungslandschaft können Zwischenlösungen angestrebt werden. Wichtig ist, daß Eltern, die ihre Kinder einerprivatrechtlich organisierten öffentlichen Schule anvertrauen wollen, finanziell genauso gestellt werden wie Eltern, die ihre Kinder weiterhin auf eine staatlich organisierte Schule schicken wollen. Der (die) freie Lehrer(in) darf gegenüber dem (der) beamteten Lehrer(in) nicht länger finanziell benachteiligt werden.

Die Städte und Gemeinden sind zu verpflichten - solange keine generell neue Bildungsfinanzierung eingeführt wurde - für die Schüler freier Schulen die gleichen Pro-Kopf-Sachkosten zu übernehmen wie für die Schüler staatlicher Schulen.

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

1) Das Bildungsguthaben ist eine Finanzierungsart der Bildung:

1. die Personen und nicht Institutionen subventioniert (Stärkung der realen Mitbestimmung der Schüler / Eltern und des Wettbewerbes der Schulen um Schüler);
2. die den Eltern / Schülern ein persönliches Bildungsguthabenkonto bei einer staatlichen Verwaltung (z.B. Finanzamt) einräumt;
3. die die anteiligen Personal- und Sachkosten des Bildungsganges voll oder zum Teil durch die Eltern / Schüler finanzierbar machen (Die Aufwendungen der Gemeinschaft werden gegenüber dem jetzigen System nicht größer.);
4. die die Finanzierung der Bildung über den Staat zeitlich begrenzt (z.B. bis zur Vollendung des 18. o. 21. Lebensjahres.);
5. die nicht nach der Höhe der Kosten des jeweiligen Bildungsganges differenziert, sondern für alle Schüler, Lehrlinge und evtl. Studenten in den ersten Semestern pro Kopf z.B. 80 oder 90% der (z.B. 10) teuersten Bildungsgänge zur Verfügung stellt. Nicht abgerufenes Guthaben wird dann nach Erreichen der Förder-Altersgrenze (z.B. als Existenzgründungsbeitrag) ausgezahlt.

2) Wenn wir nach zusätzlichen Mitteln zur Finanzierung eines freien Kulturlebens suchen, dann brauchen wir uns nicht mit einem Verweis auf den Rüstungsetat beschränken. Die Behebung und Vermeidung von Konjunkturkrisen macht ungeheuer viel Mittel frei. Es würden die Kosten der Krisen (Kapitalvernichtung durch Konkurse, Ausfälle bei den Steuern und Sozialversicherungen und die Arbeitslosenunterstützung) gespart und das Arbeitseinkommen kann zu Lasten des Kapitaleinkommens wesentlich erhöht werden.

Liberal-sozialer Arbeitskreis Dritter Weg; Georg Otto, 5221 Eberholzen

Büchertisch: Tristan Abromeit, Gorch-Fock-Weg 3, 5057 Neustadt 1

Literatur; „Die Freie Berufsbildungs-Assoziation“, „Der Dritte Weg - Die natürliche Wirtschaftsordnung“ (je DM 4,50)

„Die Ordnung der Kultur, des Staates und der Wirtschaft für die Gegenwart - sieben Thesen“

„Die Schule - Menschlichkeit durch pädagogische Freiheit“ u.a. Titel vom Seminar für freiheitliche Ordnung, Postfach 1105, 7525 Boll

„Haken krümmt man beizeiten. Schultagebuch eines Vaters“ von Helmut Creutz, Vorwort von Hans A. Pestalozzi, dtv Sachbuch (DM 9.80)

„Pestalozzi der Rebell“ von Bruno P. Schliepbacke (Es geht um J.H.P.)

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXXX